

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	16
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Unternehmen	27

VERBÄNDE



Thema: EU-Förderung	28
DNR intern	29
Ehrenamt	30

SERVICE

Rezensionen	31
Internet	33
Neu erschienen	34
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Klimaschutzpläne für Schulen Schwerpunkt: Klimaschutz	

THEMEN DES MONATS

Nachhaltigkeit

Die neue Wachstumsdebatte

Die herrschende Ökonomie ist in der Krise, doch die Suche nach Auswegen hat begonnen

Seite 2

Europäisches Recht

Umwelt als Menschenrecht

Kann man gegen die negativen Folgen von Naturzerstörung künftig klagen?

Seite 4

Internationale Umweltfinanzpolitik

Globale was?!

Der Geldtopf für weltweiten Umweltschutz muss dringend reformiert und besser ausgestattet werden

Seite 6

Großschutzgebiete

Das grüne Herz Europas

Mit der Gründung des Nationalparks Bayerischer Wald vor 40 Jahren begann eine Erfolgsgeschichte

Seite 18

Nachhaltigkeit

Die neue Wachstumsdebatte

Die herrschende Ökonomie ist in der Krise, doch die Suche nach Auswegen hat begonnen

Jahrzehnte nach dem ersten Club-of-Rome-Bericht beginnt endlich wieder eine ernsthafte Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Noch aber sind wachstumskritische Ökonomen, Politikerinnen oder gar Unternehmensleitungen Exoten. Um das zu ändern, sollte sich die Umweltbewegung energisch einmischen. ■ VON ANGELIKA ZAHRT, BUND

Es ist etwas in Bewegung gekommen. Es gibt eine neue Diskussion um Wirtschaftswachstum. Sie bewegt sich zwischen den konträren Vorstellungen, dass Nachhaltigkeit und Wachstum unvereinbar seien oder sich im „nachhaltigen Wachstum“ versöhnen lassen. Immer mehr Menschen denken über eine Wirtschaft ohne Wachstum nach, einige versuchen sogar, sich in Nischen praktisch darauf einzulassen – während die Politik unbeirrt am Wachstumskurs festhält, national wie international.

Dass die wachstumskritische Debatte, ausgelöst Anfang der 1970er-Jahre durch den Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums, neuen Schwung erhalten hat und an Aktualität und Schärfe gewinnen konnte, hat mehrere Gründe. So hat die Hoffnung, dass die sich durchsetzende Erkenntnis über ökologische Gren-

zen und deren Belastbarkeit nun auch Priorität im politischen und wirtschaftlichen Handeln bekäme, sich als Irrtum erwiesen. Besonders deutlich wird das im Klimaschutz. Ihn stellte der vormalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in den Auseinandersetzungen um den Emissionshandel unter „Wachstumsvorbehalt“. Auch die Klimakonferenz in Kopenhagen scheiterte letztlich an Wachstumsfragen. Und ein aktuelles Beispiel: Der französische Präsident Nicolas Sarkozy begründete die Zurücknahme der von ihm angekündigten Klimaabgabe mit dem Argument, dass sie der Wettbewerbsfähigkeit schade.

Zum anderen ist die These, dass beim Klimaschutz – wie in der Umweltpolitik überhaupt – eine Win-win-Konstellation mit positiven wirtschaftlichen Folgen bestehe, für PolitikerInnen offenbar nicht belastbar genug. Und sie trifft ja auch nur

teilweise zu. Diese These hat zu oft verhindert, dass Interessengegensätze zwischen Umwelt und Wirtschaft offen und präzise dargelegt und politisch ausgefochten werden. Denn sie stimmt zwar häufig auf längere Sicht und per Saldo für die Volkswirtschaft, aber nicht kurzfristig und in machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftsbranchen und Unternehmen.

Auch die optimistische Annahme, Wachstum und massive Reduktionen des Umweltverbrauchs seien gemeinsam über technische Effizienzsteigerungen erreichbar, ist ins Wanken geraten, und zwar durch den empirischen Beleg, dass Einsparungen in der Regel über Rückkopplungseffekte durch verändertes menschliches Verhalten überkompensiert werden. Eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist



Den Kapitalismus zähmen

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie ausgebrannt unser scheinbar kraftstrotzendes Wirtschaftssystem in Wahrheit ist. Doch die globalisierte Marktwirtschaft macht weiter wie bisher und ignoriert Armut, Ressourcenknappheit und Klimawandel. Der ehemalige Top-Manager Peter H. Grassmann zeichnet einen neuen Weg vor, der weder dem Macho-Kapitalismus noch der Staatsgläubigkeit huldigt – den Weg des gesellschaftlichen Dialogs.

P. H. Grassmann

BURN OUT

Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen

152 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 14,90 EUR, ISBN 978-3-86581-191-2
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



bisher – mit Ausnahmen – nicht gelungen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer nach dem ressourcenintensiven Muster der Industrieländer lässt zudem die Grenzen der Ressourcenverfügbarkeit und der ökologischen Belastbarkeit immer deutlicher werden. Damit verbunden sind machtpolitische Konflikte zwischen westlichen Industrieländern, aufstrebenden Schwellenländern und Entwicklungsländern. Es geht dabei wesentlich um die Frage, wer wachsen kann und darf.

Nicht zuletzt hat die Krise der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft auch den Letzten die Anfälligkeit des Wirtschaftssystems vor Augen geführt. Trotzdem wird an seiner Restaurierung gearbeitet, um mit verbesserten Regeln das System weniger krisenanfällig zu machen und in der nächsten Krise besser gewappnet zu sein. So kann der Wachstumskurs fortgesetzt werden: mit der neuen Lissabon-Strategie in Europa, mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in der Bundesrepublik.

Für Parteipolitiker noch immer ein Tabuthema

Diese und einige andere Entwicklungen haben das Wirtschaftswachstum wieder zu einer zentralen Frage werden lassen. So heißt es in einem Dossier der „Zeit“: „Warum brauchen wir Wirtschaftswachstum? Weil sonst Firmen sterben. Weil dann Menschen arbeitslos werden, arm und unglücklich. Ist das unausweichlich? Eine Alternative muss her.“ Das ist knapp und knackig die Fragestellung und gleich die Antwort – die Alternative muss her.

Die Debatte darüber, ob das ständige Wirtschaftswachstum notwendig und möglich ist, ob es seine Versprechungen von Wohlstand und Glück, Arbeitsplätzen und sozialem Ausgleich einhalten kann, national und weltweit, wird in vielen Facetten geführt. Dazu gehören Fragen wie: Ist das Bruttoinlandsprodukt ein geeigneter Maßstab unseres Wirtschaftens? Kann Wohlstand ohne Wachstum erreicht werden? Ist materieller Wohlstand zentral für persönliches Glück oder sind es soziale Beziehungen und eine Gesellschaft ohne

große Einkommensunterschiede? Sollten Unternehmen in erster Linie nach Profit und Manager nach Einkommensmaximierung streben oder bieten Social Business und Social Entrepreneurship sinnvollere Entwicklungsmöglichkeiten? Sind spekulative Finanzanlagen oder die Geldanlage mit bescheidener Rendite bei ethisch verpflichteten Banken die bessere Wahl? Die Diskussion über solche Themen wird breit geführt. So stand beim diesjährigen World Economic Forum Ende Januar in Davos die Forderung nach einem weiterentwickelten „Kapitalismus 2.0“ im Raum. Nachdenkliche wachstumskritische Worte von Bundespräsident Horst Köhler irritierten die im Wachstumsglauben fest verankerten ParteipolitikerInnen.

Doch im Parteienspektrum findet die Wachstumskritik kaum ernsthafte Resonanz. Die Regierung hat sich auf Wachstum verpflichtet, die SPD ist mit der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft auf einem angegrüneten Wachstumskurs und den meisten Grünen kam die grundsätzliche Wachstumskritik spätestens mit dem Green New Deal abhandeln, dem grünen Rettungsprogramm für das Wachstum. Die Linke fordert weiteres Wachstum und gleichzeitig die Abschaffung des Kapitalismus. Immerhin wollen zumindest SPD und Grüne nun eine „Fortschrittsenquete“ einsetzen, um Alternativen zum Bruttosozialprodukt und die Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wachstum zu untersuchen.

Die meisten ÖkonomInnen an Universitäten und Instituten sind dem Wachstum ebenfalls noch eng verbunden. Zwar gibt es dort neuerdings eine Glücksforschung, werden Allgemeingüter wiederentdeckt und wird staatlichen Regulierungen wieder eine Funktion zuerkannt. Aber noch sind dies bescheidene Ansätze.

Umso wichtiger ist es, dass die Umweltbewegung die Kritik am Wirtschaftswachstum wiederaufnimmt, die von Beginn an wesentlich zu ihrer Programmatik gehörte. Die wachstumskritische Debatte innerhalb des Deutschen Naturschutzrings ist deshalb wichtig, ebenso die Arbeit an einem Grundsatzpapier zum Wirtschaftswachstum im BUND und die Diskussionen bei

Attac. Bei vielen Veranstaltungen zu der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ steht die Wachstumsfrage im Mittelpunkt und findet großes Interesse in den Diskussionen.

Mehr Raum für Alternativen

Die Kritik am Wirtschaftswachstum und die Auseinandersetzung um eine nachhaltige Entwicklung muss tiefer, stärker und breiter werden. Viele wissenschaftliche Grundlagen dazu liegen bereits vor. Genauso wichtig wie die öffentliche Diskussion um das Wirtschaftswachstum ist die Entwicklung von Alternativen. Denn solange diese nicht erkennbar sind, ist keine Veränderung möglich, selbst wenn eine Mehrheit zu der Einsicht kommt, dass die Kritik berechtigt ist. Für eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum oder zumindest ohne Wachstumsfixierung muss man deshalb weiterdenken. Auch dazu gibt es Ansätze wie in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ oder in dem Buch „Prosperity without Growth“ von Tim Jackson. Wichtig ist auch der internationale Austausch, wie ihn zuletzt im März die zweite Degrowth Conference in Barcelona ermöglicht hat. Ein Beitrag zu dieser Zukunftsdebatte können auch neue Konzepte für zentrale gesellschaftliche Bereiche von der Altersversorgung über das Steuersystem bis zur Bildung sein, wie sie unter dem Stichwort Postwachstumsgesellschaft zur Diskussion gestellt werden.

Anmerkung

► Literaturhinweise, Links und Termine:
www.kurzlink.de/zahrnt-literatur.pdf

Die Ökonomin Dr. Angelika Zahrnt war bis 2007 Vorsitzende des Umweltverbandes BUND. Sie lebt bei Heidelberg. Im September erscheint von ihr und Irmi Seidl das Buch „Postwachstumsgesellschaft“ im Metropolis-Verlag.

Kontakt: E-Mail:
angelika.zahrnt@bund.net,
www.bund.net/nachhaltigkeit



Europäisches Recht

Umwelt als Menschenrecht

Kann man gegen die negativen Folgen von Naturzerstörung künftig klagen?

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert, das Recht auf eine gesunde Umwelt in die Europäische Menschenrechtskonvention aufzunehmen. Damit könnte die Natur endlich den rechtlich übergeordneten Stellenwert erhalten, der ihr zusteht. ■ VON JAN VAN DE VENIS, STAND UP FOR YOUR RIGHTS

Wenn es nach Nichtregierungsorganisationen und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates geht, wird es bald ein Menschenrecht auf eine gesunde und lebensfähige Umwelt in der Europäischen Menschenrechtskonvention geben. Doch um ein solches Menschenrecht zu kodifizieren, also als Gesetzesnorm zu definieren, sind noch einige Hürden zu überwinden.

Zunächst ein kurzer historischer Überblick über die Verbindung von Menschenrechten und Umwelt. Auf das wachsende Umweltbewusstsein reagierend wurden

in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele Verträge und Gesetze zum Schutz der Umwelt eingeführt. Aber erst seit den 1970er-Jahren wurden die Verbindungen zwischen Menschenrechten und der Umwelt nach und nach erkannt. In den folgenden Jahrzehnten wurden Menschenrechte und Umweltschutz mehr und mehr als von Natur aus zusammengehörig betrachtet. Denn eine gesunde und saubere Umwelt ist essenziell für die Durchsetzung fundamentaler Menschenrechte wie zum Beispiel die Rechte auf Leben, persönliche Unversehrtheit, Familienleben, Gesundheit, Essen, Wasser und Entwicklung. All diese Rechte sind letztlich vom Umweltschutz abhängig.⁽¹⁾

Beispiele für die Verankerung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt finden sich heute in der Afrikanischen und der Interamerikanischen Menschenrechtscharta, in zahlreichen anderen Konventionen und Erklärungen wie der Aarhus-Konvention und der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker sowie in über 100 Verfassungen. Allerdings wurde dieses Recht bisher noch nicht in einen völkerrechtlich verbindlichen UN-Vertrag auf Ebene der Vereinten Nationen oder in die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aufgenommen. Eine sorgfältige Prüfung der Entwicklungen der letzten Zeit führt allerdings zu dem Schluss, dass die Anerkennung und Formulierung eines Menschenrechts auf eine saubere und gesunde Umwelt auf EU- und UN-Ebene der nächste logische Schritt ist.

Rechtsprechung einen Schritt voraus

Obwohl in der EMRK eine ausdrückliche Kodifizierung der Umwelt als Men-

schenrecht fehlt, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten eine klare Rechtsprechung entwickelt, nach der Umweltverschmutzungen oder -verschlechterungen zur Verletzung bestimmter in der EMRK enthaltener Menschenrechte führen können. In den meisten Fällen betrafen diese Verletzungen das Recht auf Leben oder das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, wie sie in den Artikeln 2 und 8 der Konvention beschrieben sind.⁽²⁾ Die Richter des Gerichtshofes blieben immer vorsichtig, um damit eine klare Auslegungsspanne für die 47 Europaratsmitglieder zu gewährleisten beziehungsweise – allgemein gesprochen – den Staaten zu gestatten, die ökonomische Entwicklung gegen den Umweltschutz aufzuwiegen. Das bedeutet mehr oder weniger, dass die Staaten zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verschlechterung der Umweltsituation entscheiden durften, solange die erwähnten Menschenrechte nicht verletzt wurden. Denn die Richter waren an die Tatsache gebunden, dass in der EMRK gegenwärtig ein kodifiziertes „Recht auf Umwelt“ fehlt.

Europäische Menschenrechtskonvention bald mit Zusatzprotokoll?

Im September 2009 hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates auf der Grundlage der Empfehlung 1885 fast einstimmig für die Formulierung eines Zusatzprotokolls zur EMRK ausgesprochen, das ein „Recht auf eine gesunde und lebensfähige Umwelt“ kodifizieren soll. Das letzte Wort dazu hat nun das Ministerkomitee, das aus den 47 AußenministerInnen der Mitgliedstaaten besteht. Auf eine kürz-

Der Europarat

Der Europarat ist eine internationale europäische Institution unabhängig von der EU. Er wurde 1949 gegründet und hat seinen Sitz in Straßburg. In seinem Rahmen werden zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Abkommen abgeschlossen. Die 47 Mitgliedstaaten wollen damit das gemeinsame europäische Erbe bewahren und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern. Neben den 27 EU-Mitgliedern sind 20 weitere europäische Länder Mitglied im Europarat, zum Beispiel Russland, Norwegen und Monaco. Die zwei Hauptorgane des Europarates sind das Ministerkomitee, in dem die Mitgliedstaaten durch ihre AußenministerInnen vertreten werden, und die Parlamentarische Versammlung des Europarates, in die die nationalen Parlamente VertreterInnen entsenden. Die Parlamentarische Versammlung hat 318 Mitglieder sowie 318 StellvertreterInnen. [jg]

► www.coe.int

lich an das Komitee gerichtete Frage, wann die letzte Entscheidung darüber getroffen werden soll, lautete die Antwort, dass keine spezielle Sitzung dafür festgelegt worden sei, aber eine Entscheidung schon vor dem Sommer getroffen werden könnte.

Das Ministerkomitee wird zunächst von internen Europaratsgremien beraten. Einige davon sind fortschrittlich und dem Zusatzprotokoll gegenüber positiv eingestellt, andere sind eher konservativ, wie der einflussreiche Lenkungsausschuss für Menschenrechte (Steering Committee on Human Rights, CDDH). Dieser empfahl kürzlich, der Parlamentarischen Versammlung trotz der überwältigenden Abstimmungsmehrheit nicht zu folgen. Dabei hatten die ParlamentarierInnen die Argumente des CDDH bereits im Entstehungsprozess der Empfehlung 1885 besprochen und als gegenstandslos verworfen.

Nun kommt es darauf an, dass Einzelpersonen und Umweltgruppen ein Gegengewicht gegen dieses konservative Denken im CDDH bilden. „Jeder hat das Recht auf eine Umwelt, die sich nicht schädlich auf die eigene Gesundheit und das eigene Wohlergehen auswirkt, und auf den Schutz der Umwelt zum Vorteil der jetzigen und zukünftiger Generationen“, propagiert die Menschenrechtsorganisation Stand Up For Your Rights. Umweltschutz ist die unabdingbare Basis für alle anderen Menschenrechte und Grundlage allen Lebens. Immer mehr Organisationen, einschließlich Amnesty International und Greenpeace, und sogar UN-Gremien für Menschenrechte fordern dies öffentlich in Stellungnahmen. Es ist Zeit für die Europäische Menschenrechtskonvention, nachzuziehen.

Bewusstseinsänderung nicht ausgeschlossen

Aus einer moralischen Perspektive würde ein Menschenrecht auf Umwelt in der EMRK das gesamte Spektrum der im Europarat behandelten Umweltthemen aufwerten – das schließt Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung ebenso ein wie den Schutz von Arten und Habitaten. Damit nähme der Umweltschutz einen Platz unter den fundamentalen Werten

der Gesellschaft auf einer gleichrangigen Ebene mit anderen Menschenrechten ein und wäre der gewöhnlichen Gesetzgebung übergeordnet. Das ist die Ebene, wo Umweltschutz hingehört und von der aus es zu einem Paradigmenwechsel oder einer Änderung im Bewusstsein von Menschlichkeit kommen kann, eingedenk der Tatsache, dass wir Teil der Natur und abhängig vom Planeten Erde sind.

Vorteile eines Menschenrechtes auf Umwelt aus einer eher praktischen Perspektive sind, dass dies sowohl Rechte als auch Pflichten und Verantwortlichkeiten nach sich ziehen würde, mehr Achtsamkeit und eine bessere Berücksichtigung dieser Themen in der Praxis von Staaten, Unternehmen und Einzelpersonen. Opfer von Umweltzerstörungen wären an internationalen Prozessen beteiligt, um ihre Regierungen verantwortlich zu machen, wenn diese mangelnden Willen zeigen, die Umwelt zu schützen, oder um Gesundheit und Wohlergehen bedrohende Rechtsverletzungen zu stoppen.

Verbriefte Menschenrechte sind ein starker Hebel

Dieses Menschenrecht wäre wirklich ein Durchbruch für Betroffene, die dann vor den Gerichtshof ziehen könnten, um der Schädigung von Umwelt und Gesundheit Einhalt zu gebieten oder zumindest eine Entschädigung zu erlangen. Bei Verletzungen anderer Menschenrechte waren PetentInnen schon in vielen Fällen erfolgreich und haben mithilfe der EMRK Wiedergutmachung erhalten. Ihre Regierungen mussten Maßnahmen ergreifen, um die Menschenrechtsverletzung zu stoppen. Insofern würde ein solcher Rechtsanspruch, verglichen mit den existierenden Gesetzen, weniger auf die Staaten, sondern eher auf Einzelpersonen abzielen, die unter negativen Umweltfolgen zu leiden haben.

Ohne ein garantiertes Recht auf gesunde Umwelt haben zurzeit oftmals andere konstitutionell geschützte Rechte wie das Recht auf Eigentum automatisch Priorität, während zum Beispiel beim Schutz von Habitaten oder der Luftqualität Aspekte wie nachhaltige Entwicklung oder

Gesundheits- und Umweltbedenken nicht ausgewogen berücksichtigt werden. Die Einführung eines neuen Menschenrechts würde helfen, den Schutz der Umwelt voranzubringen, und zu einem angemessenen Lebensstandard für alle Menschen einschließlich der Armen, Frauen und Kinder sowie zukünftiger Generationen führen.

Den Druck erhöhen

Einzelpersonen und Organisationen sind aufgerufen, die Kodifizierung des Rechts auf eine gesunde Umwelt zu unterstützen und sich bei EntscheidungsträgerInnen für eine entsprechende Ergänzung in der Europäischen Menschenrechtskonvention einzusetzen. Lokale und internationale Kontakte und Netzwerke in allen 47 Europarats-Mitgliedstaaten sollten genutzt werden, um diese Sache voranzutreiben. Die Erde braucht unseren gemeinsamen Einsatz, um sie und das Leben für jetzige und zukünftige Generationen zu schützen. Als Menschen sind wir Teil der Natur – nicht ihre Bezwinger.

Anmerkungen

- ▶ (1) Vgl. Shelton, D. (2002): Human Rights, Health & Environmental Protection: Linkages in Law & Practice. A Background Paper for the World Health Organization. www.kurzlink.de/who-humanrights.pdf
- ▶ (2) Beispielfälle: Lopez Ostra gegen Spanien, 16798/90 [1994] ECHR 46 (09.12.1994); Guerra gegen Italien, 14967/89 [1998] ECHR 7 (19.02.1998); Budayeva u. a. gegen Russland, 15339/02, 21166/02, 20058/02, 11673/02 und 15343/02 [2008] (20.03.2008)

Übersetzung aus dem Englischen: Juliane Grüning.

Jan van de Venis ist Rechtsanwalt in der Amsterdamer Kanzlei JustLaw und spezialisiert auf internationales Unternehmensrecht, Menschenrechte und Rechtsfragen für Nichtregierungsorganisationen. Er gründete 2007 die Menschenrechtsorganisation Stand Up For Your Rights mit und ist dort Vorstandsmitglied.

Kontakt:
Tel. +31 (0)6 / 21706773,
E-Mail: jan@justlaw.nl,
www.standupforyourrights.org



Internationale Umweltfinanzpolitik

Globale was?!

Der Geldtopf für weltweiten Umweltschutz muss dringend reformiert und besser ausgestattet werden

Die „Globale Umweltfazilität“ soll Gelder für den Schutz der Umwelt geben und als Finanzierungsmechanismus multilateraler Umweltabkommen dienen. Doch an der Mittelvergabe und fehlender Teilhabe an Entscheidungen gibt es viel Kritik. Zudem halten die meisten Länder ihre Finanzversprechen nicht ein. ■ VON REGINE RICHTER, URGEWALD

Ende Mai trifft sich in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo die vierte Generalversammlung der „Globalen Umweltfazilität“. Obwohl ein langjähriger Akteur in der internationalen Umweltschutzfinanzierung, ist die Fazilität wenig bekannt: Die Global Environmental Facility (GEF) wurde 1991 im Vorfeld der Rio-Konferenz gegründet. Sie verteilt Mittel in sechs Förderbereichen: Klimawandel, Biodiversität, internationale Gewässer, Abbau der Ozonschicht, Landdegradierung und langlebige organische Schadstoffe. Seit 1991 hat die GEF 8,8 Milliarden US-Dollar für Projekte in 165 Entwicklungsländern vergeben und zudem über 10.000 Kleinkredite an Nichtregierungs- und lokale Organisationen verteilt. Die Grundidee an sich ist gut: Ressourcetransfer von Nord nach Süd. Die Industrieländer als Hauptverursacher von globalen

Umweltproblemen geben Geld, um Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die daraus resultierenden Probleme zu lösen.

Von Anfang an Kritik

Die Fazilität hatte es jedoch von Beginn an schwer: einerseits, da Südregerungen ihr ambivalent bis feindlich gegenüberstanden, weil sie in der Fazilität ein reines Instrument des Nordens sahen. Denn multilaterale Diskussionen um die Aufgaben und die mögliche Ausgestaltung eines solchen Instruments fanden auf der Rio-Konferenz nicht mehr statt, nachdem die Existenz der GEF vollendete Tatsachen geschaffen hatte. Radikalere Vorschläge, die darauf abzielten, Umweltprobleme mehr an den Wurzeln wie Wachstumsmodell und Konsummustern zu packen, waren damit vom Tisch. Zum anderen erhielt die Fazi-

lität keine Eigenständigkeit, sondern wird von Weltbank, Entwicklungsprogramm (UNDP) und Umweltprogramm (UNEP) der Vereinten Nationen verwaltet. Dabei beherbergt ursprünglich die Weltbank das GEF-Sekretariat und wickelt die Geldvergabe ab, UNDP gibt technische Hilfe bei Projekten und UNEP unterstützt wissenschaftlich. Inzwischen können auch andere Institutionen wie regionale Entwicklungsbanken oder die Welternährungsorganisation als Umsetzungsorgane fungieren.

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist, dass die Weltbank die GEF als grünes Mäntelchen benutzt, aber keineswegs ihre eigene Politik ökologischer gestaltet.

Tricks und mangelnde Partizipation

Ein Beispiel dafür, wie die Weltbank die GEF für Umwelttricksereien nutzt, ist die

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Herausforderungen

Um die Zukunftsfähigkeit des Forst-Holz-Sektors zu sichern, sind angesichts der ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen nicht nur technische Innovationen nötig. Ausgehend von der Projektregion Allgäu analysieren die Autoren im vorliegenden Buch die organisatorischen Innovationshemmnisse und ermitteln die Bildung von Netzwerken innerhalb der Forst-Holz-Kette als zentralen Erfolgsfaktor.

M. Birke, D. Scheer, A. Schlüter, F. Ebinger (Hrsg.)
Innovationen in der Holz-Forst-Kette
 Entwicklungstrends und Handlungsoptionen

191 Seiten, 34,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-125-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Tschad-Kamerun-Pipeline. Die Weltbank gab im Jahr 2000 über ihre Töchter Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Internationale Finanzkorporation für diese Pipeline Direktkredite über 193 Millionen US-Dollar. Das sorgte sowohl wegen der gravierenden Umweltprobleme als auch wegen der menschenrechtlichen und sozialen Auswirkungen für internationale Empörung. Da die Pipeline in Kamerun artenreiche Gebiete zerstörte, musste die Weltbank nach ihren Naturschutzrichtlinien diese Verluste durch die Unterschutzstellung neuer Flächen ausgleichen. Ein Gebiet, das gewählt wurde, war der Campo-Ma'an-Nationalpark. Dieser gehört jedoch zu sieben Gebieten, die bereits früher im Rahmen eines GEF-Projektes unter Schutz gestellt werden sollten. Somit profitierte die Weltbank direkt von dem ohnehin schon finanzierten GEF-Projekt und brach ihre eigenen Regeln, da kein neues Schutzgebiet geschaffen wurde.

Auch die Arbeit der GEF selbst ist umstritten. Unter anderem finanziert sie die Einrichtung und Stärkung von Schutzzonen, inklusive deren Randzonen und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität außerhalb von Schutzzonen. Dabei sind häufig Territorien von indigenen Völkern betroffen, die wiederholt die Erfahrung gemacht haben, dass ihre Rechte in den Schutzkonzepten nicht beachtet wurden und ihre Kultur von den Schutzzonen bedroht ist. Zudem werden sie nicht effektiv beteiligt, zum Teil nicht einmal bei solchen GEF-Projekten, die gezielt auf indigene Völker zugeschnitten sind.

Klimafinanzierung unter Vorbehalten

Der Klimaschutz war von Anfang an einer der GEF-Aufträge, weshalb die Fazilität eine bedeutende Rolle in der Klimafinanzierung spielt. Sie verwaltet drei Fonds: den allgemeinen Trust Fund, den Least Developed Countries Trust Fund (LDCF) mit einem derzeitigen Gesamtvolumen von 170 Millionen US-Dollar sowie den Special Climate Change Trust Fund (SCCF) mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen US-Dollar. Die beiden letzteren Fonds sol-

len Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Darüber hinaus fungiert die GEF als verwalten des Sekretariat für den Adaptation Trust Fund, einen aus den Klimaverhandlungen hervorgegangenen Fonds, ebenfalls zur Finanzierung von Anpassungsprogrammen an den Klimawandel in Entwicklungsländern. Die Rolle der GEF beim Adaptation Trust Fund wurde bei der Klimakonferenz auf Bali 2007 festgelegt – schon damals begleitet von Bedenken der Zivilgesellschaft. Denn bei der demokratischen Verwaltung, der Beteiligung der Zivilgesellschaft, einer nachhaltigen Finanzierung und dem Zugang für die Bedürftigsten sahen Umweltorganisationen schwere Defizite. Die Verwaltung der GEF beruht zum Beispiel auf dem Ein-Dollar-eine-Stimme-Prinzip, nach dem die Länder, die am meisten einzahlen, den größten Einfluss haben. Dies räumt übrigens Deutschland eine bedeutende Rolle ein, das nach den USA und Japan der größte Geldgeber ist.

Trotz all dieser Vorbehalte soll unter anderem die GEF die bei der Klimakonferenz in Kopenhagen versprochenen zusätzlichen Gelder für die Anpassung an den Klimawandel und Aktivitäten zu seiner Bekämpfung verwalten. Bei dieser kurzfristigen Finanzierung geht es zwischen 2010 und 2013 um immerhin 30 Milliarden US-Dollar – sofern die Industrieländer ihre Geldversprechen einhalten. Vorbehalte gibt es auch hier, da der Streitpunkt, welche Rolle und Mitsprache die Entwicklungsländer haben, auch 19 Jahre nach Einrichtung der Fazilität nicht ausgeräumt ist. Bei den regelmäßig stattfindenden Wiederauffüllungsrunden darf nur mitdiskutieren, wer eine Mindestmenge Geld einbringt, die anderen Länder können den Diskussionen nur als Beobachter beiwohnen.

Wiederauffüllungsrunde als Reformchance?

Zurzeit findet die fünfte Wiederauffüllungsrunde statt, denn die Geldgeber der GEF verpflichten sich alle vier Jahre zu neuen Einzahlungen. Momentan werden Gelder für 2006 bis 2010 verteilt, am 1. Juli

beginnt die neue Periode von 2010 bis 2014. Im März und April diskutierten die Geberländer in Rom und Paris über Höhe und Details der Wiederauffüllung. Traditionell sind solche Wiederauffüllungsrunden eine Gelegenheit für Reformen: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich gezielt mit der GEF auseinandersetzen, fordern eine großzügige Auffüllung für die kommende Periode um sechs bis zehn Milliarden US-Dollar sowie Struktur-reformen, die dafür sorgen, dass sowohl die Empfängerländer als auch die Zivilgesellschaft angemessen in Verwaltung, Planung und Ausführung einbezogen werden.

Zudem mahnen die NGOs an, dass Klimafinanzierung Wechselwirkungen mit anderen wichtigen globalen Schutzziele beachten muss, wie die Erhaltung der Biodiversität, die Verhinderung von Landdegradierung und die Berücksichtigung der Rolle natürlicher Ökosysteme für das Leben von Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind. Dabei geht es darum, Ökosystem-Management-Ansätze zu suchen, die Vorteile für Biodiversität und Klimawandel bringen, wie etwa Schutz und Wiederherstellung von Wäldern und Tropenlandschaften. Ebenso fordern NGOs, dass es keine Anreize für zerstörerische „Klimaschutzmaßnahmen“ wie Subventionen für Biokraftstoffe oder die Umwandlung von Wäldern in Plantagen geben darf.

Beim Volumen liegen die bisherigen Zusagen der Geberländer jedoch weit unter den geforderten Summen: In Rom waren 3,6 bis 4,6 Milliarden US-Dollar im Gespräch, was die Hoffnung auf umfassende strukturelle Reformen dämpft.

Die Biologin Regine Richter arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* in Berlin zu internationalen Finanzinstitutionen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 28482271,
E-Mail:
regine@urgewald.de,
www.urgewald.de
www.gefngo.org



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Gefährliche Abfälle

Überwachung elektronisch

■ Seit dem 1. April wird bei der Überwachung gefährlicher Abfälle weniger Papier verbraucht. Die Kontrollnachweise über die umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle müssen von den nachweispflichtigen Unternehmen und den zuständigen Behörden elektronisch bearbeitet und übermittelt werden. Es handelt sich dabei um bis zu drei Millionen Nachweise pro Jahr, weshalb das Bundesumweltministerium (BMU) schätzt, dass der Übergang nicht ganz reibungslos funktionieren wird.

Alle Bundesländer arbeiten mit der gemeinsamen Zentralen Koordinierungsstelle Abfall (ZKS-Abfall) zusammen, Unternehmen erhalten dort laut BMU ein elektronisches Postfach, an das sie Nachweise erbringen müssen. Die Behörde erhofft sich langfristig eine effizientere Überwachung von Giftmüll und transparente Verfügbarkeit der Daten. [jg]

► www.bmu.de/abfallwirtschaft

Kreislaufwirtschaft

Zielloses Abfallrecht

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) sieht erheblichen Nachbesserungsbedarf beim Entwurf der Bundesregierung für ein neues Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht. In einer Stellungnahme forderte der Dachverband eine konsequente Ausrichtung auf Abfallvermeidung, Ressourcen-, Klima- und Umweltschutz. Hierzu seien konkrete Abfallreduktionsziele bei Siedlungsabfällen erforderlich. Der DNR warnte auch vor einem Abbau von Kontrollmechanismen unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung, der „zweifelhafte Wege der Abfallentsorgung“ begünstigen würde. Bei den Zielen des Gesetzes müsse die Minderung von Treibhausgasemis-

sionen ergänzt werden. Darüber hinaus müsse das Gesetz ein hohes Niveau der Verwertung fördern – das heißt, dass die Abfallhierarchie mit der Vermeidung als oberstem Ziel unbedingt eingehalten werden soll. Gefördert werden müsse auch das Recycling. Der DNR plädiert für eine Pflicht zur Getrenntsammlung biologischer Abfälle ab 2013 sowie eine Verwertung getrennt zu sammelnder Wertstoffe ab 2015. [jg]

► DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

EU-Abfallstatistik

Europas Müll bleibt krisenfest

■ Eine halbe Tonne Müll pro Jahr, genauer 524 Kilogramm, erzeugt durchschnittlich jeder Einwohner der Europäischen Union. 40 Prozent des Haushaltsmülls werden deponiert, 23 Prozent recycelt, 20 Prozent verbrannt und 17 Prozent kompostiert. Das ist das Ergebnis der Analyse für 2008, die das Europäische Amt für Statistik (Eurostat) im März veröffentlicht hat. Die Recycling- und die Kompostrate zusammen liegt mehr oder weniger unverändert zum Vorjahr bei 40 Prozent. Doch zwischen den Mitgliedstaaten variieren die Zahlen erheblich.

Den meisten Müll erzeugten die BewohnerInnen Dänemarks: Sie brachten es 2008 auf 802 Kilogramm pro Person und Jahr. Am wenigsten erzeugten die Tschechen mit 306 Kilogramm. Auch die Letten, Polen, Rumänien und Slowaken blieben unter 400 kg. Dafür landen in den osteuropäischen Staaten und auf Malta die Abfallberge viel häufiger auf Mülldeponien, in Bulgarien sogar zu 100 Prozent.

Deutschland recycelt am meisten Müll im EU-Vergleich, nämlich fast die Hälfte. „EU-Kompostmeister“ war laut Statistik Österreich mit 40 Prozent, gefolgt von Italien mit 34 Prozent. Dänemark (54 Prozent) und Schweden (49 Prozent) verbrennen den meisten Müll.

In Deutschland fielen 581 Kilogramm

Müll pro Kopf an, davon wurden 48 Prozent recycelt, 35 Prozent verbrannt, 17 Prozent kompostiert und ein Prozent deponiert. [jg]

► Statistik: www.kurzlink.de/eustat-abf2008
 ► Eurostat, Christian Heidorn, Luxemburg, Tel. +352 (0)4301 / 35271, E-Mail: christian.heidorn@ec.europa.eu

Abwasser

Medikamente im Wasser

■ Die Umweltstiftung WWF hat effektivere Reinigungstechniken für das Abwasser gefordert. Zunehmend würden Kläranlagen mit Belastungen durch Medikamentenreste konfrontiert. Diese stammten nicht nur von Chemie- und Pharmaunternehmen, sondern auch von den VerbraucherInnen selbst. Wer Medikamente einnehme, scheidet einen Teil der Wirkstoffe aus. Damit landeten oftmals schwer abbaubare Substanzen im Abwasser, die nur bedingt herausgefiltert werden könnten, warnte der WWF-Wasserexperte Martin Geiger.

Auf keinen Fall sollten alte Arzneimittel in der Toilette oder im normalen Müll entsorgt werden. Apotheken nehmen im Allgemeinen Reste zurück. Im Juni letzten Jahres ist allerdings ein zentrales Rücknahmesystem namens Remedica, an das etwa drei Viertel aller Apotheken angeschlossen waren, eingestellt worden. Seitdem müssen Einzellösungen gefunden werden. Auch Schadstoffsammelstellen nehmen Arzneimittel an.

Schwedische Forscher der Universitäten in Göteborg und Umeå haben neue Erkenntnisse über die Beeinflussung von Fischen durch Medikamentenwirkstoffe im bereits geklärten Abwasser gesammelt. Demnach ist die Fortpflanzungsfähigkeit von Fischen durch Östrogene im Abwasser gefährdet. [jg]

► WWF, Martin Geiger, Frankfurt, Tel. +49 (0)69 / 79144140, E-Mail: geiger@wwf.de, www.wwf.de
 ► www.apotheke-adhoc.de
 ► www.kurzlink.de/fischforschung2010se

Giftstoffe

Wenn aus Spaß Ernst wird

■ Das dänische Umweltministerium hat nach Informationen der Tageszeitung Taz vor gefährlichen Weichmachern (Phthalate) in Sexspielzeug gewarnt und will sich für Grenzwerte in Europa einsetzen. Da Phthalate hormonähnliche Wirkungen haben und die Entwicklung von Fortpflanzungsorganen schädigen können, sollten besonders schwangere und stillende Frauen gänzlich darauf verzichten. Falls die EU keine Maßnahmen ergreift, plant die Regierung in Kopenhagen eigene Regelungen für Dänemark.

Umweltverbände setzen sich seit Langem dafür ein, dass gefährliche Weichmacher und andere giftige Chemikalien in Gebrauchsgegenständen verboten werden. [jg]

► www.kurzlink.de/phthalate-dildos

EU-Chemikalienpolitik

106 Substanzen sollen auf die schwarze Liste

■ Der Anhang der besonders besorgniserregenden Substanzen (SVHC) in der EU-Chemikalienverordnung REACH soll um 106 Stoffe erweitert werden. EU-Industriekommissar Antonio Tajani und Umweltkommissar Janez Potočnik haben einem Zeitplan für die Erweiterung des Annex XIV zugestimmt. Die Aufnahme der 106 SVHC-Chemikalien erfolgt jedoch nicht sofort, sondern erst nach einer öffentlichen Konsultation sowie einer Stellungnahme durch den Mitgliedstaaten Ausschuss der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen. Bisher umfasst dieser Anhang nur 29 potenzielle Kandidatenstoffe.

Dem Umweltausschuss im EU-Parlament geht das Aufnahmeverfahren für die Giftstoffe nicht schnell genug. Wie der Umwelteinformationsdienst ENDS Europe Daily meldete, wandte sich der Ausschussvorsitzende Jo Leinen deshalb in einem Brief an die EU-Kommission.

Wenn die EU in diesem Tempo weitermache, brauche sie etwa 30 Jahre, um die bereits bekannten 500 Stoffe zu erfassen, schrieb der Sozialdemokrat. Der Weg von der Nominierung für die Liste bis zu einer Entscheidung, ob die Stoffe tatsächlich in den Anhang XIV der REACH-Verordnung aufgenommen werden, sei zu lang. Weitere Kritikpunkte sind die unzureichenden Kriterien für persistente, bioakkumulative und toxische Stoffe.

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs wird der als Krebserreger geltende Stoff Acrylamid weiter auf der SVHC-Liste bleiben. Zahlreiche Firmen hatten versucht, den Stoff von der Liste streichen zu lassen. [at, jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/360, MEMO/10/102)

Feinstaub

Klagen drohen

■ Die fünf EU-Mitgliedstaaten Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien und Zypern haben gegen die europäischen Luftqualitätsnormen für Feinstaub in der Größe bis zehn Mikrometer (PM₁₀) verstoßen. Die Richtlinie über die Luftqualität hatte den Staaten zwar erlaubt, für bestimmte Gebiete Fristverlängerungen für die seit 2005 geltende Feinstaubnorm zu beantragen, allerdings nahmen nicht alle Staaten diese Möglichkeit in Anspruch oder sie bekamen keine Bewilligung dafür. Die meisten der von Portugal, Spanien und Zypern übermittelten Anträge auf Fristverlängerung entsprachen nicht den in der Richtlinie vorgesehen Bedingungen und wurden deshalb abgelehnt. Schon Anfang 2009 hatte die EU-Kommission Mahnschreiben an Mitgliedstaaten verschickt, die die Feinstaubgrenzwerte überschritten hatten. Nun geht sie noch einen Schritt weiter und wird im Fall von Schweden und Slowenien den Europäischen Gerichtshof anrufen. Die anderen drei Staaten werden noch einen letzten Mahnbrief erhalten.

Auch Bulgarien wird von der Kommission zu hören bekommen: Wegen zu hoher

Schwefeldioxidbelastungen soll dem Land in einem gesonderten Verfahren ein letzter Mahnbrief übermittelt werden.

Kommen die Staaten den Aufforderungen in den Mahnbriefen nicht nach, müssen auch sie mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof rechnen und könnten dann zu einer Zwangszahlung verpflichtet werden.

Feinstaub entsteht vor allem durch Verkehr, Industrie und private Heizungen und gilt als Auslöser von Asthma und Lungenerkrankungen. [at]

► EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/315)

Nanotechnologieforschung

Kleinstpartikel nicht zu halten

■ Schweizer ForscherInnen haben nachgewiesen, dass Nanopartikel die Plazentaschranke überwinden können. Die WissenschaftlerInnen stellten fest, dass Plastikpartikel mit einer Größe von etwa einem Milliardstel Meter durch die Plazenta von der Mutter auf das ungeborene Kind weitergegeben werden können.

Da Nanotechnologien die Materialeigenschaften von Substanzen grundlegend verändern können, ist in den letzten Jahren ein breites Einsatzfeld für sie entstanden. Die winzigen Partikel werden in Lebensmitteln, Textilien, Verpackungen und anderen Alltagsmaterialien eingesetzt. Über die damit verbundenen Risiken für Mensch und Umwelt ist bislang jedoch wenig bekannt. Umweltverbände wie der BUND warnen, dass Nanopartikel die Erbsubstanz von Lebewesen schädigen könnten. Erst kürzlich kündigte die US-amerikanische Umweltbehörde EPA an, den Gebrauch von Nanosilber strenger regulieren zu wollen. Nanosilber wird aufgrund seiner bioziden (keimtötenden) Wirkung auch in Sporttextilien oder Lebensmittelverpackungen eingesetzt. Lösen sich die Partikel und gelangen in den Körperkreislauf, besteht die Gefahr, dass sie Lungen- und Leberschäden verursachen. Die Industrie verspricht sich dagegen von

der Nanotechnologie großen Nutzen. Beispielsweise sollen schmutzabweisende Oberflächen, ein gezielterer Einsatz von Medikamenten oder leistungsfähigere Computer entstehen. Auch die Verwendung in Atomkraftwerken scheint möglich: Forscher des Los Alamos National Laboratory präsentierten im Wissenschaftsmagazin Science nanokristalline Materialien, mit deren Hilfe Kernreaktoren sich bei einem Störfall „selbst heilen“ sollen: Die Materialien besäßen die Eigenschaft, durch Strahlung hervorgerufene Schäden, wie eine Versprödung oder Verhärtung der Atomgitter, selbst zu reparieren. [at]

- www.kurzlink.de/np-placenta
- www.bund.net (Themen – Nanotechnologie)
- www.kurzlink.de/science-self-healing

Lärm

Jugendprotest gegen Ultraschall-Piepton

■ Das Europäische Jugendforum hat sich wegen Diskriminierung an die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) gewandt und um Unterstützung gegen ordnungsamtliche Vertreibungsaktionen gebeten. Jugendliche, die ihre Mitmenschen „stören“, werden in einigen europäischen Städten mit einem Gerät vertrieben, das an öffentlichen Plätzen angebracht ist. Das sogenannte Mosquito-Gerät sendet einen Ton im Ultraschallbereich, den nur junge Menschen hören. Nach einigen Minuten soll der Ton sehr unangenehm klingen, verursacht aber laut dem Hersteller keine Schmerzen oder Schäden.

Das PACE-Komitee für Kultur, Wissenschaft und Bildung will im Juni darüber entscheiden, ob es eine solche Maßnahme für zulässig hält. In einer entsprechenden Vorlage bezeichnet der Berichterstatter Piotr Wach aus Polen die Ultraschall-Vertreibung als Verletzung der Menschenrechte. Kinder hätten „dramatische Reaktionen“ auf das für ihre erwachsenen Begleitpersonen unhörbare Geräusch gezeigt.

Die Mosquito-Geräte würden als „Waffe“ gegen Jugendliche eingesetzt, unabhängig davon, wie diese sich tatsächlich verhielten. Zudem sei unklar, welche gesundheitlichen Auswirkungen die Geräte hätten, vor allem auf Säuglinge und Ungeborene.

In Frankreich, Deutschland, Großbritannien und anderen EU-Staaten sind bereits 3.500 Mosquito-Geräte im Einsatz, in Deutschland unter anderem im Kreis Osnabrück und in Dissen im Teutoburger Wald. [zt]

- www.kurzlink.de/pace-mosquito2010

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimapolitik I

Neue Verhandlungen ziehen sich hin

■ Erstmals seit dem Klimagipfel von Kopenhagen im Dezember letzten Jahres haben wieder offizielle Klimaverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen stattgefunden. VertreterInnen von 190 Staaten berieten vom 9. bis 11. April in Bonn vor allem über den weiteren Prozess der Verhandlungen und organisatorische Fragen. Dabei konnten sich die Parteien zwar auf einen ungefähren Zeitplan für den Rest des Jahres einigen – so sollen voraussichtlich im Juni, August und September drei zusätzliche Verhandlungstermine angesetzt werden, bevor im Dezember in Cancún (Mexiko) der nächste Klimagipfel stattfindet –, konkrete Ergebnisse erwarten die meisten Delegationen allerdings erst ein Jahr später auf dem nächsten Gipfel in Südafrika.

Darüberhinaus wurden in Bonn vor allem die altbekannten Differenzen über die Höhe der Emissionsreduktionsziele, die Verbindlichkeit des Abkommens oder die finanziellen Zusagen an die Entwicklungsländer deutlich. Umstritten scheint aber auch die Rolle des Copenhagen Accord zu sein. Das Abschlussdokument

von Kopenhagen war dort lediglich „zur Kenntnis“ genommen worden, weshalb unklar ist, ob es als weitere Verhandlungsbasis dienen kann. Vor allem die USA wollen auf Basis des Copenhagen Accord weiterverhandeln, was den europäischen Staaten nicht weit genug geht, da der Accord nur die nationalen Verpflichtungen der einzelnen Staaten auflistet, ohne die Notwendigkeit eines verbindlichen globalen Abkommens deutlich zu machen. [ms]

- www.unfccc.int

Internationale Klimapolitik II

Alternativgipfel in Bolivien

■ Der bolivianische Präsident Evo Morales hat mit einem alternativen Klimagipfel den herrschenden Klimadiskurs herausgefordert. Rund 20.000 zivilgesellschaftliche Akteure sowie VertreterInnen von etwa 50 Regierungen vorwiegend aus Entwicklungsländern folgten seiner Einladung und reisten Ende April ins bolivianische Cochabamba. Auf der Agenda des dreitägigen Gipfels stand die Suche nach alternativen Klimaschutzkonzepten jenseits der aktuellen Verhandlungsgegenstände des UN-Prozesses. Die thematische Vielfalt war entsprechend breit und reichte von sozio-ökonomischen Themen wie „strukturellen Ursachen des Klimawandels“ über Klimamigration und Klimaschulden bis zu tendenziell spirituellen Fragen entsprechend den indigenen Vorstellungen von „Rechten der Mutter Erde“ oder „Harmonie mit der Natur“. Der Gipfel forderte eine Halbierung der Treibhausgasemissionen der Industriestaaten bis 2020, ein internationales „Klimatribunal“ und ein globales Referendum über die Wirtschaftsordnung.

Die Organisationen BUND und Attac kündigten an, die Erfahrungen von Cochabamba bei der nächsten UN-Zwischenkonferenz Anfang Juni in Bonn in ein alternatives Klimaforum einfließen zu lassen.

Dass Morales seine Initiative ausdrücklich als Gegenmodell zu den UN-Verhandlungen verstanden wissen wollte, sahen vor allem die USA als Provokation an und

strichen ihre bereits zugesagte finanzielle Unterstützung von etwa drei Millionen US-Dollar für Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen in dem Andenland. [ms]

- ▶ www.cmpcc.org
- ▶ www.kurzlink.de/dossier-cochabamba
- ▶ www.bund.net/klimaforum

Klimawandelfolgen

Insel sinkt, Konflikt endet

■ Der Klimawandel hat einen fast 30 Jahre langen Streit zwischen Indien und Bangladesch über den Anspruch auf eine kleine, unbewohnte Felsinsel im Golf von Bengalen beendet. Die von Indien New Moore oder Purbasha, von Bangladesch South Talpatti genannte Insel versank aufgrund des steigenden Meeresspiegels. Weder Fischerboote noch Satellitenkameras konnten sie wiederfinden. „Was die beiden Länder in jahrelangen Verhandlungen nicht erreicht haben, wurde nun von der globalen Erwärmung gelöst“, sagte Sugata Hazra, Ozeanograf und Professor an der Jadavpur-Universität in Kalkutta.

1996 war in der Nähe bereits die Insel Lohachara versunken. Ihre BewohnerInnen galten damals als die ersten „Klimaflüchtlinge“. Inzwischen zwingen die Folgen des Klimawandels immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Die Malediven und andere Inselstaaten verhandeln bereits mit anderen Ländern über die Aufnahme der Klimaflüchtlinge. [mv]

Europäischer Emissionshandel

EU lässt dezentrale Versteigerung zu

■ Die EU will zunächst darauf verzichten, eine zentrale Plattform für den Handel mit CO₂-Zertifikaten verpflichtend einzuführen. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten in der dritten Phase des Emissionshandels von 2013 bis 2020 selbst entscheiden können, ob sie die Auktionierung in den

ersten fünf Jahren weiter auf nationaler Ebene organisieren. Dies geht aus einem Verordnungsentwurf hervor, den die Kommission den Mitgliedstaaten Anfang April vorgelegt hat. Damit gab die Kommission dem Druck einiger der größten Emittenten – Deutschland, Großbritannien, Polen und Spanien – nach. Die restlichen 23 Mitgliedstaaten sind für eine zentrale Handelsstelle. Die Folgenabschätzung der EU-Kommission hatte ergeben, dass eine zentrale Stelle die Kosten sowohl für die öffentlichen Behörden als auch für die Wirtschaft minimiere und den Emissionshandel insgesamt vereinfache. [mv]

Energieeffizienz

Schwacher Gesetzentwurf

■ Das federführende Bundeswirtschafts- und das Bundesumweltministerium haben Ende März einen erneuten Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Europäischen Energiedienstleistungsrichtlinie vorgelegt. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht, da das Gesetz weder verbindliche Ziele noch wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz enthalte. „Wir kreiden das Scheitern des Energieeffizienzgesetzes vor allem Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle an“, sagte der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger. „Ein wirksames Gesetz zum Energiesparen wäre nicht nur ein starker Innovationsmotor für die Wirtschaft gewesen, sondern auch ein wichtiger Beitrag für den nationalen und internationalen Klimaschutz.“

Wirtschafts- und Umweltministerium konnten sich in den letzten Jahren nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag für ein Energieeffizienzgesetz einigen. Jetzt hat sich das Wirtschaftsministerium mit einer Minimalumsetzung der europäischen Richtlinie – wie auch im Koalitionsvertrag vorgesehen – durchgesetzt. Das Umweltministerium hatte versucht, weitere Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz einzubringen. Anders als in vergangenen Entwürfen heißt das Gesetz jetzt nicht mehr Energieeffizienz-, sondern Energiedienstleistungsgesetz.

„Die Regierung muss in Sachen Energieeffizienz jetzt kräftig nachlegen, wenn sie die Klimaschutzziele erreichen will“, sagte Stefanie Langkamp vom Deutschen Naturschutzring. „Die nächste Chance bietet sich beim neuen Energiekonzept und der Überarbeitung des integrierten Klima- und Energieprogramms.“ Derzeit erarbeiten die beiden Ministerien ein gemeinsames Energiekonzept, das sie voraussichtlich im Sommer vorstellen werden.

Nach Angaben des BUND hätten mit einem ambitionierten Effizienzgesetz jedes Jahr mehr als zwei Prozent Gas, Strom, Fernwärme und andere Energieträger eingespart werden können. Der durchschnittliche Privathaushalt hätte bei einer Steigerung der Energieeffizienz um zwei Prozent bis 2020 Kosten von etwa 2.000 Euro jährlich gespart. Die Energiekosten der deutschen Wirtschaft wären bis 2020 um rund 80 Milliarden Euro geringer ausgefallen, bis 2020 wäre mehr als eine Milliarde Tonnen CO₂ weniger angefallen und es hätten rund 600.000 neue Arbeitsplätze entstehen können. Auch die Abhängigkeit von Energieimporten wäre massiv gesunken.

In Brüssel ist bereits ein Vertragsverletzungsverfahren anhängig, da die Umsetzungsfrist für die Richtlinie schon 2008 abgelaufen ist. [mv]

- ▶ BUND-Konzept für ein Energieeffizienzgesetz: www.kurzlink.de/bund-konzept

Britisches Klimaschutzgesetz

Flughafenausbau muss Klimafragen beachten

■ Der High Court of Justice in Großbritannien hat entschieden, dass die Pläne für eine dritte Startbahn am Londoner Flughafen Heathrow den Klimawandel nicht ausreichend berücksichtigen und daher nicht mit dem Klimaschutzgesetz vereinbar sind. Großbritannien hatte sich 2008 gesetzlich verpflichtet, seine CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Geklagt hatten die Umweltschutzorganisationen ▶

Greenpeace, WWF und die Campaign to Protect Rural England. Allerdings hat das Gericht die dritte Startbahn nicht generell für unzulässig erklärt. Die Regierung hat jetzt die Möglichkeit, den Klimawandel stärker in den Plänen zu berücksichtigen. Ob und wie das gelingen kann, ist unklar. Umweltschützer zeigen sich optimistisch, dass es keine dritte Startbahn geben wird. [mv]

► Greenpeace: www.kurzlink.de/heathrow-gp

Erneuerbare Energien

100 Prozent sind machbar

■ Die Energieversorgung Europas kann bis 2050 vollständig auf erneuerbare Quellen umgestellt werden, ohne dass dies teurer wäre als mit fossiler und Atomenergie. Zu diesem Ergebnis kam die Unternehmensberatung McKinsey in ihrer Studie „Roadmap 2050“ im Auftrag der European Climate Foundation. Die Ergebnisse werden von einer breiten Allianz unterschiedlicher Akteure mitgetragen, darunter die Energiekonzerne RWE und Vattenfall sowie die Umweltstiftung WWF.

McKinsey entwickelt und untersucht in der Studie vier Szenarien mit 40, 60, 80 und

100 Prozent erneuerbaren Energien. Alle seien technisch machbar und unterscheiden sich wirtschaftlich kaum voneinander. Im 100-Prozent-Szenario müsste Europa 15 Prozent des Stroms aus Nordafrika importieren. Um den radikalen Wandel zu schaffen, bedarf es nach Ansicht der Autoren grundlegender politischer Weichenstellungen bis 2015.

Als vordringlich machten die Wissenschaftler dabei eine massive Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau CO₂-armer Technologien, den Aufbau integrierter europäischer Übertragungsnetze, massive Investitionen sowie die Umstellung der Energieversorgung von Verkehr und Gebäuden auf alternative Treibstoffe aus.

Die Deutsche Umwelthilfe bezeichnete die Studie als besonders aussagekräftig, „weil sie mit sehr konservativen Zahlen der Energieindustrie rechnet und somit die Leistungsfähigkeit der erneuerbaren Energien eher unter- als überschätzt“. Greenpeace bemängelte dagegen, dass McKinsey in dem 80-Prozent-Szenario noch immer von zehn Prozent Atomkraft ausgeht – was den Neubau mehrerer Atommeiler innerhalb der EU bedeute. [ms]

► Studie: Roadmap 2050. A practical guide to a prosperous, low-carbon Europe. www.roadmap2050.eu

Biokraftstoffe

EU-Kommission muss brisante Studie herausgeben

■ Biokraftstoffe können wesentlich klimaschädlicher sein als herkömmlicher Diesel oder Benzin. Das zeigen Teile einer Studie, die die EU-Kommission zurückgehalten hatte, im April aber nach dem Umweltinformationsgesetz an die Nachrichtenagentur Reuters herausgeben musste. Danach hinterlässt beispielsweise Biodiesel aus Raps einen um etwa 75 Prozent größeren CO₂-Fußabdruck im Vergleich zu herkömmlichem Dieselmotorkraftstoff.

Die Kommission hatte diese und andere Zahlen aus einer im Dezember 2009 veröffentlichten Studie herausgestrichen. Das veranlasste das Fraunhofer-Institut, das an der Studie beteiligt war, sich teilweise von dem Bericht zu distanzieren. „Wir müssen weiterarbeiten, neue Nachhaltigkeitskriterien entwickeln und sehr vorsichtig bei der Herkunft von Biosprit sein“, sagte Wolfgang Eichhammer vom Fraunhofer-Institut, „und wir müssen einen Weg finden, ineffiziente Biokraftstoffe auszuschließen.“

Der EU-Kommission war schon in den Wochen zuvor mehrmals vorgeworfen worden, wissenschaftliche Untersuchun-



Vom Ende eines Mythos

Marode Atomlager, störungsanfällige Kernkraftwerke, AKW-Laufzeitverlängerungen durch die neue Bundesregierung, Lobpreisungen der Atomlobbyisten: Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft ist aktueller denn je. Der Band »Mythen der Atomkraft« liefert das überfällige, atomkritische Know-how zur Debatte, zeigt Alternativen und entlarvt die Kernkraft als das, was sie ist: eine unverantwortliche und teure Risikotechnologie.

G. Rosenkranz

Mythen der Atomkraft

Wie uns die Energielobby hinter Licht führt

quergedacht Band 1, 109 Seiten, 8,95 EUR, ISBN 978-3-86581-198-1
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



gen zu Biokraftstoffen zurückzuhalten. Vier Umweltverbände hatten sie deshalb bereits am 8. März verklagt. Die Verbände werfen der Kommission vor, Informationen zu den negativen Auswirkungen einer gesteigerten Biokraftstoffnachfrage der EU auf die Umwelt und die Lebensmittelpreise unter Verschluss zu halten.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll der Anteil regenerativer Energien im Verkehrsbereich im Jahr 2020 bei zehn Prozent liegen. Dieses Ziel soll hauptsächlich durch den Einsatz von Biokraftstoffen erreicht werden. Seit Bekanntwerden der Ende 2008 verabschiedeten Richtlinie stand die EU-Kommission wegen der erwarteten verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen einer erhöhten Biospritnachfrage unter massivem Beschuss. [mv]

► Informationen zur Klage der Umweltverbände:
www.kurzlink.de/biofuels-documents

CO₂-Speicherung

Vattenfall erkundet Endlager in Brandenburg

■ Ende März hat der schwedische Staatskonzern Vattenfall in Brandenburg begonnen, auf einer Fläche von 350 Quadratkilometern zu untersuchen, ob sich tieferes Gestein zur Verpressung von CO₂ eignet. Das Landesbergamt hatte die Erkundung genehmigt, obwohl es noch kein Gesetz zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) gibt. Die Bürgerinitiative „CO₂-Endlager stoppen“ warf dem Amt sowie der Landesregierung vorausseilenden Gehorsam vor.

Den Vorschlag für ein CCS-Gesetz hatte die große Koalition kurz vor der letzten Bundestagswahl zurückgezogen.

Auch Gebiete in Schleswig-Holstein kommen für die Bundesregierung als CO₂-Lager in Betracht. Der dortige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), hat sich jedoch klar gegen CCS ausgesprochen. Die Entscheidung müsse per Gesetz den Ländern überlassen werden. [mv]

► www.co2-endlager-stoppen.de

Kohlekraftwerke

EU-Kommission erlaubt Klimakillersubventionen

■ Die EU-Kommission will die staatliche Subventionierung für den Bau neuer Kohlekraftwerke zulassen. Darauf hatten Deutschland und Polen bereits 2008 im Rahmen der Verhandlungen über das Klima- und Energiepaket gedrängt. Nach dem durchgesickerten Gesetzentwurf können die EU-Regierungen von 2013 bis 2016 die Kosten für den Kraftwerksbau zu 15 Prozent übernehmen. Einzige Bedingung sei, die Anlagen so zu konstruieren, dass sie nachträglich mit einer zukünftigen Technik für die CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) ausgerüstet werden können. Praktisch heißt das nur, dass neben dem Kraftwerk genügend Platz vorhanden sein muss.

Umweltschützer warfen der Kommission vor, mit der Regelung ihre eigenen Klimaschutzbemühungen zu unterlaufen: „Das geht gegen alles, wofür die EU in Sachen Klimaschutz steht“, sagte Sanjeev Kumar vom WWF in Brüssel. „Es ist das Schlechteste, was aus dem Deal, den Angela Merkel 2008 in letzter Minute durchgedrückt hat, herauskommen konnte.“ Kumar forderte die anderen EU-Regierungen auf, das Gesetz noch zu stoppen. [mv]

► WWF European Policy Office, Sanjeev Kumar, Brüssel, Tel. +32 (0)499539731, E-Mail: skumar@wwfepo.org, www.panda.org/epo

Atommüll in der EU

Öffentliche Konsultation zu radioaktiven Abfällen

■ Die Europäische Kommission hat alle Interessierten aufgerufen, sich an einer öffentlichen Konsultation zu einem möglichen Gesetzesvorschlag zur Entsorgung von radioaktivem Abfall zu beteiligen. Noch bis Ende Mai kann ein Onlinefragebogen beantwortet werden. Die Konsultation findet im Rahmen einer Initiative

der EU-Kommission statt, die zu einem bindenden Gesetz zur Entsorgung des Atommülls führen soll. Der geplante Gesetzesvorschlag soll Druck auf die Mitgliedstaaten ausüben, sich um die Entsorgung abgebrannter Brennstoffe und radioaktiven Abfalls zu kümmern. Zwar haben fast alle EU-Staaten Strategien zu Entsorgung von schwach radioaktiven Abfällen, bei der Handhabung von Brennstoffen und hoch radioaktivem Abfall gibt es jedoch kaum Fortschritte.

Die EU regelt das Entsorgungsmanagement von radioaktiven Abfällen bisher kaum. Um diese Lücke zu schließen, hatte die Kommission schon 2003 einen Vorschlag vorgelegt, der seitdem diskutiert wird. 2007 forderte das EU-Parlament die Kommission auf, einen Entwurf über eine Richtlinie zur Entsorgung von Atommüll unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips zu erarbeiten.

Durch die Anwendung von radioaktiven Isotopen in Medizin, Forschung und Industrie entsteht in allen EU-Mitgliedstaaten radioaktiver Müll. Die meisten Abfälle verursachen jedoch die 143 Atomkraftwerke in 14 Mitgliedstaaten. [at]

► www.kurzlink.de/atom-konsultation

Atommülllager Gorleben

Willkür beim Auswahlverfahren?

■ Greenpeace hat Mitte April begonnen, schrittweise neue Dokumente ins Netz zu stellen, die belegen sollen, dass der Salzstock im niedersächsischen Gorleben ohne wissenschaftliche Prüfung, rein nach politischen Gesichtspunkten als Endlager ausgewählt wurde. Nach Ansicht von Greenpeace gab es für diese „willkürliche politische Entscheidung“ auch ein passendes Motiv: Zeitdruck, denn aufgrund des geänderten Atomgesetzes hätte die Abschaltung von Atomreaktoren gedroht, wenn nicht bald ein Endlager gefunden würde. Laut Greenpeace war Gorleben in den Akten aus geologischer Sicht nie als

am besten geeignet eingestuft worden. Die Regierung habe Wassereinlagerungen verschwiegen, die eine Eignung des Salzstocks infrage stellten. Die Organisation hatte nach dem Umweltinformationsgesetz seit August letzten Jahres bei zwölf Landes- und Bundesbehörden sowie Ministerien Akteneinsicht gefordert. 12.000 Seiten Regierungsinterne Vermerke und Studien hat sie schon erhalten und wartet auf weiteres Material.

„Röntgen liegen nun die Beweise vor, um Gorleben endgültig zu schließen“, sagte Greenpeace-Atomexperte Matthias Edler. Der Bundesumweltminister hatte kürzlich den Erkundungsstopp in Gorleben aufgehoben.

Demnächst wird sich auch ein von der Opposition eingesetzter Untersuchungsausschuss mit dem Auswahlverfahren für Gorleben beschäftigen. [mv]

- ▶ www.greenpeace.de/gorleben
- ▶ www.gorleben-akten.de

Atom Mülllager Asse

Kanzleramt hält offenbar brisante Akten zurück

■ Mit der Begründung, die Akten beträfen den „geschützten Kernbereich des Regierungshandelns“, verweigert das Bundeskanzleramt die Herausgabe von Akten an den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge um das Atom-mülllager Asse. Bisher hat der Ausschuss nur 31 Schriftstücke aus der Zeit zwischen 1978 und 1981 erhalten. Grüne und SPD werfen der Regierung vor, Tatsachen zu verheimlichen.

Die bisher aufgetauchten Akten zeigen, dass der staatliche Betreiber der Asse, die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), schon in den 1980er-Jahren wusste, dass das Lager undicht war und die Verseuchung des Grundwassers drohte. 1995 veröffentlichte ein Geologe seine Habilitationsschrift, in der er nachwies, dass das Wasser von außen kam. Die GSF schrieb daraufhin 1996 dem

Geologen, dass die Erkenntnisse der Vertraulichkeit unterlägen, und forderte ihn auf, eine „neue Fassung der betreffenden Kapitel“ anzufertigen. In der Endfassung tauchte dann der Name Asse nicht mehr auf, der Geologe berichtete stattdessen von Gefahren in „einem Salzbergwerk in Norddeutschland“.

Das Protokoll eines Treffens von Wirtschafts-, Forschungs-, und Umweltministerium, das der Frankfurter Rundschau vorliegt, belegt, dass schon 1994 die Schließung der Asse diskutiert wurde. Das Bundesumweltministerium hatte dies jedoch abgelehnt, da es die „Endlagerung in Salz“ infrage stelle, was „negative Folgen für die Genehmigung künftiger Zwischenlager“ haben könnte. Das Wirtschaftsministerium sprach sich ebenfalls gegen eine Schließung aus, um „jedes Risiko für den Fortbestand der Kernenergie zu vermeiden“. Die Probleme wurden dann erst 1998 vom niedersächsischen Umweltministerium öffentlich gemacht. [mv]

- ▶ www.asse2.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Verbraucherverhalten

Kundschaft will Qualität und Lebensmittelsicherheit

■ Nach einer Eurobarometer-Umfrage vom März sehen knapp zwei Drittel der europäischen Bevölkerung die wichtigste Aufgabe der EU-Agrarpolitik darin, zu gewährleisten, dass die landwirtschaftlichen Produkte von guter Qualität, gesund und unbedenklich sind. Die Hälfte der Befragten hält zudem die Garantie angemessener Lebensmittelpreise für wichtig. Notwendig seien aber auch der Schutz der Umwelt und die Berücksichtigung des Klimawandels. [mbu]

- ▶ Umfrageergebnisse: www.kurzlink.de/umfrage-agrar-03.10

Nachhaltiger Konsum

Anreizprogramme verfehlen wichtige Zielgruppe

■ Wenn Haushalte mit niedrigen Einkommen eine finanzielle Unterstützung erhalten, um damit ihren Alltag umweltfreundlicher zu gestalten, setzen sie dies mehrheitlich auch in die Tat um. Das ergab ein Experiment in Großbritannien mit 100 repräsentativ ausgewählten Haushalten. Ein Jahr lang hatten die Familien Zeit, mit 500 Pfund (560 Euro) und den nötigen Informationen, die ihnen das „21st Century Living Project“ zur Verfügung stellte, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu verkleinern.

80 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bemühten sich, den Energieverbrauch um durchschnittlich etwa zehn Prozent zu senken. Die Maßnahmen reichten vom Kauf von Energiesparlampen bis zur Dachbodenisolierung. Jeder fünfte Haushalt ersetzte der Studie zufolge alte Elektrogeräte durch stromsparende Modelle. Fast zwei Drittel der Beteiligten ergänzten den Einsatz für ein umweltbewussteres Leben mit eigenen Mitteln. Der Beitrag dafür war fast ebenso hoch wie die Finanzspritze des Projekts. Diejenigen, die ein Wärmebild ihres Hauses anfertigen ließen, waren danach deutlich motivierter, die Wärmedämmung zu verbessern.

Das Experiment öffnete den Teilnehmern die Augen für den Aufwand ökologischen Handelns. Laut der Studie waren viele überrascht, wie leicht es ist, sich umweltfreundlich zu verhalten. Die Studienautoren empfehlen daher Umweltpolitikern, sich nicht ausschließlich auf ökologisch interessierte Verbrauchergruppen zu konzentrieren. Energiesparen habe längst die Massen erreicht. Erforderlich für eine nachhaltigere Lebensweise seien genügend Informationen, finanzielle Anreize und ein vorgegebener Zeitrahmen. [mbu]

- ▶ 21st Century Living Project, Mike Harris, Bodelva, Cornwall (GB), Tel. +44 (0)1726811999, E-Mail: 21stcenturyliving@edenproject.com
- ▶ Studie: <http://21stcenturyliving.edenproject.com> (News – March 25th 2010)

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Zukunft der EU-Agrarpolitik

Kommissar Ciolos ruft zu öffentlicher Debatte auf

■ Wie soll die Landwirtschaft in der Europäischen Union künftig aussehen? Zu dieser Frage hat EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos im April eine öffentliche Grundsatzdiskussion angestoßen. Die Gemeinsame Agrarpolitik sei nicht nur Sache der Spezialisten, sie gehe alle EU-Bürger an, sagte der rumänische Politiker. Das bestätigt eine Eurobarometer-Umfrage vom März. Danach betrachten 90 Prozent der europäischen Bürger die Landwirtschaft und die ländlichen Räume als lebenswichtig für die Zukunft.

Die Beiträge der Öffentlichkeit sollen bis zum Juni auf einer Webseite gesammelt und dann auf einer Konferenz vorgestellt werden. Der Kommissar erhofft sich Anregungen von Landwirten, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzverbänden.

Die Ideen sollen in die Pläne über die Zukunft der EU-Agrarpolitik einfließen, die die Kommission Ende des Jahres präsentieren will. 2014 beginnt eine neue Finanzperiode in der EU, bis dahin muss die Agrarpolitik reformiert sein. Derzeit ist das Landwirtschaftsbudget mit jährlich rund 56 Milliarden Euro der größte Posten im EU-Haushalt. Bevor über die Höhe der künftigen Fördertöpfe entschieden wird, will Agrarkommissar Ciolos Klarheit über Ziele, Grundsätze und Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik erreicht haben.

Unter den Mitgliedstaaten wird heftig um die Verteilung der Agrarsubventionen gestritten. Vor allem Deutschland und Frankreich machen sich für hohe Zuschüsse stark, Großbritannien, die Niederlande oder Schweden wollen sie deutlich senken. Selbst wenn die Beitragszahlungen gleich blieben, müssten deutsche Bauern mit weniger Beihilfen rechnen, weil die Flächensätze in den neuen EU-Ländern angehoben werden sollen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU)

Dalli, Dalli – die neue EU-Kommission setzt auf Gentechnik

Kaum im Amt, hat die neue Europäische Kommission mit der BASF-Kartoffel Amflora ein Zeichen für die Zulassung von Gentechnikpflanzen gesetzt. Das könnte erst der Anfang sein, meint die Gentechnikexpertin Steffi Ober vom NABU.

Was der alte und neue EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso schon im Spätsommer 2009 angemahnt hatte, wird nun mit den neuen EU-Kommissaren flott umgesetzt: ein Strategiewechsel in der Gentechnikpolitik. Die erste Zulassung seit 1998 galt im März der Gentech-Kartoffel Amflora von BASF – wir erinnern uns, sie steht im Koalitionsvertrag.

Die Zuständigkeiten in Brüssel für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) sind neu aufgeteilt worden. Nachdem in den letzten Jahren Umweltkommissar Stavros Dimas aus Griechenland die weitreichenden Zugeständnisse der Kommission an die Gentechniklobby erfolgreich ausgebremst hatte, ging die Zuständigkeit nun an den Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, den maltesischen Wirtschaftspolitiker John Dalli. Wohl mit Recht vertraut man darauf, dass aus Malta wenig Druck einer gentechnikkritischen Bevölkerung auf den neuen Kommissar zu erwarten ist.

Dalli selbst begründete seine Entscheidung für Amflora so: „Nach einer umfassenden und gründlichen Prüfung der fünf ausstehenden GVO-Anträge ist mir deutlich geworden, dass es keine weiteren wissenschaftlichen Fragen mehr gibt, die untersucht werden müssten. Alle wissenschaftlichen Aspekte und besonders die Sicherheitsbedenken sind bereits ausgiebig berücksichtigt worden. Eine weitere Verzögerung bei der Zulassung wäre nicht zu rechtfertigen gewesen. Mit den Beschlüssen kommt die Kommission ihrer Aufgabe verantwortungsbewusst nach. Diese beruhen auf einer Reihe von Untersuchungen, die die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in den letzten Jahren durchgeführt hat.“

Es ist unverständlich, dass ausgerechnet ein Gesundheitskommissar die Warnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO ignoriert und als erste Amtshandlung den Anbau einer gentechnisch veränderten Pflanze gestattet, die sich auch noch durch eine höchst umstrittene Antibiotikaresistenz

auszeichnet. Das lässt nichts Gutes für die Zukunft ahnen.

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll das Zulassungsverfahren für den GVO-Anbau vereinfacht und die schwindende Macht der Mitgliedstaaten im Zulassungsprozess gegen mehr Freiheit bei der nationalen Gentechnikpolitik eingetauscht werden. Anbauverbote in einzelnen EU-Staaten sollen in Zukunft auch aus sozioökonomischen Erwägungen erlaubt sein. Mögliche Auswirkungen auf kleinteilige Landwirtschaftsstrukturen sollen ebenso berücksichtigt werden wie kulturelle Erwägungen oder Risiken für die Biodiversität. Die Kommission erarbeitet momentan einen Kriterienkatalog, der im Sommer fertig sein soll. Man darf gespannt sein, was ihr zu diesen komplexen Fragen einfällt und welche Folgen das hat.

Der Amflora sollen bald weitere Zulassungen folgen. Im Gespräch sind bereits für diesen Herbst eine Weiterentwicklung der Stärkekartoffel ohne den besonders umstrittenen Antibiotikamarker sowie eine Kartoffel, die resistent gegen die Pilzkrankheit Kraut- und Knollenfäule ist und ausgerechnet Fortuna heißen soll. Positiv bewerteten die EFSA und die EU-Kommission auch drei gentechnisch veränderte Maissorten, die auf bereits in der EU zugelassene, aber umstrittene Sorten zurückgehen. Hier geht es ebenfalls um Resistenzen: gegen den Maiswurzelbohrer bei MON 863, gegen ein Herbizid bei NK 603 und gegen den Maiszünsler bei MON 810. MON 863 steht besonders in der Kritik, weil bei Fütterungsversuchen mit Ratten veränderte Leber- und Nierenwerte auftauchten. Die Freunde der gentechnikfreien Landwirtschaft könnten also schon bald wieder viel zu tun bekommen.

Die Tierärztin Dr. Steffi Ober ist Referentin für Agrogentechnik beim Naturschutzbund (NABU) in Berlin.

Kontakt: Tel. + 49 (0)30 / 284984-1612, Fax -2000, E-Mail: steffi.ober@nabu.de, www.nabu.de/gentechnik

sagte, die Subventionen aus Brüssel seien unverzichtbar. Ihrer Ansicht nach ist Deutschland Vorreiter bei der Umsetzung der EU-Agrarreform. Bis 2013 werde die Agrarförderung in Deutschland auf regional einheitliche Zahlungen für Ackerflächen und Grünland umgestellt und vollständig von der Produktion entkoppelt sein, sagte die Ministerin. Dann gebe es keine Zahlungen mehr, die die Produktion ankurbeln. Landwirte bekämen die Mittel für die Bewirtschaftung und den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, gebunden an rechtliche Auflagen.

Das bezweifelt allerdings der Agrarexperte Lutz Ribbe von der Stiftung Euronatur. Es sei fatal, wenn die Regierung öffentlich gewünschte Leistungen der Bauern weiterhin „pauschal“ abgelten wolle, wie es ein Positionspapier der Bundesregierung offenbar vorsieht. Das bedeute, dass Bauern in ausgeräumten Landschaften genauso viel Geld erhielten wie solche, die um biologische Vielfalt bemüht seien, sagte Ribbe der Frankfurter Rundschau. Er forderte, die Vergabe der Direktzahlungen an ökologische und soziale Aspekte wie Artenvielfalt und Arbeitskräftezahl zu koppeln.

Der Deutsche Tierschutzbund hält eine Wende in der EU-Agrarpolitik für möglich. Dafür müssten unter anderem Agrarfabriken und Langstreckentransporte für Tiere verboten werden. Dann könne es eine tier-, umwelt- und klimafreundliche Landwirtschaft geben. [mbu]

- ▶ Öffentliche Diskussion:
www.kurzlink.de/cap-post-2013-debate
- ▶ Euronatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 92720,
E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org
- ▶ www.tierschutzbund.de/3981.html

Genpflanzenzulassung

Österreich gegen Amflora

■ Der Protest gegen die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora geht weiter. Im April hat das österreichische Gesundheitsministerium den Anbau der Kartoffel verboten, weil es bezweifelt, dass die Zu-

lassung legal ist. Nach EU-Richtlinien ist es nicht erlaubt, Pflanzen mit eingebauten Resistenzgenen gegen Antibiotika anzubauen, wie es bei der Amflora der Fall ist. Auch die ökologische Risikoprüfung sei nicht ausreichend gewesen, kritisieren Umweltverbände.

Im Januar hatte die EU-Kommission BASF die Genehmigung erteilt, die Genknolle zu kommerziellen Zwecken anzupflanzen (umwelt aktuell 04.2010, S. 16). Der Chemiekonzern will aus der Kartoffel Stärke für die Papierproduktion gewinnen. Laut Kommission dürfen die Kartoffelabfälle auch als Futtermittel verwendet werden. In diesem Frühjahr soll die Kartoffel auf 20 Hektar im mecklenburgischen Bütow angebaut werden. Mitte April versuchten Greenpeace-Aktivisten dies zu verhindern, indem sie das Kartoffellager verschlossen. Die Polizei beendete die Blockade. Die Grünen im Bundestag haben im April einen Antrag gestellt, den Anbau der Gentechnik-Kartoffel zu verbieten. Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de

Gentechnikzeichnung

Verband Lebensmittel ohne Gentechnik gegründet

■ Ende März haben Vertreter aus Handel, Verarbeitungs-, Erzeuger- und Kontrollbetrieben den „Verband Lebensmittel ohne Gentechnik“ gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch der Verband Gentechnikfreies Europa. Die Initiative wird von den Umweltorganisationen BUND und Greenpeace unterstützt. Die Unterzeichner haben die Nutzungsrechte des Siegels „Ohne Gentechnik“ vom Bundeslandwirtschaftsministerium übernommen und wollen damit die Bedingungen für die Vermarktung gentechnikfreier Nahrung verbessern. Der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik werde Ansprechpartner zur Registrierung weiterer interessierter Unternehmen sein,

die Vergabe des Logos verwalten und dessen Verbreitung sowie die Erzeugung von Lebensmitteln ohne Gentechnik fördern, sagte Vorstandsmitglied Sven Euen vom Handelsunternehmen Tegut. [mbu]

- ▶ Verband Lebensmittel ohne Gentechnik, Vorstand Sven Euen, Tel. +49 (0)171 / 4735698

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Rote Liste

Europas gefährdete Arten

■ Ein Drittel der europäischen Schmetterlingsarten ist am Schwenden, neun Prozent gelten als gefährdet. Hauptverantwortlich dafür sind nach der im März durch die EU-Kommission veröffentlichten europäischen Roten Liste der Klimawandel und der Verlust der Lebensräume der Insekten. Elf Prozent der Käfer, die im Faulholz leben, und 14 Prozent der Libellen in Europa sind laut der Roten Liste vom Aussterben bedroht. „Wir dürfen nicht vergessen, dass auch die kleinen Lebewesen unseres Planeten wichtig sind und erhalten werden müssen“, sagte Jane Smart von der Weltnaturschutzunion IUCN. „Schmetterlinge spielen beispielsweise eine Schlüsselrolle als Bestäuber in den Ökosystemen, in denen sie leben.“

Auch EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hält die Entwicklung für beunruhigend. Die Kommission erarbeitet derzeit ihre Position für die Konferenz der Vertragsparteien der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) im Oktober im japanischen Nagoya. Die europäische Rote Liste, die nach denselben Kriterien wie die weltweite Rote Liste der IUCN erstellt wird, bietet einen Überblick über den Erhaltungstatus von etwa 6.000 europäischen Arten – Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Süßwasserfische, Schmetterlinge, Libellen und bestimmte Gruppen von Käfern, Weichtieren und Gefäßpflanzen. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-redlist-2010

Biodiversität

Deutsche wissen viel

■ Die Deutschen kennen sich im europäischen Vergleich am besten mit Biodiversitätsfragen aus. Das ergab eine im April veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission. Danach wissen 88 Prozent der Deutschen, was Biodiversität bedeutet, europaweit sind es nur 38 Prozent. Aus der Umfrage geht hervor, dass 80 Prozent der EU-BürgerInnen den Verlust der biologischen Vielfalt als ein ernst oder sehr ernst zu nehmendes Problem ansehen.

Die Biodiversität ist weltweit gefährdet: Ein Drittel der untersuchten Arten ist vom Aussterben bedroht und der Artenverlust vollzieht sich bis zu tausendmal schneller als normal. Mit einer Informationskampagne will die EU-Kommission die Bürger über die Auswirkungen des Artenverlustes aufklären und zum Handeln bewegen. [zt]

- ▶ Umfrage (PDF, 6,9 MB): www.kurzlink.de/eurobarometer-biodiv
- ▶ Kampagne: www.weareallinthistogether.eu

Biodiversitätsverlust

Firmen unterschätzen Risiken

■ Obwohl die Anfang des Jahres von der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) veröffentlichte Studie „Biodiversity and Business Risk“ zeigt, dass der Rückgang der Artenvielfalt und die Beeinträchtigung der Ökosysteme allein 2008 finanzielle Verluste zwischen zwei und viereinhalb Milliarden US-Dollar verursacht haben, wird in den Führungsetagen der meisten Unternehmen die schwindende Artenvielfalt nur selten als Problem wahrgenommen. Im „Global CEO Survey 2010“ von PwC sehen nur 27 Prozent der rund 1.200 befragten Vorstandsvorsitzenden den Rückgang der Artenvielfalt als Risiko für das künftige Wachstum ihres Unternehmens an. Den Klimawandel sehen 37 Prozent als potenzielle Gefahr für Umsatz- und Ertragsentwicklung. Ob und in welchem Ausmaß der Rückgang der Biodiversität

ein unmittelbares unternehmerisches Risiko darstellt, ist laut der Studie branchenabhängig. Danach seien zunächst Unternehmen aus Primärindustrien wie dem Bergbau, der Mineralöl- und Gasbranche oder der Land- und Forstwirtschaft betroffen. Aber auch die Konsumgüterindustrie sei durch die Abhängigkeit von Ressourcen anfällig für Risiken, die mit dem Verlust der Ökosysteme verbunden sind. Für alle Branchen hat der Umgang mit der Biodiversität laut PwC erhebliche Auswirkungen auf das Unternehmensimage und damit den Markenwert. Das gelte insbesondere für konsumnahe Unternehmen. [bv]

- ▶ PwC, Nicole Susann Roschker, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 95851669, E-Mail: nicole.susann.roschker@de.pwc.com, www.pwc.de/de/biodiversity

Biodiversitätsforschung

Ergebnisse vorgestellt

■ WissenschaftlerInnen des Forschungsprogramms Biodiversität und globaler Wandel (Biolog) haben im März in Berlin auf einer Konferenz ihre aktuellen Forschungsergebnisse zu biologischer Vielfalt vorgestellt und Handlungsoptionen für Politik und Praxis diskutiert. Das vom Bundesforschungsministerium finanzierte Programm hat während der letzten zehn Jahre Untersuchungen zur biologischen Vielfalt unter dem Einfluss von Klima- und Landnutzungsänderungen gefördert. Die praxisrelevanten Erkenntnisse wurden nun in Handlungsoptionen zusammengefasst. Sie berücksichtigen den Biodiversitätsschutz und die Einkommenssicherung und richten sich an Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, an Wissenschaftler und an die interessierte Öffentlichkeit.

Biodiversitätsforschung ist auch ein wichtiger Bestandteil des neuen Forschungsrahmenprogrammes „Forschung für nachhaltige Entwicklungen“. Dieses wird durch das Ministerium bis 2015 mit rund zwei Milliarden Euro gefördert. [bv]

- ▶ www.biolog-europe.org

Waldstatistik

Weltweit weniger Wald

■ Laut der im März veröffentlichten Studie „The Global Forest Resources Assessment 2010“ der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO wurden zwischen 2000 und 2010 jährlich rund 13 Millionen Hektar der weltweiten Waldfläche zerstört oder gingen verloren. Trotz des Rückgangs der Verlustrate im Vergleich zu den 1990er-Jahren, in denen jährlich 16 Millionen Hektar Wald abgeholzt wurden, bezeichnete die FAO die Zahlen als alarmierend. Durch Wiederaufforstungsprogramme und natürliches Waldwachstum entwickeln sich jährlich etwa sieben Millionen Hektar Waldfläche nach. Die sich ergebende weltweite Nettowaldverlustfläche liegt immer noch bei 5,3 Millionen Hektar pro Jahr. Die größten jährlichen Verluste sind mit vier Millionen Hektar in Südamerika zu verzeichnen, gefolgt von Afrika mit 3,4 Millionen Hektar. Asien verzeichnet dank groß angelegter Wiederaufforstungsprogramme in China und Indien per Saldo einen jährlichen Zuwachs von 2,2 Millionen Hektar. Der vollständige Bericht soll im Oktober veröffentlicht werden. [bv]

- ▶ www.fao.org/news/story/en/item/40893

Illegales Holz

Vorschlag für zweite Lesung

■ Die britische Europaparlamentarierin Caroline Lucas will den Verordnungsentwurf zum Handel mit illegalen Holzprodukten für die zweite Lesung wieder verschärfen und schlüssiger machen. Im März legte die Grünen-Politikerin einen entsprechenden Vorschlag vor.

Im April 2009 hatte das Europäische Parlament den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zu illegalem Holz angenommen, der aber im Dezember von den für die Forstwirtschaft zuständigen EU-Agrarministern stark abgeschwächt worden war. Wer in der EU mit Holz handelt, muss danach künftig belegen, wer sein Lie-

Mit der Gründung des Nationalparks Bayerischer Wald vor 40 Jahren begann eine Erfolgsgeschichte

Das „grüne Herz Europas“, der Urwald entlang der bayerisch-tschechischen Grenze, hätte heute auch ein Zentrum der Tourismusindustrie sein können. Doch 1970 wurde dort der erste deutsche Nationalpark gegründet. Dass bis heute 15 solcher Großschutzgebiete entstanden, ist auch eine Verpflichtung, sagt der Präsident des Deutschen Naturschutzrings, Hubert Weinzierl

In den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts gab es einen heftigen Streit zwischen Naturschützern und der Tourismusindustrie über die künftige Nutzung des Rachel-Lusen-Gebiets im Bayerischen Wald. Neue Skiabfahrten und Liftseilbahnen sollten der bisher unberührten Waldregion mehr Gäste und sichere Einnahmen bescheren. Als ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter der Regierung von Niederbayern musste ich mir wegen meiner Ablehnung der Wintersportpläne vom damaligen Regierungspräsidenten Johann Riederer sagen lassen: „Wenn Sie dort oben keinen Skizirkus wollen, dann müssen Sie mir etwas anderes offerieren, was im Jahr 200.000 Touristen bringt.“

Das Gegenangebot war die Schaffung eines Nationalparks – eine Idee, die schon 1953 vom Deutschen Naturschutzring entwickelt worden war und bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Nachdem nämlich 1872 der Yellowstone-Nationalpark in den USA gegründet worden war, hatte es 1911 auch im Böhmerwald erste Überlegungen für ein solches Projekt gegeben. Erst viel später, 1965, begann mit einem inzwischen legendären „Gipfeltreffen“ tschechischer, österreichischer und deutscher Naturschützer auf dem Dreisessel die bis heute aktuelle Diskussion um einen großen Wald-Nationalpark im Herzen Europas.

Der international erfahrene Nationalparkexperte Bernhard Grzimek bezweifelte zunächst, dass in Mitteleuropa ein echter Nationalpark möglich sei. Doch als wir im Frühjahr 1966 den inneren Bayerischen Wald besuchten, revidierte er seine skeptische Haltung. Das für unsere Pläne am besten geeignete Gebiet, so fanden wir, lag um den Falkenstein herum. Wir informierten den bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel über das Vorhaben. Nach einer langen, lebhaften politischen Debatte wurde 1970 der Nationalpark Bayerischer Wald gegründet, das erste Schutzgebiet dieses Rangs in Deutschland.

Die erfolgreichen Anstrengungen wurden 1991 durch die Schaffung des tschechischen Pendantes, des Nationalparks Šumava im Böhmerwald, gekrönt. 1997 gelang es, den gesamten Nationalpark auf die doppelte Fläche von nunmehr 23.000 Hektar zu erweitern.

Entscheidend für den Durchbruch der Nationalparkidee war der Weitblick des 1970 neu ins Amt gekommenen Landwirtschaftsministers Hans Eisenmann. Er verfügte auch so unpopuläre Naturschutzmaßnahmen wie das Liegenlassen von großflächigen Windwürfen, damit sich die Natur „zurückentwickeln“ kann.

Dass die Entscheidung für den ersten deutschen Nationalpark richtig war, ist heute unstrittig. Bundespräsident Roman Herzog drückte es im Oktober 1995 beim 25. Jubiläum des Nationalparks so aus: „Wir müssen wieder lernen, dass man die Natur nicht nur nutzen, nicht nur ausnutzen kann, sondern dass man die Natur auch einfach liegen lassen kann, entgegen allen vermeintlichen Erkenntnissen der deutschen Forstwirtschaft.“ Zugegeben, als Forstwirt habe ich Verständnis für die Identitätskrise manches Kollegen, wenn er erkennen muss, dass der Wald auch ohne uns wächst, und das oft sogar viel besser und natürlicher.

Die Entstehung des zweiten Nationalparks, des weltberühmten Naturschutzgebietes am Königssee bei Berchtesgaden, ist eng verbunden mit der Geschichte des Bundes Naturschutz in Bayern. Dieser erreichte vor fast 90 Jahren, dass aus dem seit 1910 bestehenden Pflanzenschonbezirk mit 8.000 Hektar Fläche ein vollwertiges Naturschutzgebiet wurde, die Keimzelle für den 1978 geschaffenen Nationalpark. Die beiden bayerischen Nationalparke waren Schrittmacher für die Nationalparkidee in ganz Deutschland.

Aber erst mit der politischen Wende in der DDR erlebten die Nationalparke in Deutschland ihren Durchbruch, als Michael Succow und seine Mitstreiter wegweisende Entscheidungen durchsetzen konnten. Die handstreichartige Herbeiführung des Ministerratsbeschlusses über ein Nationalparkprogramm in der letzten Sitzung des DDR-Kabinetts 1990 ist ein Markstein in der deutschen Naturschutzgeschichte. Für den Naturschutz war es die schönste Morgengabe der Wiedervereinigung, dass in allen neuen Bundesländern in kurzer Zeit Nationalparke errichtet wurden, sodass es heute vom Wattenmeer bis zu den Alpen 15 solcher Einrichtungen gibt.

Hinzu kommt ein „Nationales Naturerbe“ von etwa 125.000 Hektar, wie es die Koalitionsvereinbarung von 2005 vorgesehen hat. Die Liegenschaften ehemaliger Truppenübungsplätze werden zum großen Teil von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, von Umweltverbänden und Stiftungen übernommen.

Längst ist auch unstrittig, dass sich der Naturschutz in den Nationalparks sehr gut mit einem sanften Tourismus vereinbaren lässt. Ökologie, Ökonomie und Soziales verbinden sich hier in optimaler Weise: Einerseits werden großräumige Naturlandschaften erhalten, andererseits Arbeitsplätze und Einkommen im Tourismus geschaffen. Durch geschickte Besucherlenkung ist das Nebeneinander von Mensch und Natur ohne große Reibungsverluste möglich. Je weiter sich die Menschen von der Natur entfernen, desto mehr wächst gleichzeitig ihre „Sehnsucht nach Wildnis“ und damit auch die Chance für den Tourismus, neue Bereiche zu erschließen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Vorgaben des Naturschutzes im Sinne der Richtlinien der Weltnaturschutzunion IUCN tatsächlich Beachtung finden, damit in einem Nationalpark auch „drin ist, was draufsteht“. Deshalb setzen sich die Naturschutzverbände dafür ein, dass Nationalparke langfristig nach den gleichen, international gültigen Richtlinien entwickelt werden. Gerade für die Glaubwürdigkeit des Naturschutzes ist dies von grundsätzlicher Bedeutung.

Hubert Weinzierl ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Der studierte Forstwirt und Nachhaltigkeitsexperte ist seit fünf Jahrzehnten im Natur- und Umweltschutz tätig. Er lebt in Niederbayern.

Kontakt:
Tel. +49 (0)9966 / 1270,
E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.dnr.de
www.nationalpark-bayerischer-wald.de



ferant ist, ob dieser eine Lizenz zum Fällen hat und welche Holzart vertrieben wird.

Parlamentsberichterstatteerin Lucas will unter anderem erreichen, dass die Regelung für alle Händler gilt, die Holzprodukte in den europäischen Markt importieren. Darüber hinaus soll es keine Ausnahmen für Recyclingprodukte geben, da die Definition nicht klar sei. Zudem besteht Lucas auf einer europaweiten Festlegung des Strafmaßes für Verstöße gegen diese Sorgfaltspflicht. Der Ministerrat hatte sich für eine Ahndung nach nationalen Gesetzen ausgesprochen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/lesung2-holz-illegal
- ▶ Gesetzgebungsverfahren (hier: ordentliches Verfahren): www.kurzlink.de/eu-gesetzgebungsverf

Gerechter Vorteilsausgleich

Verhandlungspapier liegt vor

■ Rund 600 Delegierte aus 190 Staaten haben Ende März zum Abschluss einer UN-Konferenz über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die faire und ausgewogene Verteilung der Gewinne in Cali (Kolumbien) einem 20-seitigen Papier zugestimmt. Es soll als Grundlage für weitere Verhandlungen auf der Vertragsstaatenkonferenz im Oktober in Japan dienen. Demnach muss künftig jeder, der biologische Ressourcen nutzen will, vorher die Erlaubnis des Landes holen, in dem die entsprechende Pflanze zu Hause ist. Zudem müssen sich die Nutzer bereit erklären, den Gewinn „fair“ zu teilen. Ein Zertifikat soll die Herkunft einer Pflanze nachweisen und belegen, dass diese mit Zustimmung der Ureinwohner genutzt wird.

Das Papier wird unterschiedlich bewertet. So sagte der Chef des deutschen Umweltbundesamts Jochen Flasbarth, der zurzeit den Vorsitz über die UN-Biodiversitätskonvention führt, man sei einen großen Schritt weitergekommen. Entwicklungs- und Umweltorganisationen zeigten sich dagegen skeptischer. Die Organisation Erklärung von Bern (EvB) befürchtet, dass ein Abkommen zur Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und zum ge-

rechten Vorteilsausgleich auf der Grundlage des Cali-Papiers scheitern wird. Umstritten sei vor allem, wie die Einhaltung der Protokollbestimmungen überprüft werden soll und welche biologischen Ressourcen unter das Protokoll fallen. [mbu]

- ▶ Konferenz: www.iisd.ca/biodiv/abs9
- ▶ EvB: www.evb.ch/p25017217.html

Klimaschutz

Debatte zum Wald-Grünbuch

■ Delegierte aus den EU-Staaten haben im April im spanischen Valsain über das im März veröffentlichte Grünbuch zu Optionen zum Schutz der Wälder, zu Waldressourcen und den Zustand der Wälder diskutiert. Sie verabschiedeten auf der von der spanischen EU-Ratspräsidentschaft veranstalteten Konferenz eine Deklaration zum Schutz der europäischen Wälder vor den Auswirkungen des Klimawandels. Darin fordern sie eine stärkere Kooperation beim Waldschutz und Informationsaustausch auf EU-Ebene und europaweite Kriterien und Indikatoren zur Analyse der vorhandenen Daten.

Bis zum 31. Juli können Interessierte noch zum Grünbuch Stellung nehmen. Anlässlich der Konsultation findet auf der Green Week am 3. Juni in Brüssel ein Workshop der EU-Kommission statt. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/valsain-conference
- ▶ www.kurzlink.de/consultation-forests

Bundeswaldgesetz

Plantagen nicht mehr Wald

■ Holzplantagen und andere agroforstwirtschaftlich genutzte Flächen sollen nach einem Gesetzentwurf des Bundesrates vom März (17/1220) zur Änderung des Bundeswaldgesetzes nicht mehr als Wald im Sinne dieses Gesetzes gelten. Die Änderung sei nötig, so der Bundesrat, da die agrarisch dominierte Bewirtschaftung solcher Flächen Konflikte mit den Nachhaltigkeits-

kriterien des Bundeswaldgesetzes mit sich bringen könne. Die Bundesregierung unterstützte dies in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Der Bundesrat will zudem die Haftung der Waldbesitzer für waldtypische Gefahren wie umstürzende Bäume im Gesetz ausschließen.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte den Entwurf. Die Regierung sehe darin keine ökologischen Mindeststandards für den Erhalt der biologischen Vielfalt vor und ignoriere damit ihre eigene Biodiversitätsstrategie. Die DUH forderte den Bundestag auf, die Versäumnisse der Regierung zu korrigieren und den Naturschutz im Bundeswaldgesetz zu verankern. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/17-1220-waldgesetz
- ▶ www.kurzlink.de/waldgesetz-bundesrat
- ▶ DUH: www.presseportal.de/pm/22521/1587933

Biotopverbund I

Grüne Brücken bauen

■ Die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, Beate Jessel, hat im April auf einer Tagung des Bundesumweltministeriums und des ADAC Eckpunkte eines „Bundesprogramms Wiedervernetzung“ vorgestellt. Union und FDP hatten ein solches Programm im Koalitionsvertrag vereinbart. Der Vergleich wichtiger Lebensräume und Wanderbeziehungen, der sogenannten Lebensraumnetzwerke, mit dem Straßennetz zeigt Konfliktschwerpunkte und sogenannte prioritäre Bereiche auf. Diese Informationen sollen in das Bundesprogramm Eingang finden, damit der Bau von Grünbrücken über Fernstraßen bedarfsgerecht und zielgerichtet erfolgen kann. Das Bundesprogramm Wiedervernetzung soll noch in diesem Jahr von der Regierung beschlossen werden.

Der NABU hatte bereits 2007 einen Bundeswildwegeplan mit einer ersten Liste der 125 notwendigsten Querungshilfen vorgestellt. [bv]

- ▶ Tagung, Modellprojekte: www.bmu.de/45810
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/bundeswildwegeplan

Biotopverbund II**Vorgaben nicht erfüllt**

■ Eine aktuelle schriftliche Befragung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in den Bundesländern hat große Defizite bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Schaffung von Biotopverbänden offenbart. Die meisten Bundesländer hätten die schon seit acht Jahren im Bundesnaturschutzgesetz verankerte Vorgabe, auf zehn Prozent der Landesfläche einen Biotopverbund zu schaffen, unzureichend oder gar nicht umgesetzt, teilte die Umweltschutzorganisation mit.

Ein bundesweiter Biotopverbund ist eines der wichtigsten Ziele der Nationalen Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt, denn die verbliebenen naturnahen Lebensräume sind für viele Arten zu klein. So gehört die Vernetzung von Biotopen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland zu den wirksamsten Instrumenten gegen das Artensterben.

Das im April vorgestellte Bundesprogramm Wiedervernetzung (siehe vorhergehender Beitrag) sei ein leider viel zu kleiner Schritt in die richtige Richtung, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Nur wenn den Ländern eine bundesweite Biotopverbundplanung vorgegeben werde, sei der Verlust an biologischer Vielfalt in Deutschland aufzuhalten. [bv]

- ▶ DUH, Leiter Naturschutz Ulrich Stöcker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-81, E-Mail: stoecker@duh.de, www.kurzlink.de/duh-biotopverbund

STADT & REGION

Energieversorgung**Zu 100 Prozent erneuerbar**

■ Mit einem strategischen Sieben-Punkte-Plan könnten Städte ihre Energieversorgung zu 100 Prozent auf erneuerbare Quellen umstellen. Das ist die Hauptaussage einer Studie, die der World Future Council und die HafenCity-Universität Hamburg Ende März beim World Urban

Forum in Rio de Janeiro vorstellten. Das Forum ist die weltweit größte Konferenz der Städteorganisation der Vereinten Nationen, UN-Habitat.

Der Plan enthält ordnungspolitische Maßnahmen sowie finanzielle Anreize für die Wirtschaft auf städtischer und nationalstaatlicher Ebene. Außerdem soll es Weiterbildungen für die Bevölkerung und einen gezielten Ausbau von CO₂-Senken wie Grünflächen geben, um das 100-Prozent-Ziel zu erreichen. Der Klimawandel werde zu drei Vierteln in Städten verursacht, so die Studie, doch es gebe noch immer keine überzeugenden Strategien, die darauf reagierten.

An der fünften UN-Habitat-Versammlung, die hauptsächlich dem Austausch und der Vernetzung diene, nahmen rund 14.000 Delegierte aus 150 Ländern teil. Unter anderem wurde eine weltweite Kampagne für Städte gestartet, die die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor für eine nachhaltige Stadtentwicklung stärken soll. Das nächste Treffen findet 2012 in Bahrain statt. [jg]

- ▶ www.worldfuturecouncil.org/2367.html
- ▶ www.unhabitat.org

EU-Finanzhilfen**Geld fürs Energiesparen**

■ Die EU-Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) wollen Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energie in Städten und Regionen fördern. Dafür steht 2010 mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung. Im April fiel der Startschuss für die Mittelvergabe aus dem Topf für „European Local Energy Assistance“ (Elena) für ein Projekt in Barcelona. Für eine Energieeinsparung von geplanten 280 Gigawattstunden und eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um bis zu 200.000 Tonnen fließen 500 Millionen Euro in die spanische Stadt. 16 weitere Städte und Regionen haben sich bei der EIB um Mittel beworben. [jg]

- ▶ www.eib.org/elena

Gemeindefinanzen**Städte in akuter Geldnot**

■ Das finanzielle Defizit von Städten und Gemeinden betrug im Jahr 2009 über sieben Milliarden Euro. Das hat das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Berechnungen mitgeteilt. Die Einnahmen seien im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gesunken, die Ausgaben dagegen auf über 177 Milliarden Euro gestiegen, ein Plus von sechs Prozent.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), sagte, die finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung seien ernsthaft bedroht. „Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam einen Ausweg aus diesen dramatischen Strukturproblemen finden“, so Roth, „sonst geht die Lebensqualität für die Menschen in den Städten verloren.“

Auch Umweltaufgaben könnten bei der schwierigen Finanzlage ins Hintertreffen geraten. Vor diesem Hintergrund erregte ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen von Ende März Aufmerksamkeit. Dieser hatte die kommunalen Verfassungsbeschwerden von 19 Städten und zwei Kreisen gegen die Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts zurückgewiesen. Streitpunkt war aber nicht die Aufgabenübertragung an sich, sondern die Frage der Finanzierung, die das Land nach Ansicht der Kommunen nicht ausreichend berücksichtigt hatte. Das Gericht urteilte, dass der jeweils vorgesehene Belastungsausgleich unter den vorliegenden Umständen gerechtfertigt gewesen sei. Kostenprognosen müssten aber nachvollziehbar offengelegt und gegebenenfalls korrigiert werden. Nun hoffen die Städte auf den Ausgleich der tatsächlichen Folgekosten, wenn das Land den Kommunen neue Aufgaben überträgt. Denn in Nordrhein-Westfalen gilt für die Übertragung von Aufgaben seit 2004 das sogenannte Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, zahlt.“ Die Folgen dieser Reform werden zurzeit evaluiert. [jg]

- ▶ www.staedtetag.de
- ▶ www.vgh.nrw.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Hühnerhaltung**Baurecht soll Boom der Massenställe eindämmen**

■ Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Friedrich Ostendorff, will mit einer Änderung im Baugesetz gegen den derzeitigen Boom beim Bau von Massenställen vorgehen. Das Baugesetzbuch solle Ställe außerhalb von Wohn- und Industriegebieten nur noch erlauben, wenn die Bauern das Futter überwiegend auf eigenen Flächen produzierten, sagte der Abgeordnete und Bauer Mitte April der Tageszeitung Taz. Massenhaltungsbetriebe wären damit ausgeschlossen. Die Grünen wollen einen entsprechenden Antrag einbringen.

Nach Angaben von Ostendorff sind in Deutschland 900 Stallanlagen für insgesamt 36 Millionen Hühner geplant. Nach geltendem Recht dürfen solche Ställe im Außenbereich von Gemeinden errichtet werden. Diese Ausnahme müsse gestrichen werden, forderte Ostendorff. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft lehnte den Vorschlag ab. [mb]

► Deutscher Bundestag, Friedrich Ostendorff, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22777049, www.f-ostendorff.de

Kaninchenhaltung**Hoffnung für Langohren**

■ Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat auf Proteste gegen die Mastkaninchenhaltung reagiert. Ministerin Ilse Aigner (CDU) sagte im April, noch vor der nächsten Bundestagswahl solle die Nutztierhaltungsverordnung zugunsten einer artgerechten Kaninchenhaltung erweitert werden. Das ZDF-Politmagazin Report Mainz hatte Ende März über katastrophale Haltungsbedingungen in Kaninchenmastbetrieben berichtet. Die Grünen im Bundestag erklärten daraufhin, die

Bundesregierung wende „nicht einmal das Tierschutzgesetz an, um wenigstens die offensichtlichsten und schwerwiegendsten Missstände auszuräumen“. Ein Bündnis von Tierschutzorganisationen hat bereits 25.000 Unterschriften für die Abschaffung der Käfighaltung und die Einführung einer gesetzlichen Haltungsvorschrift gesammelt.

Nach Informationen des Deutschen Tierschutzbundes leben Mastkaninchen in Deutschland bisher in engen, überfüllten Drahtkäfigen, bekommen schlecht verdauliches Trockenfutter und „werden als Wurfmaschinen missbraucht“. Krankheiten, Verhaltensstörungen und hohe Todeszahlen seien die Folge. Zurzeit gibt es auf nationaler und europäischer Gesetzesebene keine Mindestanforderungen an die Kaninchenmast. Schon seit Jahren beklagen Tierschützer die tierquälerische Haltung wie einst bei den Legehennen.

Unternehmen haben nach den Medienberichten bereits reagiert: Die Lebensmittelketten Rewe und Tegut kündigten an, Kaninchenfleisch aus dem Sortiment zu nehmen. [cd]

- Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, www.tierschutzbund.de/218.html
- www.kurzlink.de/kaninchenmastbericht

Tierbeobachtung**Riskanter Delfintourismus**

■ Nach neuen Erkenntnissen von Meeresbiologen verursacht die Interaktion von Menschen und Delfinen so großen Stress bei den Meerestieren, dass die Nachwuchspflege gefährdet ist. Studien britischer Forscher vor der Küste Tansanias ergaben, dass die menschliche Anwesenheit das Verhalten der Delfine völlig veränderte, vor allem, wenn Schwimmer ihnen nahe kamen, um sie zu berühren. Die Wissenschaftler forderten Beschränkungen für Delfintouren.

Die Bootstouren waren vor 18 Jahren eingeführt worden, um die traditionelle Delfinjagd einzudämmen. Dass diese inzwischen eingestellt wurde, sehen die Bio-

logen durchaus als Erfolg an. Allerdings müsse der Delfintourismus nachhaltig betrieben werden, sagte Studienleiter Per Berggren von der Universität Newcastle der österreichischen Nachrichtenagentur PTE. Da die lokale Bevölkerung heute vom Delfintourismus lebe, müsse es unbedingt Verhaltensregeln geben, um die Population langfristig nicht zu gefährden. [mb]

► Studie:

www.ncl.ac.uk/marine/staff/profile/berggren

Zirkustiere**Aigner gegen Wildtierverbot**

■ Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hat sich gegen ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen ausgesprochen. Ein Verbot würde Berufs- und Eigentumsrechte beschneiden, teilte Aigner nach Informationen der Tageszeitung Taz mit. Stattdessen hält die Ministerin an einem zentralen Zirkusregister fest, das vor zwei Jahren beschlossen und jetzt fertiggestellt worden ist.

Tierschützern reicht ein Register jedoch nicht aus. „Wildtiere können unter Zirkusbedingungen nicht artgemäß leben“, sagte Thomas Pietsch, Wildtierexperte der Organisation Vier Pfoten. „Dauernder Platzmangel, ständige Transporte und zweifelhafte Dressuren gehören für die Tiere zum traurigen Alltag.“ Die Debatte war auch deshalb wieder aufgeflammt, weil im April im Zirkus Krone ein Nashorn während der Vorstellung zeitweise außer Kontrolle geriet.

EU-Länder wie Österreich, Ungarn und Großbritannien haben trotz Widerständen und gerichtlicher Klagen der Zirkusbetreiber und ihrer Verbände bereits ein generelles Zirkuswildtierverbot eingeführt. In Deutschland hatte der Bundesrat schon 2003 ein solches Verbot gefordert, bisher jedoch vergeblich. [cd]

- Vier Pfoten, Thomas Pietsch, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 39924930, www.vier-pfoten.de
- www.tierschutzbund.de/2614.html
- www.zirkus-ohne-tiere.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Kommission

Verkehr, Energienetze und Biodiversität im Programm

■ Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm 2010 vorgelegt – wegen ihrer Neukonstituierung in diesem Jahr deutlich später als gewöhnlich. Das Programm gliedert sich in vier Bereiche. Im Zentrum stehen 34 sogenannte strategische Initiativen. Ein weiteres Kapitel bilden darüber hinausgehende mögliche Projekte der Kommission in den kommenden Jahren. Drittens definiert die Kommission Rechtsvorschriften, die vereinfacht oder – viertens – zurückgezogen werden sollen.

Einige der strategischen Initiativen haben auch umweltpolitische Bedeutung. So will die Kommission ein Weißbuch Verkehr, ein Maßnahmenpaket Energieinfrastruktur und eine Strategie zur Erhaltung der Artenvielfalt vorlegen. Zudem verspricht sie, Vorschläge für die Reform des Haushalts sowie der Agrar- und der Kohäsionspolitik zu präsentieren.

Unter den möglichen weiteren Vorhaben nennt die Kommission den Vorschlag, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in andere Politikbereiche zu integrieren, eine Machbarkeitsanalyse für eine 30-prozentige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020, einen überarbeiteten Energieeffizienzaktionsplan, die Evaluation des 6. Umweltaktionsprogramms, einen Vorschlag für die Überarbeitung der Wasserrahmenrichtlinie sowie einen Bericht über das Klonen von Tieren.

Bei der von ihr angestrebten Vereinfachung von Rechtsvorschriften nennt die Kommission zum Beispiel die Trinkwasserrichtlinie, die Seveso-Richtlinie, die Gemeinsame Fischereipolitik, verschiedene Lärmvorschriften, die Düngemittelverordnung und das Abfallrecht. [ms]

- Zusammenfassung der Umweltaspekte des Kommissionsarbeitsprogramms 2010: www.eu-koordination.de/PDF/kom-programm2010.pdf

Partizipation

Neues zur Europäischen Bürgerinitiative

■ Die EU-Kommission hat Ende März einen Vorschlag vorgelegt, wie die im Lisabon-Vertrag vorgesehene Direktbeteiligung von BürgerInnen aussehen könnte. Die Europäische Bürgerinitiative, mit der die EU-Bevölkerung künftig Themen an die Politik herantragen kann, muss danach einige Hürden überwinden. Die Initiatoren einer solchen Volksabstimmung müssen innerhalb eines Jahres insgesamt eine Million Unterschriften aus mindestens neun der 27 Mitgliedstaaten sammeln. Dabei soll für jeden dieser Staaten eine Mindestzahl der erforderlichen Unterstützungsbekundungen gelten, die sich aus der Zahl seiner EU-Parlamentsabgeordneten multipliziert mit 750 ergibt. Für Deutschland hieße das, dass mindestens 74.000 Unterschriften von über 18-Jährigen zusammenkommen und acht weitere Staaten mitmachen müssten.

Geplante Initiativen müssten laut dem Vorschlag bei der EU-Kommission registriert werden. Nationale Stellen sollen prüfen, ob Online-Sammelsysteme der Organisatoren bestimmten Sicherheits- und technischen Anforderungen genügen. Sobald 300.000 Unterstützungsbekundungen aus drei Mitgliedstaaten gesammelt wurden, soll die Kommission innerhalb von drei Monaten die Zulässigkeit der Initiative prüfen, unabhängig von einer inhaltlichen Beurteilung.

Wenn alle Formalitäten erfüllt und mindestens eine Million Unterstützungsbekundungen abgeliefert sind, hat die EU-Kommission vier Monate Zeit, den Inhalt zu prüfen, also zum Beispiel, ob sie einen Rechtsetzungsvorschlag einbringt, die Sache mit einer Studie weiterverfolgt oder gar nichts tut. Die Kommission muss ihre Entscheidung öffentlich begründen.

An der Konsultation zu einem zuvor veröffentlichten Grünbuch der Kommission hatten sich zahlreiche Organisationen beteiligt, darunter auch der Deutsche Naturschutzring (DNR). Der Dachverband kritisierte dabei die geforderte Beteiligung eines Drittels der Mitgliedstaaten als zu

hoch. Außerdem sei die Frist zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Initiative zu lang. Der DNR sieht vier Wochen anstelle der von der Kommission vorgesehenen drei Monate für ausreichend an.

Auch andere Organisationen hatten sich an der Konsultation beteiligt. So setzte sich die Civil Society Platform, zu der sich Greenpeace und sieben weitere Organisationen zusammengeschlossen haben, für ein Beteiligungsalter ab 16 Jahren ein. Das Bündnis forderte außerdem, die Zeit zur Sammlung von UnterstützerInnen auf 18 Monate auszudehnen.

Der Verordnungsvorschlag wird jetzt im EU-Parlament und im Ministerrat diskutiert und abgestimmt. [jg]

- EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/397, MEMO/10/116)
- Stellungnahmen der Umweltverbände: www.eu-koordination.de (EU-News – 01.04.10)

Umweltrecht/Frankreich

Höchststrafe wegen Erika-Ölpest bestätigt

■ Das Berufungsgericht in Paris hat die in erster Instanz verhängten Höchststrafen gegen die Verantwortlichen an der Ölpest an der französischen Küste vor zehn Jahren bestätigt. Im Dezember 1999 war der Öltanker Erika bei schwerer See auseinandergebrochen und gesunken. Die bretonische Atlantikküste war danach auf einer Länge von 400 Kilometern verschmutzt, Hunderttausende Meerestiere und Seevögel wurden getötet. Die Gerichte befanden, dass sowohl der Kapitän als auch Eigentümer, Reeder und Auftraggeber eine Sorgfaltspflicht hätten. Das Berufungsgericht weitete laut Information der Tageszeitung Taz auch das Klagerecht aus. Demnach können Klagen betroffener Gemeinden, Departements, Regionen und Naturschutzverbände künftig nicht nur wegen wirtschaftlicher, sondern auch wegen ökologischer Schäden eingereicht werden. [jg]

- www.kurzlink.de/erika-hoehchststrafe

Institutionen**Oberster Strahlenschützer auf der Abschussliste?**

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat die atomfreundliche Linie der Bundesregierung kritisiert und davor gewarnt, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bei der Entsorgung von Atommüll „politisch kaltzustellen“. Der Umweldachverband mischte sich damit in Überlegungen des Bundesumweltministeriums ein, die Zuständigkeit für das mögliche Atommüllendlager im niedersächsischen Gorleben vom BfS gänzlich auf die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) zu übertragen und damit zu privatisieren.

Der DNR befürchtet, dass damit die „sachlich fundierte, aber kritische Stimme“ des BfS ausgeschaltet werden soll, „um eine höchst fragwürdige Atommüllstrategie zu realisieren“. Bundesumweltminister Norbert Röttgen stelle sich damit in den Dienst der Atomwirtschaft und verletze den Grundsatz „Sicherheit zuerst“, kritisierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Das liege ganz auf der Linie der unionsgeführten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die Angst vor einer ergebnisoffenen Suche nach einem Endlagerstandort hätten. Das seien die Länder, die nach der Atomenergie riefen, aber mit den Folgen nichts zu tun haben wollten, so der DNR. Schon mit der Besetzung des Abteilungsleiterpostens für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium mit Gerald Hennenhöfer habe „ein Lobbyist der Atomwirtschaft“ Einzug in die deutschen Institutionen gehalten. Außerdem würden die Sanierung des Lagers Asse verzögert, das Moratorium für das Endlager Gorleben aufgehoben und die Laufzeiten der Atomkraftwerke um mindestens acht Jahre auf 40 verlängert, kritisierte der DNR. Der Ausstieg aus der Atomenergie gehöre zu den „unverzichtbaren Prinzipien der deutschen Umweltbewegung“.

[jg]

- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, www.dnr.de

VERKEHR & TOURISMUS

EU-Verkehrspolitik**Transeuropäische Verkehrsnetze in Revision**

■ Der Ausbau der Bahnstrecke Rostock – Berlin wird nach Angaben des Europaparlamentarierers Werner Kuhn (CDU) vom Verkehrsausschuss der EU in Brüssel unterstützt. Die Strecke sei Teil der Achse von Italien nach Nordeuropa, sagte Kuhn. Das Ausschussvotum vom März sei ein wichtiger Schritt, denn zurzeit würden die transeuropäischen Netze überprüft. Im November werde die EU-Kommission auf Grundlage dieser Empfehlung über die Verteilung der Gelder entscheiden.

Die grünen Europaabgeordneten Michael Cramer und Reinhard Bütikofer nannten die Revision der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) durch die EU-Kommission überfällig. Sie betonten die Bedeutung des TEN-V-Korridors 1 von Berlin über Rostock nach Kopenhagen. Diese Verbindung sei gegenwärtig nur mit einem Umweg über Hamburg geplant – und zwar nur, um der festen Fehmarnbeltquerung einen Sinn zu geben. Dabei sei die Verbindung über Rostock der kürzeste Weg von Berlin nach Kopenhagen, sagte Cramer. Eine zentrale Stellung bei der Überarbeitung der transeuropäischen Verkehrsnetze müssten die Häfen erhalten.

Nach anhaltender Kritik hatte die Kommission eine Revision der TEN-V eingeleitet. Im Februar 2009 legte sie dazu ein Grünbuch vor und schloss eine öffentliche Konsultation an. Das EU-Parlament nahm den Bericht der grünen Abgeordneten Eva Lichtenberger an, der auf eine bessere Vernetzung und intelligente Lösungen statt der Förderung teurer, nationaler Prestigeobjekte setzt. Die Ergebnisse sollen in diesem Jahr in eine Überarbeitung der Richtlinien führen.

[mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/leitlinien-ten-v
- ▶ EU-Parlament, Michael Cramer, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, www.michael-cramer.de

Straßennutzungsgebühr**Umweltbundesamt plädiert für Pkw-Maut**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat sich für eine Pkw-Maut in Deutschland ausgesprochen. In einer neuen Studie schlägt die Umweltbehörde eine entfernungsabhängige Abgabe für alle vor. Das sei die gerechteste Lösung, sagte der Präsident des UBA Jochen Flasbarth.

Auf Autofahrer könnten laut der Studie Zusatzkosten von mehreren hundert Euro jährlich zukommen. Als Ausgleich sei eine Abschaffung der Kfz-Steuer denkbar. Ermäßigungen könne es für saubere und leise Autos geben, Aufschläge für Innenstädte und andere stark belastete Zonen. Die flächendeckende Erfassung aller Autos könne per Satellit erfolgen.

Zustimmung fand der UBA-Vorschlag bei der Allianz pro Schiene. Eine Gebühr nach der Fahrleistung unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sei einer Vignettenlösung vorzuziehen. Vor Kurzem hatte das Schienenbündnis eine Resolution gegen die Pkw-Vignette veröffentlicht (umwelt aktuell 04.2010, S. 23). [mbu]

- ▶ Studie (PDF, 1,9 MB): www.kurzlink.de/uba-3929
- ▶ UBA, Dessau/Anhalt, Tel. +49 (0)340 / 2103-0, Fax -2285, E-Mail: info@uba.de, www.uba.de

Riesen-Lkw**Grenzüberschreitende Fahrten sind illegal**

■ Fährt ein Riesen-Lkw mit einem Höchstgewicht von 60 Tonnen von einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen, verstößt er damit gegen geltendes Recht. Zwar erlaubt die Richtlinie 96/53/EG, in der die höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft geregelt sind, einigen Mitgliedstaaten Modellversuche mit den Riesenlastern. Das gilt aber nicht für „grenzüberschreitende Versuche, ▶

die in jedem Fall gegen die Bestimmungen der Richtlinie verstoßen“, wie EU-Verkehrskommissar Siim Kallas im März in seiner Antwort auf eine Anfrage des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen im Europäischen Parlament Michael Cramer schreibt. Allerdings, so Kallas weiter, sei die Kommission bisher nicht über solche Verstöße informiert worden. Sollte sich ein Verstoß bestätigen, werde die Kommission ein Verfahren gegen das Land einleiten. Das sei eine „herbe Niederlage der Monstertruck-Lobbyisten“, sagte Cramer.

Studien zufolge könnte der Schienengüterverkehr um mehr als die Hälfte zurückgehen, wenn EU-weit Riesen-Lkws über die Straßen rollten. In einigen europäischen Ländern wie Schweden und Finnland fahren die bis zu 25 Meter langen Trucks schon seit Langem, unter anderem in Dänemark und Deutschland werden sie zurzeit getestet. Die europaweite Kampagne „No Mega Trucks“ kämpft gegen die Zulassung der 60-Tonner. [mbu]

- ▶ Anfrage und Antwort:
www.michael-cramer.eu/show/3430974.html
- ▶ www.nomegatrucks.eu

Verkehrsverlagerung

Schienengütertransport könnte sich verdoppeln

■ Wenn der Bundesverkehrsminister einer Streichliste des BUND für den Straßenbau folgen würde, könnte er 30 Milliarden für andere Verkehrsprojekte umschichten. Der Umweltverband nannte vor allem Vorhaben aus dem aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen, die aus seiner Sicht verzichtbar sind oder durch umweltverträglichere und billigere Alternativen ersetzt werden könnten.

Im Visier des BUND sind beispielsweise 2.500 geplante Straßenkilometer, die mit einem sehr hohen Umweltrisiko eingestuft wurden. Allein dadurch könnten zehn Milliarden Euro eingespart werden. Statt auf den Neubau von Autobahnen solle die Bundesregierung lieber auf den

Ausbau und Erhalt der bestehenden Fernstraßen setzen. Zudem müsse mehr Geld in den Schienenverkehr fließen. Würde hier jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich investiert, könnte sich der Anteil des Gütertransports innerhalb von 15 Jahren verdoppeln, heißt es in dem BUND-Papier.

[mbu]

- ▶ BUND-Streichliste Verkehrsprojekte
www.kurzlink.de/streichliste.pdf

Umweltfolgen

Neue Zahlen zu Lärm und Schadstoffen

■ Mit der Broschüre „Daten zum Verkehr“ informiert das Umweltbundesamt (UBA) über aktuelle Entwicklungen auf Straßen, Schienen und in der Luft- und Schifffahrt. Im Mittelpunkt steht, wie sich der Personen- und Flugverkehr auf Boden, Luft oder Wasser auswirkt. Tabellen, Grafiken und Fallbeispiele bilden die Zusammenhänge in verständlicher Form ab.

Zahlen zu Lärm und Schadstoffen sind ein Schwerpunkt der Broschüre: Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland fühlt sich durch Straßenverkehrslärm gestört. Etwa ein Drittel der Bevölkerung leidet unter Fluglärm, rund ein Fünftel unter dem Lärm von Zügen. Pkws und Lkws stoßen zwar weniger Stickoxide und fast kein Schwefeldioxid mehr aus. Dennoch verursacht der Straßenverkehr noch viele gesundheitsschädliche Stoffe, zum Beispiel Feinstaub. Zudem sind gut 20 Prozent der CO₂-Emissionen verkehrsbedingt.

Auch Transportwege werden in der Publikation unter die Lupe genommen. Beispielsweise seien regionale Äpfel meist wesentlich umweltfreundlicher als importierte. Der lange Transport südamerikanischer oder neuseeländischer Früchte verursache deutlich höhere Energiekosten und Emissionen. [mbu]

- ▶ UBA: Daten zum Verkehr. Ausgabe 2009. Bezug: E-Mail: uba@broschuerenversand.de, Download: www.kurzlink.de/daten-verkehr-2009

Wettbewerb

Fahrradfreundlichster Arbeitgeber gesucht

■ Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) hat im März einen Wettbewerb um den fahrradfreundlichsten Arbeitgeber gestartet. Das Fahrrad als klima- und umweltverträgliches Verkehrsmittel im Nahverkehr wird aus Sicht von B.A.U.M. häufig unterschätzt und hat bei Unternehmen noch einen geringen Stellenwert. Der Wettbewerb wird vom Bundesverkehrsministerium gefördert und richtet sich an Unternehmen, Behörden und sonstige Einrichtungen mit mindestens zehn Mitarbeitern. Honoriert wird das Bemühen, die Fahrradnutzung bei den MitarbeiterInnen zu fördern. Die Teilnahme ist bis zum 31. August im Internet möglich. [mbu]

- ▶ www.fahrrad-fit.de

WASSER & MEERE

Gewässerpolitik

EU arbeitet an Schutzkonzept

■ Die EU-Kommission will der Wasserqualität in ihrer Politik einen höheren Stellenwert geben. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte an, die europäische Politik zu überprüfen, auf deren Grundlage die Kommission bis 2012 ein Konzept für den Schutz der europäischen Gewässer ausarbeiten will. Die Überprüfung und Analyse der Pläne für die 110 Flusseinzugsgebiete soll in das Konzept einfließen – zusammen mit der Überprüfung der Strategie zum Umgang mit Wasserknappheit und Dürre und einer Untersuchung der Empfindlichkeit von Umweltressourcen wie Wasser, Biodiversität und Böden gegenüber klimatischen und anthropogenen Belastungen. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/336)

Wassereinsparung

Neue EU-Gebäuderichtlinie?

■ Die EU-Kommission sieht große Wassereinsparmöglichkeiten in Gebäuden und hat die Prüfung von bindenden Regelungen hierzu in ihr Arbeitsprogramm 2010 aufgenommen. Laut einer Studie aus dem Jahr 2007 kann der Wasserbedarf in Gebäuden allein durch technische Anpassungsmaßnahmen um 20 Prozent reduziert werden. Weiteres Einsparpotenzial sieht die Studie in der Änderung des Nutzungsverhaltens und der Nutzung von Grauwasser wie Regenwasser. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/2010gebaeudewassereu
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/watersavingpotential

Flusslandschaft des Jahres

Die Emscher soll blau werden

■ Die Emscher ist die Flusslandschaft des Jahres 2010/2011. Die Naturfreunde Deutschlands und der Deutsche Anglerverband haben sie ausgezeichnet. Alle zwei Jahre küren sie den Fluss des Jahres, um mehr öffentliche Aufmerksamkeit für den Gewässerschutz zu gewinnen. Die Emscher wird zurzeit renaturiert, nachdem sie einst zu den schmutzigsten Gewässern Deutschlands gehörte. Sie soll möglichst bald wieder ein blauer Fluss werden, da Essen, durch das sie fließt, die Europäische Kulturhauptstadt 2010 ist. [zt]

- ▶ NaturFreunde, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-60, Fax -80, E-Mail: info@naturfreunde.de, www.naturfreunde.de

Meere

Tote Zonen heizen Klima auf

■ Sauerstoffarme Meeresregionen, sogenannte tote Zonen, geben bis zu 10.000-mal mehr von dem Treibhausgas Distickstoffmonoxid (Lachgas) ab, als es für Meerwasser normalerweise üblich ist. Das zeigen im März veröffentlichte Forschungsergebnis-



Zukunft gestalten.

Nah dran.



Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist der führende europäische Personaldienst für internationale Zusammenarbeit. Wir arbeiten in über 45 Ländern weltweit mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort dauerhaft zu verbessern.

In **Syrien** möchte der DED durch die Beratung von nationalen Wasserversorgern zum Thema Wasserressourcenmanagement und durch die Weiterentwicklung von Ausbildungsmodulen in Berufsbildungszentren die stabile Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser verbessern. Daher suchen wir erfahrene Fachkräfte aus dem technischen/pädagogischen Bereich:

Zwei Berater/innen für berufliche Aus- und Weiterbildung im Wassersektor (PP-Nr. 9062 und 9063)

Ihre Aufgaben:

- Fachliche Beratung des gesamtsyrischen Ingenieurverbands bei der Weiterbildung und -qualifizierung von Führungskräften in Wasserversorgungsunternehmen
- Erhebung des aktuellen Trainingsbedarfs zu wasserrelevanten Themen
- Überprüfung der bestehenden Berufsbildungsstrukturen
- Konzeption von Trainingscurricula und Organisation von Trainingsprogrammen
- Vernetzung der Fort- und Weiterbildung

Ihr Profil:

Für diese spannende Herausforderung haben Sie eine Qualifikation in der beruflichen Bildung oder Weiterbildung erworben. Sie kennen sich aus in den für den Wassersektor relevanten Fragestellungen, insbesondere Wasserknappheit. Außerdem verfügen Sie über gute Englischkenntnisse, Kenntnisse der gängigen Office-Anwendungen und haben praktische Erfahrung im Einsatz partizipativer Methoden gesammelt. Eine ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit und interkulturelle Sensibilität runden Ihr Profil ab.

Technische/r Berater/in für die Fachabteilung Betrieb und Wartung (PP-NR. 9068)

Ihre Aufgaben:

- Fachliche Unterstützung und technische Beratung des staatlichen Wasserversorgungsunternehmens im ländlichen Umland von Damaskus zur Verbesserung des Betriebs und der Wartung technischer Anlagen
- Durchführung von Trainings für das syrische Betriebspersonal
- Erstellung von Materialbedarfslisten sowie Unterstützung bei der Beschaffung
- Einführung systematischer Betriebs- und Wartungsprozeduren

Ihr Profil:

Nach einem Abschluss als Meister, Ingenieur oder Techniker (m/w) in der Wasserwirtschaft haben Sie bereits Erfahrung im Netzbetrieb von Wasser/Abwassersystemen gesammelt. Sie verfügen über Beratungserfahrung, gute Englischkenntnisse und sind bereit, im Projektgebiet zu reisen. Ausgeprägte Kommunikationsfähigkeiten, interkulturelle Sensibilität sowie Kenntnisse partizipativer Methoden zeichnen Sie aus. Arabisch- oder Französischkenntnisse sind hilfreich, aber nicht Bedingung.

Angebot des DED

Wir bieten Ihnen eine Mitarbeit in einer innovativen, weltweit tätigen entwicklungspolitischen Institution. Ihre Kompetenzen sind in einem interdisziplinären Team vor Ort gefragt. Der DED bietet ein umfangreiches Leistungspaket.

Die detaillierten Stellenbeschreibungen finden Sie im Internet unter www.ded.de/stellenmarkt mit Angabe der jeweiligen PP-Nr.. Bei Fragen steht Ihnen Frau Alexander-Monteiro, Tel: 0228/2434-265 gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihre Online-Bewerbung. Bitte beziehen Sie sich in Ihrem Anschreiben auf die Kzf. 5019.

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH
Bewerberswahl | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.ded.de | Kzf. 5019



Vom Wert des Wartens

Das Credo unseres Wirtschaftssystems »immer schneller, immer mehr« hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen: Mit Hochgeschwindigkeit ist unser Finanzsystem in seine größte Krise gefahren; die Menschen halten mit dem Tempo nicht mehr Schritt. Der Band »Lob der Pause« liefert Denkanstöße, warum wir das Innehalten wieder schätzen sollten: als Zwischenzeit für's Nachdenken, Vordenken, Abschalten und Verarbeiten.

K. A. Geißler

Lob der Pause

Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind

quergedacht Band 3
112 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-200-1



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



quergedacht

se US-amerikanischer Wissenschaftler. In einem Artikel des Fachmagazins Science zeigen die Forscher, dass sich die toten Zonen in den letzten Jahren insbesondere in den Küstenregionen ausgebreitet haben. Die Ursachen sind die anhaltende Überdüngung durch die Intensivlandwirtschaft und die Erwärmung des Meerwassers. Lou Codispoti, einer der beteiligten Forscher von der Universität Maryland, sagte: „Die sauerstoffarmen Meeresgebiete erzeugen zurzeit rund die Hälfte der gesamten Stickoxidabgabe der Ozeane. Wenn diese Zonen sich weiter ausdehnen, werden wir einen signifikanten Anstieg der atmosphärischen Konzentrationen sehen.“

Lachgas ist ein extrem starkes Treibhausgas mit einer rund 300-mal höheren Klimawirksamkeit als CO₂ und trägt darüber hinaus zur Ausdünnung der Ozonschicht bei. Sein Anteil in der Atmosphäre ist im Moment zwar verschwindend gering, könnte sich aber durch eine Ausbreitung der toten Zonen rasch erhöhen. [at]

► www.kurzlink.de/science-daily-n20

Wattenmeer

Drei Staaten, ein Programm

■ Vertreter Deutschlands, der Niederlande und Dänemarks haben sich im März während der 11. trilateralen Wattenmeerkonferenz auf der Insel Sylt auf ein gemeinsames politisches Wattenmeerschutzzprogramm geeinigt. Ein dabei verabschiedeter Managementplan soll neuen ökologischen Herausforderungen wie dem Einschleppen fremder Arten und den Folgen des Klimawandels begegnen. Außerdem wollen die drei Anrainerstaaten Möglichkeiten prüfen, um die Wattenmeerregion bis 2030 zu einer „klimaneutralen Zone“ zu entwickeln.

Nachdem im vergangenen Jahr schon das Wattenmeer vor Niedersachsen, Schleswig-Holstein und den Niederlanden zum Unesco-Weltnaturerbe erklärt wurde, wurden nun das Hamburger und das dänische Watt als Weltnaturerbe nachnominiert. Trotz der Bemühungen der An-

rainerstaaten um den Schutz ihres Wattenmeeres steht die Region vor großen Herausforderungen. Ölförderprojekte, vertiefte Flussmündungen, Kohlekraftwerke und ein ansteigender Meeresspiegel bedrohen den Fortbestand des einzigartigen Ökosystems. BUND-Meeresreferentin Nadja Ziebarth kritisierte das hohe Schifffahrtsaufkommen, das die Küstenregion durch mögliche Havarien gefährde, und forderte die Erweiterung des PSSA-Gebietes Wattenmeer auf die Schifffahrtswege. PSSA-Gebiete (Particular Sensitive Sea Areas) sind besonders sensible Meeresgebiete, die von der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO benannt und in allen Seekarten als solche kenntlich gemacht werden. [at]

► Gemeinsame Erklärung:

www.kurzlink.de/decl-waddensea

► BUND, Nadja Ziebarth, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 7900232, E-Mail: nadja.ziebarth@bund.net, www.bund.net (Wasser – Meeresschutz)

Mittelmeer

Keine Einigung auf regionale Wasserstrategie

■ Die Mittelmeer-Anrainerstaaten konnten sich Mitte April auf der 4. Euro-Mittelmeer-Ministerkonferenz in Barcelona nicht auf eine gemeinsame regionale Wasserstrategie einigen. Der EU-Agrarministerrat hatte vor der Konferenz einen gemeinsamen Standpunkt zu der Strategie gefunden. Die Strategie sollte den politischen, methodischen und finanziellen Rahmen zur Harmonisierung der Wasserpolitik in der Region bilden. Sie beinhaltet kurzfristige und langfristige Ziele. Ein Schlüsselziel ist die Reduzierung des Wasserverbrauchs um 25 Prozent bis zum Jahr 2025. Die spanische EU-Ratspräsidentschaft will dennoch versuchen, bis Ende Juni die Strategie zum Erfolg zu führen. [bv]

► www.kurzlink.de/es04-wasserkonferenz (engl.)

► Entwurf Mittelmeer-Wasserstrategie: www.ufm-water.net/themes/SWM.doc

Schwarzes Meer

Anrainer suchen Synergien

■ Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres wollen ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz, Verkehr und Energie verbessern. Dafür wurden im Rahmen der 2007 von der EU-Kommission gestarteten Initiative „Schwarzmeersynergie“ im März Umweltpartnerschaften in diesen drei Sektoren vereinbart. Bis zum Juni sollen ein Ausschuss und ein Sekretariat die Arbeit aufnehmen und regionale Kooperationen unterstützen. Möglichst konkrete Projekte sollen entstehen, finanziert von den Teilnehmerstaaten selbst sowie von der Europäischen Bank für Wiederaufbau, der Kommission für den Schutz des Schwarzen Meeres vor Verschmutzung und aus der schon bestehenden Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation BSEC. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/279 und MEMO/10/78)

Ostsee I

Fäkalienflut hält an

■ Die Internationale Seeschiffahrts-Organisation IMO hat auf ihrer Jahreskonferenz im März einen Antrag aller Ostseeanrainerstaaten abgelehnt, strengere Regeln für die Abwassereinleitung von Kreuzfahrtschiffen und Fährschiffen zu verordnen. Der WWF kritisierte die Entscheidung als Aufschub für die Kreuzfahrtindustrie zulasten der Ostsee. [bv]

► www.imo.org
 ► www.wwf.de/ostsee

Ostsee II

Baubeginn für Gaspipeline

■ Im April hat mit einem Festakt in der russischen Portowaja-Bucht nahe der finnischen Grenze der Bau der Nordstream-Gaspipeline durch die Ostsee offiziell begonnen. Die Umweltorganisationen WWF

und BUND hatten Klage gegen den Bau eingereicht, da die Auswirkungen auf das Ökosystem Ostsee erheblich seien. Nach der Fertigstellung der Leitung im Jahr 2012 sollen pro Jahr 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Russland durch die Ostsee über Deutschland in die EU gelangen. [bv]

► WWF, Ostseeexperte Jochen Lamp, Stralsund, Tel. +49 (0)3831 / 297018, www.wwf.de/ostsee

Artenschutz

Kein Herz für Haie

■ Mit zwiespältigen Ergebnissen ist Ende März die 15. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens CITES zu Ende gegangen. Die 175 Vertragsstaaten konnten sich auf ihrem Treffen in Doha (Katar) nicht auf eine Handelskontrolle für Herings- und Dornhaie einigen. Der von Deutschland betreute EU-Antrag für die Aufnahme der beiden Arten in Anhang II des Abkommens und die dadurch geltenden Handelskontrollen scheiterte an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Das Fleisch der Haie, die auch in der Nordsee vorkommen, wird als „Schillerlocke“ oder „See-Stör“ verkauft.

Anderen Meerestieren erging es nicht besser: Auch Anträge für eine strengere Kontrolle des Handels von sechs weiteren Haiarten sowie ein von der EU angestrebtes internationales Handelsverbot für den Blauflossenthunfisch wurden abgelehnt. Eine Hochstufung des Eisbären von Anhang II in Anhang I scheiterte unter anderem am Widerstand der EU. Die Aufnahme in die Anhang-I-Liste des CITES-Abkommens hätte einen kompletten Handelsstopp für Eisbären und Eisbärenprodukte bedeutet.

Positive Nachrichten gab es für Baumsteiger- und Rotaugenlaubfrösche aus Mittelamerika sowie den Zagros-Molch aus dem Iran, die es auf die Anhänge des Artenschutzabkommens schafften.

Umweltverbände wie der WWF sprachen von einem Debakel. Auch Franz Böhmer vom Bundesamt für Naturschutz sprach gegenüber der Tageszeitung Taz

von einer Enttäuschung: „Viele Arten, die es aus wissenschaftlicher Sicht wert sind geschützt zu werden, wurden wegen wirtschaftlicher Interessen nicht gelistet.“ [at]

► www.cites.org

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Bodenschätze der Arktis

Fell des Bären soll friedlich verteilt werden

■ Die Arktis-Anrainerstaaten haben sich darauf geeinigt, ihre Gebietsansprüche in der Region „auf harmonische Weise“ zu regeln. Zunächst soll eine Lösung für die Schifffahrt gefunden werden. Langfristig stehen aber vor allem die Bodenschätze im Mittelpunkt des Interesses.

Die Eisfläche der Arktis schwindet aufgrund des Klimawandels rasant. Langfristig rechnen Wissenschaftler im Sommer sogar mit einem eisfreien Nordpolarmeer. Das würde neue Schifffahrtswege wie die Nordostpassage dauerhaft befahrbar machen und die Fischfanggründe nordwärts verschieben. Vor allem aber werden unter dem Eis große Öl- und Gasvorkommen vermutet. Um den Zugang dazu ist Streit zwischen Russland, Kanada, den USA, Norwegen und Dänemark entbrannt.

Jenseits der 200-Meilen-Zone, die jeder Staat für sich beanspruchen kann, ist die Ausbeutung der Boden- und Meeresschätze für etwa 1,2 Millionen Quadratkilometer ungeklärt. Ein Wissenschaftlergremium soll nun den arktischen Festlandssockel, der maßgeblich für die Besitzansprüche herangezogen wird, genauer untersuchen.

Umweltschützer warnen vor einer Ausbeutung der arktischen Ressourcen. Es sei zynisch und gefährlich, die durch den Klimawandel freiwerdenden Öl- und Gasvorkommen zu fördern und damit den Klimawandel weiter zu beschleunigen. Auch das sensible arktische Ökosystem werde gefährdet. [ms]

THEMA

EU fördert Projekte für Naturschutz und biologische Vielfalt

Die Europäische Kommission hat die diesjährige Ausschreibung für eine Förderung von Naturschutzprojekten aus Mitteln ihres LIFE+-Programms veröffentlicht. Antragsteller haben knapp vier Monate Zeit, um die Unterlagen bei den deutschen Kontaktstellen einzureichen. Auch innovative Maßnahmen werden gefördert. Für bestimmte Projekte zugunsten gefährdeter Arten und Lebensräume erhöht sich der Förderanteil.

■ Soeben hat die Europäische Kommission den vierten Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen im Rahmen des Förderprogramms LIFE+ auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Interessierte Antragsteller können Projektanträge bis zum 1. September an die Kontaktstellen der Bundesländer beziehungsweise des Bundesumweltministeriums schicken (siehe Kasten). Einreichfrist für die Anträge bei der EU-Kommission ist der 4. Oktober.

Die Projektanträge werden anschließend in einem gemeinsamen Auswahlverfahren zusammen mit den Anträgen der LIFE+-Teilbereiche „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ und „Information und Kommunikation“ evaluiert. Das früheste mögliche Startdatum der ausgewählten Projekte ist der 1. August 2011.

Bei den jährlichen stattfindenden LIFE+-Auswahlverfahren muss die Kommission gewährleisten, dass mindestens 50 Prozent der Mittel für Projekte im Bereich „Natur und Biologische Vielfalt“

ausgegeben werden. Aufgrund der verfügbaren Budgets von 240 Millionen Euro für die Antragsrunde 2010 sind also mindestens 120 Millionen Euro an LIFE+-Fördermitteln für Projekte in diesem Bereich reserviert.

LIFE+ Natur: Für die Umsetzung von FFH- und Vogelschutzrichtlinie

Der Schwerpunkt des LIFE+-Programms im Teilbereich Natur und Biologische Vielfalt liegt bei der Umsetzung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie („LIFE+ Natur“). Dementsprechend geht es vor allem um Entwicklungs- und Renaturierungsmaßnahmen in Natura-2000-Gebieten. Antragsteller sind meist Naturschutzbehörden oder -organisationen.

Ein Großteil der Projektmittel fließt in die Vorbereitung und Umsetzung konkreter Naturschutzmaßnahmen wie Wiedervernässung, Erdarbeiten, Entbuschung, Anpflanzungen und Einsaaten sowie die Anlage von Gewässern und Weideflächen

oder die Aufzucht und Wiedereinbürgerung von Arten. Daneben können aber auch das Monitoring von Maßnahmen, das Projektmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Falls erforderlich ist, ermöglicht die LIFE+-Natur-Förderung auch einen Flächenerwerb oder das langfristige Pachten für Naturschutzzwecke sowie Investitionen für den laufenden Unterhalt von Gebieten.

Maßnahmen außerhalb von Natura 2000 werden nur in begründeten Ausnahmefällen wie einer Renaturierung oder einer Korridorfunktion eines Gebietes akzeptiert. Damit kann – vor allem bei der Gebietsrenaturierung – eine Verpflichtung zur Natura-2000-Nachmeldung während der Projektlaufzeit verbunden sein.

Unabhängig davon müssen die Projekte stets auf die Förderung der Arten und Lebensraumtypen gerichtet sein, die als Schutzgüter in den Natura-2000-Standarddatenbögen des jeweiligen FFH- oder Vogelschutzgebietes aufgelistet sind.



Europa braucht
Umwelt
braucht Europa

Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzinges in Berlin:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte
- Factsheets

Mehr Informationen:
Tel. +49 (0)30 / 678177570
E-Mail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:
www.eu-koordination.de



Die Projekte dauern im Durchschnitt drei bis fünf Jahre, längere oder kürze Laufzeiten sind aber möglich. Das Projektbudget liegt meist zwischen einer und fünf Millionen Euro, Projekte über zehn Millionen Euro bilden eher die Ausnahme.

Die maximale Kofinanzierungsrate bei LIFE+-Anträgen beträgt 50 Prozent, das heißt die Hälfte der Projektkosten muss der Antragsteller selbst tragen. Ausgenommen davon sind lediglich Projekte für Arten oder Lebensraumtypen, die in den Anhängen I und II der FFH-Richtlinie als prioritär gelistet sind, sowie für als prioritär für eine LIFE+-Förderung definierte Vogelarten. Solche Projekte können in den Genuss einer EU-Kofinanzierung von bis zu 75 Prozent kommen.

Bei der Kofinanzierungsrate gibt es aber eine für LIFE+-Natur-Antragsteller interessante Neuerung: Erstmals wird in der aktuellen Antragsrunde eine 75-prozentige Kofinanzierung auch schon dann gewährt, wenn 50 Prozent des Budgets der konkreten Projektmaßnahmen nachweislich und direkt prioritäre Arten oder Lebensraumtypen fördern. Liegt der Anteil der Kosten zwischen 30 und 50 Prozent, sinkt die

maximale Kofinanzierungsrate auf 60 Prozent, bei Anteilen unter 30 Prozent beträgt sie wie bisher 50 Prozent.

LIFE+ Biologische Vielfalt: Für „Vorzeigeprojekte“

Ab 2007 ist das Förderspektrum des LIFE+-Programms um den Teilbereich Biologische Vielfalt erweitert worden. Damit sollen innovative Maßnahmen und Demonstrationsprojekte unterstützt werden, die im weiteren Sinne den Schutz und die Förderung der biologischen Vielfalt in der EU unterstützen. Anders als bei LIFE+ Natur liegt der Schwerpunkt hier nicht bei der Umsetzung bewährter Maßnahmen mit dauerhaften Effekten, sondern bei „Vorzeigeprojekten“. Investitionen in die dauerhafte Sicherung von Flächen für Naturschutzzwecke, vor allem der Flächenankauf, sind im Rahmen von LIFE+ Biologische Vielfalt nicht möglich; dementsprechend wird auch kein Nachweis der dauerhaften Sicherung etwaiger Investitionen verlangt. Der Schwerpunkt solcher Projekte liegt vielmehr auf Versuchs- und Testmaßnahmen, der Datensammlung und -auswertung sowie der Verbreitung der im Rahmen des Projekts erworbenen Erfahrungen.

Das mögliche Themenspektrum ist dabei bewusst offengehalten und orientiert sich an den Biodiversitätszielen der EU-Kommission. Die maximale Kofinanzierungsrate liegt bei 50 Prozent.

Erfolgsaussichten und Vorgaben

Erfreulicherweise sind die Erfolgsaussichten der eingereichten Projektanträge im Teilbereich LIFE+ Natur in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zurzeit kommen knapp über die Hälfte aller LIFE+-Natur-Anträge in die Förderung.

Im Teilbereich Biologische Vielfalt waren die Erfolgsaussichten bisher eher gering, jedoch zeichnet sich seit der vorigen Antragsrunde eine deutliche Steigerung der Chancen ab, sodass die Erfolgsquote derzeit 40 Prozent erreicht hat. Die geringere Erfolgsquote in den Jahren 2007 und 2008 beruhte vor allem auf der Annahme vieler Antragsteller, LIFE+ Biologische Vielfalt finanziere klassische Gebietsschutzmaß-

nahmen ohne klaren Demonstrationscharakter außerhalb von Natura 2000, was wie oben dargestellt nicht der Fall ist.

Bei einer sorgfältigen Antragsvorbereitung und einem klaren Verständnis der Förderrichtlinien sind die Erfolgchancen eines Antrags also recht hoch. Aufgrund der jährlich steigenden LIFE+-Haushaltsmittel für Projekte wird sich auch in den kommenden Antragsrunden bis 2013 daran nichts ändern. **[Frank Vassen]**

► Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Abteilung E.3 LIFE Natur, Dr. Frank Vassen, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2968785, E-Mail: frank.vassen@ec.europa.eu, www.ec.europa.eu/environment/life

DNR INTERN

Leitbilddiskussion

Bewegung in der Umweltbewegung

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) will mit einer breiten Diskussion in der Umweltbewegung einen Paradigmenwechsel anstoßen (umwelt aktuell 04.10, S. 28–30). ExpertInnen aus den Mitgliedsverbänden, der Wissenschaft und anderen Institutionen erarbeiten in den drei Themenbereichen Nachhaltigkeit, Wachstum und Naturverständnis Impulse und Positionen.

Michael Müller, DNR-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der Naturfreunde, koordiniert den Arbeitskreis zu Wachstum. Dieser debattierte Mitte April nach einem Beitrag von Roland Zieschank unter anderem über die Wachstumsdebatten in anderen Ländern wie Bhutan, USA, Österreich, Frankreich und Großbritannien. Der Volkswirt Hans Diefenbacher erläuterte seine Vorstellung von einem nationalen Wohlfahrtsindex und der Professor für nachhaltige Ökonomie Holger Rogall warb für sein Modell. Der Arbeitskreis will sich auf bundesdeutscher, europäischer

Gut informiert über LIFE+

LIFE+ ist das zentrale Finanzierungsinstrument der Europäischen Union zur praktischen Umsetzung der Umweltpolitik. Sowohl Behörden und andere öffentliche Institutionen als auch Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen können Anträge stellen.

Die Antragsformulare sind nur auf Englisch verfügbar, können jedoch in Deutsch ausgefüllt werden. Alle Antragsdokumente sind auf der LIFE-Webseite zu finden:

► www.ec.europa.eu/life

Eine Informationsveranstaltung der EU-Kommission zu LIFE+ für interessierte Antragsteller findet am 26. Mai in Essen statt. Nähere Informationen dazu auf der Webseite.

Vom Glück jenseits des Profits

All unser Tun ist darauf ausgerichtet, »Geld zu machen«, um es anschließend wieder in die Dinge des Lebens zu verwandeln. Wenn aber diese Verwandlungskunst nicht mehr klappt, weil das Geld sich in Luft auflöst? »Geld oder Leben« plädiert für eine Welt jenseits von Wachstumszwang und Gelddiktat, für die Etablierung kleinräumiger Wirtschaftsstrukturen und die Wertschätzung von Handwerkskunst und Selbstgemachtem.

V. Bennholdt-Thomsen

Geld oder Leben

Was uns wirklich reich macht

quergedacht Band 2
96 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-195-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



und internationaler Ebene in den Diskurs zum Wirtschaftswachstum einmischen. Gelegenheit wird es dazu bei der von den Grünen geplanten und von der SPD unterstützten Enquetekommission „Ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum“ geben. Auch der Umweltausschuss im EU-Parlament bereite eine Anhörung zum Thema vor, und der US-amerikanische Wirtschafts-nobelpreisträger Joseph Stiglitz sei an einem Meinungs-austausch interessiert, sagte Michael Müller. Vor der geplanten Auswertung im November sind noch zwei weitere Treffen des DNR-Arbeitskreises Wachstum angesetzt. Auch ein Reader mit Beiträgen zur Wachstumsdebatte aus der Umweltbewegung soll entstehen.

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit unternimmt den Versuch, ein Jahrzehnt offizieller bundesdeutscher Nachhaltigkeitspolitik kritisch unter die Lupe zu nehmen. Der verbreiteten Beliebtheit des Nachhaltigkeitsbegriffs sollen verbindliche Kriterien gegenübergestellt werden. In der Diskussion ist eine „Bürgerschaft“ für Nachhaltigkeit, die auf Eigenverantwortung, der Erhaltung der ökologischen Ressourcen, dem Handeln in den gegebenen Grenzen und einem fairen Wirtschaften beruht. Erste Zwischenergebnisse sollen Anfang Mai vorliegen. Der Arbeitskreis wird von DNR-Präsident Hubert Weinzierl geleitet.

Der von DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann koordinierte Arbeitskreis zum Naturverständnis hat Mitte April bei einer Klausurtagung unter Beteiligung externer Wissenschaftler wie dem Landschaftsökologen Thomas Kirchhoff und dem Biologen Reinhard Piechocki sowie Experten aus Behörden und Verbänden den Diskussionsprozess eröffnet. Besonders wichtig ist der Arbeitsgruppe die Unterscheidung zwischen Natur als Ressource für eine möglichst nachhaltige Nutzung auf der Basis einer ökosystemaren Betrachtung und Natur als Kulturlandschaft oder auch Wildnis als Grundlage für ein sinnerfülltes Leben. [jg]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de

EHRENAMT

Freiwilligentätigkeit in Europa

EU-Studie zum Engagement

■ Rund 23 Prozent der EuropäerInnen über 15 Jahre sind ehrenamtlich tätig. Das ergab eine Studie für die EU-Kommission. Führend mit über 40 Prozent sind dabei die Niederlande, Österreich, Schweden und Großbritannien. Deutschland belegt einen Platz im oberen Mittelfeld.

In Österreich und neun weiteren EU-Staaten nimmt das freiwillige Engagement stark zu, in Deutschland ist die Zunahme gering. Der wirtschaftliche Wert der Freiwilligentätigkeit wird für Deutschland auf ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt. In den Niederlanden, Österreich und Schweden liegt er laut Studie zwischen drei und fünf Prozent des BIP. Die Studie nennt Deutschland als Beispiel, wie „die Einrichtung einer effizienten Infrastruktur die Bedingungen für freiwilliges Engagement drastisch verbessern kann“.

Die EU-Kommission teilte mit, sie wolle die Informationen auswerten, um Freiwilligentätigkeit in Europa besser zu unterstützen. Die Studie diene auch der Vorbereitung auf das Europäische Jahr der Freiwilligen 2011. [mb]

- Studie (deutsche Kurzfassung, PDF, 17 S.): www.kurzlink.de/freiwilligenstudie
- EU-Kommission: Bürgerschaftliches Engagement www.ec.europa.eu/citizenship/index_de.htm

Engagementpreis

Ruf nach Nominierungen

■ Bis zum 31. Juli können BürgerInnen Vorschläge für den Deutschen Engagementpreis 2010 einreichen. Die Auszeichnung soll engagierten Personen und Projekten „ein Gesicht geben“ und die Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement in Deutschland stärken. [mb]

► www.geben-gibt.de

REZENSIONEN

Die Welt als Garten

Gärten sind mehr als nur Orte der Entspannung und der Passion, mehr als nur Nahrungsquelle. Wenn gestaltete Grünflächen zum politischen Ort oder politische Orte wie Gefängnisse oder Ghettos zu Gärten werden, geht es nicht nur um die Pflanzen.



■ Es gibt Dinge, die gehören einfach zusammen: Blitz und Donner, Hopfen und Malz, Kain und Abel. Diese Liste ließe sich beliebig erweitern. Doch wie steht es mit Gärten und Politik, wo sind hier die Zusammenhänge? Sind Gärten nicht einfach nur Orte der Entspannung, eine harmlose Passion, in denen sich Blumen und Bäume ein Stell-dich-ein geben? Nicht nur. Gärten sind gestaltete Orte, von Menschen entworfen, angelegt und gepflegt: „Wer einen Garten gestaltet, entwirft ein Wunschbild der Welt. Man nimmt von der Natur das, was nicht weglaufen kann, den Boden und die Pflanzen, und prägt dem seinen Willen auf. Man verwandelt das Land um der Menschen willen, aus den unterschiedlichsten Absichten, die sich ergänzen oder einander widerstreiten, und schon ist man mitten in den Auseinandersetzungen der Politik.“ Voilà! Gärten und Politik – da wächst zusammen, was zusammen gehört.

Im konkreten Fall sind es 21 Beiträge von 19 AutorInnen, vom Bodenkundler bis zum Philosophen, vom Pflanzenzüchter bis zur Landschaftsarchitektin und zur Kunsthistorikerin – Praktiker und Wissenschaftlerinnen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen zeichnen in diesem Buch ein vielfältiges Bild vom Garten. Gespannt wird ein weiter zeitlicher Bogen von der Renaissance bis in die Gegenwart; die Blicke richten sich auf traditionelle Parks und städtebauliche Anlagen vom Fürstengarten über den Revolutionsberg bis zum Volkspark, von der Gartenstadt bis zur Stadtlandschaft, vom Kleingarten bis zum interkulturellen Migrantengarten.

„Hinter Mauern und Stacheldraht“ ist

einer dieser politischen Beiträge, in dem sich Beate Hücking mit Menschen beschäftigt, die in extremen Situationen gegärtet haben: in Ghettos und Gefängnissen. Die Journalistin zeigt, wie Nelson Mandela und Rosa Luxemburg während ihrer Haftzeit wieder zu hoffen lernten, und wie der Wille zum Überleben die Menschen im Warschauer Ghetto antrieb, Nahrungsmittel anzubauen und Gärten zu pflegen. In „Stadtpark – Brache – Neue Wildnis?“ zeigt der Architekt und Publizist Wolfgang Kil, wie mit Brachflächen umgegangen wird, die in schrumpfenden ostdeutschen Städten entstehen. Neues Denken sei hier gefordert, um für die „durchaus abenteuerlichen Reize urbaner Verwilderungen zu sensibilisieren und Neugier auf noch unvertraute Bilder von Stadtnatur zu wecken“. Die Geografin Marit Rosol schließlich stellt die Frage politischer Auseinandersetzungen um innerstädtische Flächennutzung in einem Berliner Gemeinschaftsgartenprojekt in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung.

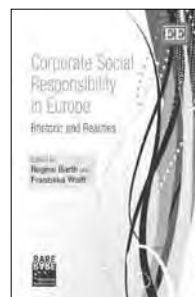
Insgesamt – das mögen die drei exemplarisch herausgegriffenen Beiträge zeigen – ist hier ein buntes Bild vom Garten und vom Gärtnern entstanden, ein Buch, durch das sich das Politische wie ein roter Faden hindurchzieht. Dass es auch von der optischen Gestaltung her ein gelungenes und ansprechendes Buch geworden ist, soll nicht unerwähnt bleiben. Die zahlreichen, zumeist farbigen Abbildungen sind geschmackvoll gewählt, fördern die Lust am Lesen und Blättern und machen den Sammelband so zu einem hochwertigen Geschenkbuch für Garten-, vor allem aber für PolitikliebhaberInnen.

[Alexander Wilhelm]

► Reimers, B. (Hrsg.): Gärten und Politik. Vom Kultivieren der Erde. oekom, München 2010, 320 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86581-158-5

Unternehmensverantwortung

Ökologische und soziale Verantwortung von Unternehmen hat nicht nur die politische, sondern auch die wissenschaftliche Ebene erreicht. Zeit für eine Zwischenbilanz.



■ Die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen, die meist unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility (CSR) kursiert, ist seit etwas mehr als zehn Jahren ein Thema in der europäischen Öffentlichkeit. Die Europäische Union hat 2001 ein Grünbuch dazu vorgelegt und ein Jahr später einen runden Tisch für interessierte Akteure ins Leben gerufen. Mittlerweile legen zahlreiche Unternehmen jährlich einen CSR-Bericht vor und bemühen sich damit um ein positives Image in der Öffentlichkeit.

Nun ziehen zwei Wissenschaftlerinnen des Freiburger Öko-Instituts eine Art Zwischenbilanz. In ihrem Sammelband „Corporate Social Responsibility in Europe – Rhetoric and Realities“ stellen Regina Barth und Franziska Wolff Artikel von gut 20 europäischen AutorInnen zusammen und stellen sich und ihnen die Frage, welche Auswirkungen die CSR-Debatte der letzten Jahre in der Praxis gehabt hat.

Das Buch legt dabei den Schwerpunkt auf die Untersuchung konkreter Beispiele. Nachdem die Herausgeberinnen den analytischen Rahmen abgesteckt haben, beschäftigt sich der Hauptteil mit der Untersuchung ausgewählter Aspekte anhand von vier Fallstudien. Dabei illustriert das Buch die Anwendung des CSR-Ansatzes auf Ölindustrie, die Fischindustrie, das Bankwesen und die Automobilbranche. Das Buch schließt mit drei Artikeln zum Wechselspiel von CSR und Politik.

Die Studien und die Schlüsse, die die AutorInnen daraus ziehen, lesen sich stellenweise sehr spannend – obwohl die einzelnen Artikel naturgemäß stark vari-

ieren. Lobend ist dabei zu erwähnen, dass die Herausgeberinnen offenbar auf einen kritischen Blick ihrer Autoren geachtet haben. So wird CSR nicht als alleinige Lösung für ökologische und soziale Probleme verstanden, sondern explizit als Ergänzung zu regulatorischen Vorgaben. Chancen und Grenzen des CSR-Ansatzes werden dabei gegeneinander abgewogen.

„Corporate Social Responsibility in Europe“ ist alles in allem ein lesenswertes Buch für diejenigen, die sich intensiv mit CSR auseinandersetzen wollen. Ein ausführlicher Index hilft beim Auffinden von Unterthemen. **[Markus Steigenberger]**

- ▶ Barth, R.; Wolff, F. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in Europe. Rhetoric and Realities. Edward Elgar, Cheltenham 2009, 360 S., 85,- €, ISBN 978-1-84720-764-7

Handbuch für die Nutzung der Umweltrechte



Keine Frage, die Aarhus-Konvention ist ein Meilenstein des Umweltrechts. Der 1998 im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) unterzeichnete Vertrag

räumt den europäischen BürgerInnen deutlich mehr Rechte bei der Erlangung von Umweltinformationen, der Öffentlichkeitsbeteiligung und dem Zugang zu Gerichten ein. Daher ist das vorliegende Werk – das Aarhus-Handbuch – zweifellos zu begrüßen. Sabine Schlacke, Christian Schrader und Thomas Bunge liefern einen umfassenden Rechtskommentar zu der Aarhus-Konvention, ihrer Umsetzung in europäisches, nationales und Länderrecht. Das Buch gliedert sich sinnvollerweise nach den drei Bereichen der Konvention Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung an behördlichen Verfahren und der gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen. Dabei wird jedes der drei

Kapitel intensiv ausgeleuchtet und solide auf juristische Feinheiten geprüft.

Ein solches Vorgehen ist sicherlich sinnvoll für ein anspruchsvolles juristisches Werk. Ob das Handbuch allerdings tatsächlich ein Praxisbuch ist, das sich „natürlich an den einzelnen Bürger“ richtet, wie es in dem Klappentext heißt, darf gestrost infrage gestellt werden. Zumindest der nicht juristisch gebildete Bürger dürfte einige Schwierigkeiten mit der teilweise sehr komplexen Darstellung und der unübersichtlichen Gliederung in nicht weniger als acht Unterebenen haben. Bedauerndswert – wenn auch nicht untypisch für ein Werk dieser Art – ist zudem, dass das Anfang 2010 verlegte Buch den Rechtsstand vom April 2009 wiedergibt. Das ist vor allem vor dem Hintergrund schade, dass einige wichtige von der Aarhus-Konvention betroffene nationale Gesetze wie das UVP-Gesetz sowie das Naturschutz- und Wasserrecht in der Zwischenzeit geändert worden sind. Gleichwohl hat sich das Autorenkollektiv bemüht, diese Gesetzesänderungen – soweit das zu diesem Zeitpunkt möglich war – vorwegzunehmen.

[Markus Steigenberger]

- ▶ Schlacke, S.; Schrader, C.; Bunge, T.: Informationsrechte, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz im Umweltrecht. Aarhus-Handbuch. Erich Schmidt, Berlin 2010, 540 S., 86,- €, ISBN 978-3-503-11630-0

Die weltweite Jagd nach Land



Als im März 2009 der Landdeal zwischen Madagaskar und dem koreanischen Konzern Daewoo platzte, erregte dies die Aufmerksamkeit der Medien. Mais und

Ölpalmen wollte Daewoo für den Export produzieren und dafür eine Fläche so groß wie Belgien pachten. Der Journalist Thomas Fritz hat weiter gegraben und zeigt das Konfliktpotenzial der weltweiten Geschäfte mit dem fruchtbaren Ackerboden. Dazu

trägt er eine immense Menge an Daten und Fakten zusammen, die das Dickicht des sogenannten Landgrabbing ein wenig lichter sollen. Die Zahlenflut ist nicht einfach zu verdauen, zumal meist ein anschaulicher Vergleich fehlt, um die Angaben einordnen zu können. Trotzdem bietet das Buch einen guten Einstieg in die Thematik, da Fritz die wesentlichen Akteure aufzeigt, Beziehungen erläutert und Strategien von Politik und Entwicklungshilfe nicht hinterfragt hinnimmt. Er stellt die Berechnung vermeintlich ungenutzter Landreserven durch die Welternährungsorganisation FAO ebenso infrage wie die Strategien der Weltbank.

Die detaillierten Recherchen führen in verschiedene Regionen der Welt, um die katastrophalen sozialen wie ökologischen Folgen von Landnahme aufzuzeigen. So erfahren die LeserInnen zum Beispiel, mit welcher Geldanlage Soja- und Baumwollanbau in Brasilien gefördert werden und welche Folgen das hat: Das Land der traditionellen Cerrado-BewohnerInnen wird geraubt, das Grundwasser vergiftet und Tier- wie Pflanzenarten landen auf der Roten Liste.

Fritz gibt mit seinem Buch denjenigen eine Stimme, die zwar von den Konsequenzen des weltweiten Handels mit Böden direkt betroffen sind, bei den Verhandlungen aber meist unbefragt bleiben. Er liefert viele Beispiele aus der Praxis, die jedes für sich zu tieferen Analysen einladen, vor allem aber nach konstruktiven Vorschlägen für einen anderen Umgang mit Böden schreien. Mit einer demokratisch kontrollierten Bodenordnung zeigt der Autor eine solche Möglichkeit auf. Wie zukünftige Chancen genutzt werden und ob Fritz' düsteres Szenario von Millionen „überflüssiger“ Menschen auf verpachteten Flächen verhindert werden kann, liegt aber vor allem an den EntscheidungsträgerInnen, denen die Lektüre dieses Buch sehr zu empfehlen ist. Sonst fällt immer mehr fruchtbarer Boden der Globalisierung zum Opfer.

[Lisa Liesner]

- ▶ Fritz, T.: Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. FDCL-Verlag, Berlin 2009, 164 S., 12,- €, ISBN 978-3-923020-46-1

Klimafreundlich kochen ohne Fleisch und Butter



■ Klimaschutz beginnt im Kleinen. Doch während die Stromerzeugung oder der Verkehr im allgemeinen Bewusstsein längst als klimarelevant erkannt werden,

spielt die Ernährung immer noch eine untergeordnete Rolle. Dabei gehen bis zu 20 Prozent aller Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft zurück. Vor allem die Tierhaltung trägt hierzu bei, denn bei der Herstellung von Fleisch und Milch geht ein großer Teil der in Form von Futter investierten Energie verloren. Hinzu kommt, dass sich in den Mägen der wiederkauenden Rinder, Schafe und Ziegen klimaschädliches Methan bildet. Unterschätzt wird dabei häufig die Bedeutung von Milchprodukten. Vor allem fettreiche Produkte wie Butter und Hartkäse sind wahre „Klimakiller“.

Hier setzt Bettina Goldner mit ihrem Buch „Umweltfreundlich vegetarisch“ an und listet für eine Vielzahl von Lebensmitteln den Treibhausgasausstoß auf. In einer ausführlichen Einleitung diskutiert Goldner weitere klimarelevante Aspekte der Ernährung. Demnach ist der Transport, abgesehen von per Flugzeug importierten Waren, weniger relevant. Stärker zu Buche schlägt die Zubereitung zu Hause. Gasherde, Umluftbacköfen, sparsame Kühlschränke und Schnellkochtöpfe helfen den Energieverbrauch zu senken.

Im ausführlichen Rezeptteil ist für jede einzelne Zutat der Kohlendioxidausstoß angegeben. Butter ist hier konsequent durch Margarine ersetzt, statt Milch wird Sojamilch vorgeschlagen. Auch wer keinen Wert darauf legt, den CO₂-Ausstoß seines Abendessens auf das Gramm genau auszurechnen, findet bei den ansprechend illustrierten Rezepten appetitanregende Salate, Vorspeisen, Suppen, Hauptgerichte, Desserts oder Gebäck.

Leider fehlen bei den einzelnen Rezepten praktische Hinweise auf energie-

sparende Zubereitungsweisen. Ebenso fehlen Informationen über die saisonale Verfügbarkeit der Zutaten. [Florian Noto]

- Goldner, B.: Umweltfreundlich vegetarisch. Genussrezepte mit CO₂-Berechnung. Hädecke, Weil der Stadt 2009, 152 S., 16,90 €, ISBN 978-3-7750-0561-6

EU-Politik leicht gemacht

■ Nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, den Wahlen zum EU-Parlament und der Neubesetzung der EU-Kommission hat die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings ihren Klassiker unter den Publikationen, das Brüsseler 1×1, völlig überarbeitet, aktualisiert und in anderem Layout neu aufgelegt. Die Broschüre „Brüsseler 1×1 für Umweltbewegte – Wie funktioniert die EU?“ soll den Weg durch den Dschungel der Europäischen Union erleichtern. Gedacht ist sie als eine Orientierungshilfe für alle, die sich umweltpolitisch einmischen wollen. Das Brüsseler 1×1 verschafft den LeserInnen einen kurzen Überblick über die Institutionen der EU, die Entwicklung und die Prinzipien der europäischen Umweltpolitik, Gesetzgebungs- und Gerichtsverfahren. Es enthält Hinweise für die Suche nach speziellen Informationen und Dokumenten, ein Glossar sowie Kontaktdaten zu europäischen Umweltorganisationen. Ehrenamtlich oder hauptamtlich politisch Aktive finden zahlreiche an der Praxis orientierte Tipps für eigene Lobbyaktivitäten.

Das Brüsseler 1×1 liefert einen fundierten Überblick, ohne sich in Details zu verlieren, und bietet das nötige Expertenwissen, um sich direkt in die europäische Umweltpolitik einmischen zu können. Nach der Lektüre ist der EU-Dschungel definitiv lichter. [Henriette Dietzmann]

- Deutscher Naturschutzring: Brüsseler 1×1 für Umweltbewegte. Wie funktioniert die EU? DNR, Berlin 2010, 56 S., 1,50 €, ISBN 978-3-00-030334-0. Bezug (für DNR-Mitgliedsverbände kostenlos): DNR, Bonn, Tel +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de. Kostenloser Download (PDF, 1 MB): www.eu-koordination.de/PDF/Bruesseler1x1.pdf

INTERNET

Mit Bus und Bahn zum Wandern

■ Der Fachverband für Fußverkehr FUSS e.V. hat Wanderwege in Berlin und Brandenburg, die mit

den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind, ins Internet gestellt. Für die Etappen, die man aus etwa 1.000 Wanderabschnitten individuell gestalten kann, gibt es detaillierte Karten mit Kilometerangaben und Hinweisen auf Bahnhöfe und Bushaltestellen in der Nähe. So sollen Menschen zum Wandern ermutigt, Klima und Umwelt geschont und kleine Bahnhöfe erhalten werden. [zt]

- www.abgefahren-losgewandert.de

Licht im Labeldschungel

■ Wem die Flut an Umweltzeichen, Gütesiegeln und anderen Labeln zu unübersichtlich scheint, findet bei der Verbraucher Initiative einen Überblick über rund 400 dieser Zeichen mit Bewertung ihrer ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Relevanz. Neu ist auch eine Datenbank über Managementstandards, die Initiativen, Instrumente und Leitfäden für unternehmerische Verantwortung vorstellt. [cd]

- www.label-online.de

Der Weg zum Atomstrom

■ Was geschieht, bis aus Uranerz Strom wird? Eine Schweizer Greenpeace-Webseite informiert: Vom Uranabbau in Ländern wie Niger und Kasachstan über den Reaktoreinsatz bis zur Lagerung und Wiederaufbereitung des Atomabfalls wird mithilfe von Filmbeiträgen, Dossiers und Fotos der industriellen Prozess geschildert. Auch Umweltbelastungen und Menschenrechtsverletzungen werden beschrieben. Eine empfehlenswerte Seite für alle, die sich einen Überblick verschaffen wollen. [cd]

- www.uranstory.ch

Anzeige
Bibliotheksfachzeitschrift
www.b-i-t-online.de

NEU ERSCHIENEN

- Bennholdt-Thomsen, V.: **Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht.** oekom, München 2010, 96 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-195-0
- Brand, U. (Hrsg.): **Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 238 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89691-768-3
- Esser, C.; Randerath, A.: **Schwarzbuch Deutsche Bahn.** C. Bertelsmann, München 2010, 304 S., 19,95 €, ISBN 978-3-570-10036-3
- Exenberger, A.; Hartmann, S. (Hrsg.): **Facetten der Umweltkrise. Junge Zugänge zu Wachstum, Umwelt und Entwicklung.** Innsbruck University Press, Innsbruck 2010, 96 S., 13,90 €, ISBN 978-3-902719-51-5
- Fricker, J. u. a.: **Nachhaltigkeitsorientierte Führung von Gemeinden. Einführung und Leitfaden für die Praxis.** Rüegger, Zürich 2010, 126 S., 17,30 €, ISBN 978-3-7253-0942-9
- Fuchs, M. u. a.: **Wasserrahmenrichtlinie und Natura 2000. Gemeinsame Umsetzung in Deutschland und Österreich am Beispiel der Grenzflüsse Salzach und Inn.** BfN, Bonn 2010, 316 S., 24,- €, ISBN 978-3-7843-3985-6
- Gehrman, S.: **Stirbt die Nordsee? Verseucht, vermüllt, leergefischt, erwärmt, totreguliert und verstrahlt.** Sven Gehrman, Hannover 2010, 136 S., 13,55 €, ISBN 978-3-9812553-3-1
- Hess, J. T.: **Schutzziele im Umgang mit Naturrisiken in der Schweiz.** Vdf, Zürich 2010, 272 S., 34,- €, ISBN 978-3-7281-3282-6
- Houdret, A.: **Wasserkonflikte sind Machtkonflikte. Ursachen und Lösungsansätze in Marokko.** VS, Wiesbaden 2010, 301 S., 34,95 €, ISBN 978-3-531-16982-8
- Ingerowski, J. B.: **Die REACH-Verordnung. Eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Instrumente und Strategien des neuen europäischen Chemikalienrechts unter dem Aspekt**
- des wirksamen Schutzes von Umwelt und Gesundheit vor chemischen Risiken.** Nomos, Baden-Baden 2010, 505 S., 98,- €, ISBN 978-3-8329-5314-0
- Kleinedam, C.; Jost, H. P.: **Baumwolle weltweit.** Lars Müller, Baden 2009, 320 S., 39,90 €, ISBN 978-3-03778-200-2
- Meadows, D. L. u. a.: **Klimawandel, Ölnappheit, Wirtschaftskrise. Zeit für eine Wachstumsdebatte.** SES, Zürich 2010, 132 S. + CD-ROM, 20,50 €. www.kurzlink.de/ses-wachstum
- Meadows, D. H.: **Die Grenzen des Denkens. Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können.** oekom, München 2010, 238 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-199-8
- Pretting, G.: **Plastic Planet. Die dunkle Seite der Kunststoffe.** Orange press, Freiburg 2010, 224 S., 20,- €, ISBN 978-3-936086-47-8
- Schilling-Vacaflor, A. u. a.: **Nuevo Constitucionalismo. Zur Transformation lateinamerikanischer Staaten vom liberalen Staatsmodell und Stufenbau der Rechtsordnung zu Plurinationalität und Buen Vivir.** Verlag Österreich, Wien 2009, 60 S., 14,- €, ISSN 1019-5394
- Schlatzer, M.: **Tierproduktion und Klimawandel. Ein wissenschaftlicher Diskurs zum Einfluss der Ernährung auf Umwelt und Klima.** LIT, Münster 2010, 208 S., 19,90 €, ISBN 978-3-643-50146-2
- Singh, O. V.; Harvey, S. P. (Hrsg.): **Sustainable Biotechnology. Sources of Renewable Energy.** Springer, Berlin 2009, 160,45 €, ISBN 978-9-048-13294-2
- Speit, A.: **Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von Rechts.** Unrast, Münster 2010, 80 S., 7,90 €, ISBN 978-3-89771-105-1
- Wallraff, B.: **Professionelles Management von Ehrenamtlichen. Eine empirische Studie am Beispiel von Greenpeace Deutschland.** Budrich UniPress, Leverkusen-Opladen 2010, 234 S., 24,90 €, ISBN 978-3-940755-40-7
- Welzer, H.; Soeffner, H.-G.; Giesecke, D. (Hrsg.): **KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel.** Campus, Frankfurt/M. 2010, 300 S., 29,90 €, ISBN 978-3-593-39195-3

Impressum

umwelt aktuell Mai 2010
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maïke Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoë Thio [zt], Annkathrin Tempel [at], Christine Dubiel [cd]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de
Anzeigen: oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Beileger der Aktion „Geben Gibt“ sowie – in einer Teilaufgabe – des oekom verlag es bei.



TERMINE

MAI

02.–09.05.,
bundesweit (D)

NaturErlebnisWoche

► BANU-Akademie,
Stefan Flaig, Stuttgart,
Tel. +49 (0)711 /

674474-77, Fax -66, E-Mail: flaig@oekonsult-
stuttgart.de, www.naturerlebniswoche.info

06.–07.05., Tulln an der Donau (A)

Fruchtbare Böden – nützen & schützen. Beiträge von Gemeinden und Landwirtschaft zu Bodenschutz und Biodiversität

► European Land and Soil Alliance (ELSA) u. a.,
Theresa Gruber, Tel. +43 (0)664 / 5389377,
E-Mail: info@unserboden.at, www.unserboden.at

07.05., Berlin (D)

Gewerkschaften, NGOs und CSR: Zwangsehe oder friedliche Koexistenz? Fachtagung

► IÖW, Dr. Katrin Vitols, Berlin, Tel. +49 (0)30 /
8845940, E-Mail: katrin.vitols@ioew.de, www.ioew.de

07.–09.05., Ludwigsthal/Bayerischer Wald (D)

60 Jahre Deutscher Naturschutzring. Symposium und Festveranstaltung

► DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 /
3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

13.05., Mainz (D)

Rheinland-pfälzisch-hessisches Mobilfunksymposium

► BUND, Michael Ullrich, Tel. +49 (0)6131 / 62706-0,
Fax -66, E-Mail: mobilfunksymposium@bund-rlp.de,
www.bund-rlp.de

13.–15.05., München (D)

2. Ökumenischer Kirchentag. Zentrum Umwelt und Ressourcen

► ÖKT, Dorothee Autenrieth, München, Tel. +49
(0)89 / 559997-123, Fax -109, E-Mail: umwelt@oekt.de,
www.oekt.de/programm (Programmheft, S. 122–128)

13.–16.05., Tübingen (D)

Nach den Sternen greifen: Commons bilden. BUKO 33. Kongress

► BUKO, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 393500,
E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info/blog33

17.05., Kassel (D)

Neue Raumordnung für Erneuerbare Energien.

► Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373,
E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.org

19.05., Fischbachtal im Odenwald (D)

Internationale Tierhalterrechte – neue Chance für genetische Vielfalt und ökologische Tierhaltung?

► Liga für Hirtenvölker, Dr. Ilse Köhler-Rollefson,
Tel. +49 (0)6154 / 576628, E-Mail: ilse.koehlerroll@
gmail.com, www.pastoralpeoples.org

19.–20.05., Bad Boll bei Göppingen (D)

Klimaschutz – Weltweite Herausforderung an Politik, Wirtschaft und individuelles Verhalten

► Evangelische Akademie Bad Boll, Wilma Hilsch,
Tel. +49 (0)7164 / 79232, E-Mail: wilma.hilsch@
ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de

19.–20.05., Freiburg/Br. (D)

6. Internationale Geothermiekonferenz

► Enerchange, Tel. +49 (0)761 / 3842100-1, Fax -5,
E-Mail: agentur@enerchange.de,
www.geothermiekonferenz.de

19.–24.05., Poppau/Altmark (D)

Gemeinschaften – Towns in Transition. Konferenz und Workshops

► Institut für Soziologie, Prof. Dr. Matthias
Grundmann, Münster, Tel. +49 (0)251 / 83-25303,
Fax -29930, E-Mail: matthias.grundmann@
uni-muenster.de, www.siebenlinden.de

26.05., Essen (D)

EU-Förderprogramm LIFE+. Informativveranstaltung

► Dr. Fromme International Consulting, Christine
Evennou, Tel. +49 (0)201 / 8784-96, Fax -977,
E-Mail: life@dfic.de, www.dfic.de

27.05., Köln (D)

3. Nationales Forum zur biologischen Vielfalt

► BMU, BfN, Nova-Institut, Tel. +49 (0)2233 /
4814-40, Fax -50, E-Mail: contact@nova-institut.de,
www.nova-institut.de/nationalesforum

27.05., Berlin (D)

Post-Kopenhagen. Bottom-up-Ansätze im Klimaschutzrecht

► Verein für Umweltrecht, Martina Schloter,
Bremen, Tel. +49 (0)421 / 21834-82, Fax -87,
E-Mail: vur@uni-bremen.de, www.vur.de

28.–29.05., Berlin (D)

Große Transformation. Greening the Economy

► Heinrich Böll Stiftung, Dorothee Landgrebe,

Tel. +49 (0)30 / 28534238,
E-Mail: landgrebe@boell.de, www.boell.de

28.–30.05., Schwerte bei Dortmund (D)

Green Nanotechnologies. Neue Technologien verantwortlich entwickeln. Tagung

► BUND, Evangelische Akademie Villigst, Ulrike
Pietsch, Tel. +49 (0)2304 / 755-325, Fax -318,
E-Mail: u.pietsch@kircheundgesellschaft.de,
www.kircheundgesellschaft.de

28.–30.05., Loccum bei Hannover (D)

Bienen und drumrum. Biodiversität rund um das Nutztier Honigbiene. Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Dr. Monika
Müller, Tel. +49 (0)5766 / 8108, E-Mail: monika.
mueller@evlka.de, www.loccum.de

28.–30.05., Bonn (D)

Resilient Cities 2010. 1st World Congress on Cities and Adaptation to Climate Change

► ICLEI, Tel. +49 (0)228 / 976299-28, Fax -01, E-Mail:
bonn2010@iclei.org, www.iclei.org/bonn2010

31.05.–01.06., Dessau (D)

Schon angepasst? Klimaanpassung im Dialog

► Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung/
IÖW, Jana Gebauer, Tel. +49 (0)30 / 8845940,
E-Mail: jana.gebauer@ioew.de, www.ioew.de

JUNI

01.–02.06., Hamburg (D)

Aktuelle Probleme der Meeresumwelt

► Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie,
Ralf Wasserthal, Tel. +49 (0)40 / 31903510, E-Mail:
ralf.wasserthal@bsh.de, www.bsh.de

01.–04.06., Brüssel (B)

Green Week. Umweltwoche der Europäischen Union. Konferenz

► www.greenweek.eu

03.–04.06., Bonn (D)

Klimaforum Bonn. Wie weiter im Klimaschutz?

► BUND, Astrid Goltz, Tel. +49 (0)30 / 27586494,
E-Mail: international@bund.net,
www.bund.net/klimaforum

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Kommunaler Klimaschutz

Ein Klimaschutzplan für jede Schule

Rund 2.600 Kommunen haben Grundsatzbeschlüsse zum Klimaschutz gefasst. Die geplanten Maßnahmen reichten von der klimagerechten Stadtentwicklung über Energieeinsparmöglichkeiten bis hin zu kommunalen Energiekonzepten der Zukunft. Hamburg hat ein ehrgeiziges Klimaschutzkonzept verabschiedet und fordert alle Schulen auf, eigene Klimaschutzpläne aufzustellen und umzusetzen.

□ Bis 2020 will Deutschland seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Die Bundesregierung erklärte im Februar dieses Jahres, dass mehr als die Hälfte bereits erreicht sei. Weitere Anstrengungen seien nötig: Eine energetische Erneuerung in den Kommunen sei nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll, sie lohne sich auch ökonomisch. Sie entlastet in der Tat die kommunalen Haushalte, senkt die Kohlendioxidemissionen und unterstützt das örtliche Handwerk und Baugewerbe.

Kommunen handeln beim Klimaschutz

Kleinere Städte und Gemeinden sind oftmals die Vorreiter. Jühnde in Niedersachsen und Freiamt in Baden-Württemberg decken inzwischen ihren Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen. Das sind durchaus keine Einzelfälle. Bundesweit werden nach Aussage des Bundesumweltministeriums bereits auf rund zehn Prozent der Fläche ausschließlich regenerative Energien eingesetzt.

Andere Kommunen wie zum Beispiel Konstanz setzen sich langfristige Ziele: Bis 2050 will die Stadt ihren Energiebedarf kontinuierlich absenken und die „2000-Watt-Gesellschaft“ realisieren. Der Energiebedarf von 2.000 Watt pro Person und Jahr entspräche einem CO₂-Ausstoß von einer Tonne pro Kopf und Jahr – derzeit liegen die jährlichen Emissionen noch bei rund zehn Tonnen.

Soziale Infrastruktur sanieren

Nach Meinung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) tragen die deutschen Kommunen bereits erheblich dazu bei, den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen zu senken. Gezielte In-

vestitionen in die Wärmedämmung, neue Fenster oder moderne Heizungsanlagen bei den über 40.000 kommunalen Schulgebäuden, 50.000 Kindertagesstätten sowie mehr als 15.000 Verwaltungsgebäuden könnten den Energieverbrauch um weitere 30 Prozent senken.

Die Stadt Hamburg gibt derzeit mehr als 95 Millionen Euro im Jahr für den Energie- und Wasserverbrauch in ihren öffentlichen Einrichtungen aus, bei steigenden Preisen. Hamburg erarbeitete deshalb 2007 ein umfangreiches Klimaschutzkonzept mit über 300 Projekten und stellt hierfür jährlich 25 Millionen Euro bereit. Jedes Jahr wird neu ausgewertet und über Förderungen entschieden. Klimaschutz ist in Hamburg ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung und ein Schlüssel zur Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Bis 2050 will die Hansestadt so eine CO₂-Minderung um mindestens 80 Prozent erreichen – vorausgesetzt alle machen mit.

Exportschlager „fifty-fifty“

In Hamburg stehen neben Klimaschutz und Klimafolgenmanagement auch Bewusstseinsbildung und Qualifizierung ganz oben auf der Agenda. Bereits 1993 hatte die Umweltbehörde das äußerst erfolgreiche und bundesweit oft kopierte Projekt „fifty-fifty“ gestartet. Schulen, die durch vorbildliches Verhalten Kosten in den Bereichen Energie, Wasser und Abfall einsparen, können 50 Prozent davon als Prämien zur freien Verwendung behalten, die andere Hälfte fließt in den Haushalt der Stadt zurück.

Obwohl das Projekt inzwischen für alle Schulen verbindlich ist, blieben große Einsparpotenziale ungenutzt. Hier setzt das im letzten Jahr gemeinsam von Bildungs- und

Umweltbehörde gestartete Projekt „Klimaschutz an Schulen“ an. Es sieht vor, dass mindestens die Hälfte aller allgemeinbildenden Schulen bis Ende 2012 eigene Klimaschutzpläne erarbeiten. Darin sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele sowie konkrete Maßnahmen für den Schulalltag aufgeführt sein. Die Schulen erhalten Unterstützung durch ein zentrales Klimaschutzteam, das umfassende pädagogische und technische Beratung mit Unterrichtsmaterialien, Fortbildungen und Projekten anbietet. Hamburger Schulen, die einen Klimaschutzplan erfolgreich aufgestellt haben, können das Gütesiegel „Klimaschule“ erwerben.

Schulen setzen eigenen Plan um

Ein Klimaschutzplan enthält pädagogische sowie energie- und gebäudetechnische Ziele, um einen messbaren Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu leisten. Schätzungsweise bis zu 20 Prozent des Energieverbrauches können durch „verhaltensbedingte Einsparungen“ wie richtiges Lüften, Licht-aus-Aktionen oder den Verzicht auf Stand-by-Funktionen an elektrischen Geräten erzielt werden. Die Einsparungen fließen zur Hälfte in die Klassenkasse – 2007 waren das landesweit immerhin zwei Millionen Euro! Durch technische Maßnahmen sollen weitere Einsparungen erreicht werden, beispielsweise durch Absenkung der Heizung über Nacht und in den Ferien, bessere Steuerung der Heizungsanlage oder den Umstieg auf regenerative Energien.

Die Maßnahmen sollen von allen Akteuren, also Lehrkräften, SchülerInnen, Eltern und regionalen Partnern, gemeinsam beschlossen und umgesetzt werden. Auf Lehrerseite fungiert eine Person als Klimaschutzbeauftragter – bei den SchülerInnen helfen „Klimadetektive“ oder „Klimaschulsprecher“ das Thema in der Schule zu bewegen. Wenn nötig, holt sich die Schule externe Beratung hinzu, zum Beispiel für einen Energiecheck.

Durch den systematischen Planungsprozess und eine konsequente Bewusstseinsbildung sollen bis 2020 rund 30 Prozent der CO₂-Emissionen von Schulen eingespart werden, bezogen auf das Basisjahr 2007. ►

Bis 2050 sollen dann alle Hamburger Schulen komplett klimaneutral wirtschaften. Das Projekt könnte durchaus zum neuen Exportschlager werden. Das Interesse ist jedenfalls sehr groß: Bereits an der Pilotphase nehmen 23 Schulen teil.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Cordula Vieth, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 428842340, E-Mail: cordula.vieth@li-hamburg.de, www.li-hamburg.de/klimaschutz
- ▷ www.dstgb.de
- ▷ www.klima.hamburg.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Projekt Leuchtpol startet Wettbewerb

□ Das Projekt Leuchtpol (ökopädNEWS 199, April 2009) veranstaltet in diesem Jahr erstmals einen bundesweiten Wettbewerb. Gesucht und prämiert werden Initiativen mit pfiffigen Ideen im Elementarbereich sowie umgesetzte Maßnahmen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Neu ist auch die Leuchtpol-Projektzeitung. Die Ausgabe Nr. 1 berichtet über die Fachtagung in Bonn vom Herbst letzten Jahres, stellt die Ziele der drei Projektbeteiligten und alle Regionalbüros vor und gibt Hinweise zu Materialien und Fortbildungen.

- ▷ www.leuchtpol.de/wettbewerb

ANU Bayern entscheidet über innovative Umweltbildung an Hochschulen mit

□ Universitäten und Fachhochschulen in Bayern können sich zum kommenden Wintersemester um eine Gastdozentur zur Innovation in der Lehre für den Bereich Umweltbildung bewerben. Damit wird hoch qualifizierten, in der Umweltbildung besonders ausgewiesenen ausländischen WissenschaftlerInnen die Möglichkeit gegeben, für ein Semester an einer Hochschule des Freistaates zu lehren. Lehrsprache ist Deutsch oder Englisch. Diese sogenannte InnoLecture-Gastdozentur wurde vom Stifterverband der Deutschen

Wissenschaft gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung ausgeschrieben. Die ANU Bayern ist Partner bei der Ausschreibung und entscheidet auch bei der Einrichtung mit.

- ▷ www.umweltbildung-bayern.de/aktuelles.html

ANU Niedersachsen/Bremen: Neuer Rundbrief

□ In ihrer neuen Ausgabe ANU aktiv Nr. 10 berichtet der Landesverband ausführlich über die Arbeit des Leuchtpol-Regionalbüros in Hannover und stellt das Projekt Um.Welt vor, bei dem es um die Verknüpfung von Klimawandel, Erhaltung der Biodiversität und kultureller Vielfalt geht. Anhand des neuen Buches „Wegweiser der Evaluation“ werden praktische Anregungen und Anwendungsbeispiele für Umweltbildungseinrichtungen gezeigt. Weitere Beiträge befassen sich mit der norddeutschen Partnerschaft NUN, die eine Zertifizierung außerschulischer Einrichtungen plant, und der Auswirkung von Lehrerstundenkürzungen im Schulbiologiezentrum Hannover. Im Internet können alle Rundbriefe des Landesverbandes abgerufen werden.

- ▷ www.anu-nds-hb.de/325.html

ANU NRW fordert mehr Personal für Umweltbildungseinrichtungen

□ Umweltbildung erreicht in Nordrhein-Westfalen nur etwa fünf Prozent der BürgerInnen – viel zu wenig, meinen 13 Verbände, darunter die ANU, die Verbraucherzentrale und die Natur- und Umweltschutzakademie NRW. In einer gemeinsamen Resolution fordern sie eine umfassende Umsetzung des Prozesses „Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW“. Angesichts der Halbzeit der UN-Dekade BNE seien bessere Finanzierungs- und Anreizelemente sowie mehr Personal für die Schul- und Erwachsenenbildung nötig. Letzteres könne beispielsweise mit einer Erhöhung der finanziellen Förderung durch Land und Kommunen und die Freistellung von LehrerInnen aus dem Schuldienst erreicht werden. Die pädagogischen

Nachruf: Hans Stuijk

Musik und Natur kennzeichnen den Weg eines bemerkenswerten Mannes, der die Arbeit vieler Menschen im Bereich der Umweltbildung begleitet, wenn nicht sogar geprägt haben dürfte. Hans Stuijk wurde in den Niederlanden geboren und studierte Kirchenmusik und Biologiedidaktik. Er arbeitete als Lehrer in den USA und an einem Bremer Gymnasium, bevor er Anfang der 80er-Jahre in die Ökologiestation Bremen versetzt wurde. Seine vielen Ideen, die hervorragenden Praxisbeispiele und seine mitreißende Art begeisterten viele Menschen und machten die Ökologiestation zum Mekka der Umweltbildung. Hans Stuijk lehrte zugleich an der Hochschule Bremen, übersetzte unter anderem Bücher von Joseph Cornell ins Deutsche und veröffentlichte zahlreiche Beiträge, zunächst in der damals wegweisenden Zeitschrift „Umwelt lernen“ und dann in „21 – Das Magazin für zukunftsfähige Bildung“, der Zeitschrift des BLK-Programms „21 – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Seine kritische, stets wache und ganzheitliche Denkweise machte ihn zu einem Vorkämpfer für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland und zu einem gern gesehenen Gast bei vielen Tagungen im ganz Europa. Nach dem Aus für die Ökologiestation gründete er die Internationale Agentur für nachhaltige Projekte econtur mit und war einer ihrer Gesellschafter. Zugleich nahm er sich aber auch Zeit für seine zwei Kinder und seine Hobbys. Neben dem Segeln widmete er sich vor allem der Musik in seinem Wohnort Worpsswede – als Chorleiter, Orgelspieler und Bariton. Hans Stuijk starb überraschend am 30. November letzten Jahres im Alter von 72 Jahren.

Angebote zum Klimaschutz müssten nicht nur im Schulunterricht, im offenen Ganztage oder in Arbeitsgemeinschaften angeboten, sondern auch in die Lehrerbildung integriert werden.

- ▷ NaturGut Ophoven, Hans-Martin Kochanek, Tel. +49 (0)2171 / 73499-0, www.naturgut-ophoven.de/fileadmin/dateien/Resolution_zur_BNE.pdf

ANU Sachsen bringt die Jugend in Aktion

□ Seit 2006 gibt es das EU-Förderprogramm Jugend in Aktion. Bis einschließlich 2013 stellt die Europäische Union insgesamt 886 Millionen Euro für Jugendgruppen und gemeinnützige Vereine zur Verfügung. Gefördert werden beispielsweise Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen, Vernetzungsmaßnahmen oder Projekte mit benachbarten Partnerländern. Die ANU Sachsen hatte zusammen mit dem Solaris-Förderzentrum für Jugend und Umwelt in Chemnitz erstmals 2006 einen Jugendaustausch mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien organisiert. Im Jahr 2009 nahm die ANU an einem Partnerkontaktseminar mit Jugendlichen und Seminarleitern aus Polen, Rumänien, Lettland und Ungarn mit dem Titel „Energetic Youth“ teil. Unter Anleitung von Solaris-Mitarbeitern wurden Solarleuchten und ein Sonnenkollektor gebaut, ein Schüler-Experimentier-System erprobt und eine thermische Kollektoranlage errichtet.

- ▷ Solaris Förderzentrum, Ingo Voigtländer, Chemnitz, Tel. +49 (0)371 / 3810666, E-Mail: ivoigtlaender@solaris-chemnitz.de, www.solaris-fzu.de
- ▷ www.jugend-in-aktion.de

**SCHWERPUNKT:
KLIMASCHUTZ UND BILDUNG**

Klimafreundlich essen

□ Knapp ein Fünftel der in Deutschland ausgestoßenen klimaschädlichen Gase ist auf die Ernährung zurückzuführen. Eine klimafreundliche Ernährung verwendet möglichst wenig tierische und fettreiche Lebensmittel. Bevorzugt werden saisonale Bioprodukte aus dem Umland. Natürlich sollte man mit dem Rad einkaufen fahren sowie selbst und energieeffizient kochen. Da wohl nur wenige Menschen derart vorbildlich handeln, haben Verbraucherzentrale und Stiftung Warentest das Unterrichtsmaterial „Essen – (K)eine Klimasünde?“ für die kritische Verbraucherbildung entwickelt. Es eignet sich für den Unterricht in den Klassenstufen 8 bis 10, umfasst zwei bis drei Seiten und kann sofort einge-

setzt werden. Kostenlos aus dem Internet können auch die beiden anderen Einheiten der Reihe Konsumwelt kompakt heruntergeladen werden: „Shoppen im Web“ und „Licht im Label-Dschungel“

- ▷ www.verbraucherbildung.de

Männer verbrauchen mehr Energie als Frauen

□ Männer essen mehr Fleisch als Frauen und legen längere Entfernungen mit dem Auto zurück: Nicht nur das Einkommen, sondern auch das Geschlecht entscheidet über unseren Energieverbrauch mit. Eine neue Studie betrachtet das Konsumverhalten in vier europäischen Ländern und zeigt, dass insbesondere griechische und schwedische Männer einen höheren Energieverbrauch im Vergleich zu den Frauen aufweisen. In Deutschland lehnen außerdem zwei Drittel aller Frauen Atomenergie ab. Da aber nur rund fünf Prozent aller Haushalte Ökostrom beziehen, fordert das Frauennetzwerk Genanet Frauen auf, zu einem Ökostromversorger zu wechseln.

- ▷ Studie: Rätty, R.; Carlsson-Kanyama, A. (2009): Energy consumption by gender in some European countries. Energy Policy 38(1), 646–649. www.kurzlink.de/energy-gender-eu
- ▷ www.genanet.de
- ▷ www.frauengegenatom.de/wechselwoche.html

Klimawandel und Landwirtschaft

□ Weltweit hungern heute bereits über eine Milliarde Menschen. Der Klimawandel wird diese Situation noch verschärfen. Die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und biologischer Vielfalt, grüner Revolution, Gentechnik und Patenten auf Leben, Weltagrarhandel, Pestizideinsatz und der Konvention über biologische Vielfalt beleuchtet das Arbeitsheft „Klimawandel und Landwirtschaft“. Es wurde vom Jugendbildungsprojekt Biopoli des Vereins Agrar-Koordination aus Hamburg für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren erarbeitet. Der kostenlose Download aus dem Internet ist möglich.

- ▷ www.agrarkoordination.de/156.html

Klimawerkstatt für Zukunftsforscher

□ Den klimafreundlichen Einkauf ausprobieren kann man in der neuen Wanderausstellung „Klimawerkstatt – Umweltexperimente für Zukunftsforscher“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Wie im Supermarkt nimmt man verschiedene Produkte mit zur Kasse, wo ihr Strichcode eingelesen wird. Als Rechnung erhält man hier aber einen „CO₂-Kassenbon“ mit der Höhe der Kohlendioxidemissionen bei der Herstellung. Das ist nur eines der 24 Experimente, bei denen die Besucher Zusammenhänge zwischen eigenem Energieverbrauch, CO₂-Ausstoß und Klimawandel erforschen können. Die Ausstellung ist bis August 2011 in Osnabrück zu sehen und geht dann bundesweit auf Tour.

- ▷ www.klimawerkstatt.net

Kultur der Energie

□ Mit dem Projekt Energiegarten will Horst Schumacher, Professor an der Fakultät Landschaftsarchitektur, Gartenbau und Forst der Fachhochschule Erfurt, seinen Studierenden zeigen, wie attraktiv eine hocheffiziente Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen sein kann. Gerade weil der Ausbau der regenerativen Energien das Stadt- und Landschaftsbild verändert, so Schumacher, sei es um so dringender, sich damit ästhetisch auseinanderzusetzen. So entwerfen die Studierenden Energiegärten für Schulen und Solaranlagen auf Carports oder zeichnen Landschaftspläne mit Windrädern und Energiepflanzen, um für Verständnis in der Bevölkerung zu werben. Das stark weiterentwickelte Energiegarten-Projekt wurde kürzlich zum zweiten Mal als Dekade-Projekt ausgezeichnet.

- ▷ www.fh-erfurt.de/lgf/un-dekade

Solare Musik und gesundes Schulesen

□ Ausschließlich mit Sonnenenergie soll das neue Album des Sängers und Surfers Jack Johnson produziert werden. Der umweltbewusste Hawaiianer arbeitet in seinem solarbetriebenen Studio an dem Projekt. Johnson unterstützt die Kokua Hawaii

Foundation, eine gemeinnützige Stiftung für Umweltbildung, die von ihm und seiner Ehefrau ins Leben gerufen wurde. Die Organisation fördert unter anderem gesundes Frühstück und Mittagsverpflegung mit regionalen Produkten in Schulen, finanziert Schulgärten mit und organisiert Ausflüge in die Landwirtschaft.

▷ www.jackjohnsonmusic.com

VERSCHIEDENES

Umwälzung der Erde

□ Seit Jahren ist das Jahrbuch Ökologie mit seinen kompetenten Autoren und aktuellen Themen ein spannendes Lesebuch der besonderen Art. Die neue Ausgabe behandelt den Grundkonflikt zwischen ökonomischer Expansion und ökologischer Begrenztheit. Der Kampf um die natürlichen Ressourcen Öl, Wasser, Land und Metalle wird immer härter. Soll man die „Geldmaschine abstellen“, wie Hans Christoph Binswanger vorschlägt, eine „Dematerialisierung“ versuchen, wie Friedrich Schmidt-Bleek fordert – oder gar „Auf buddhistischen Pfaden zur Nachhaltigkeit“ wandeln, wie Sabine Wienand anregt?

▷ Altner, G. u. a. (Hrsg.): Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010. Hirzel, Stuttgart 2009, 248 S., 19,80 €, ISBN 978-3-7776-1768-8

Wege zum Erfolg

□ Nachhaltigkeit lebt oft von den erfolgreichen Ideen lokaler Vorreiter. Doch wie gelingt der Transfer in andere Bereiche? Die Broschüre „Wege zum Erfolg“ bietet Hilfe an. Sie erklärt den Unterschied zwischen spontanem und strategischem Transfer und erläutert Verbreitungsstrategien und Grenzen der Übertragbarkeit an Einzelbeispielen. Checklisten zur Gestaltung und Organisation des Transferprozesses und ein Serviceteil ergänzen die gelungene Publikation.

▷ www.izt.de (Downloads)

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein.

02.–09.05., bundesweit (D)

NaturErlebnisWoche des BANU

▷ www.naturerlebniswoche.info

06.–08.05., Sommerhausen/Unterfranken (D)

Sprache, Kommunikation und ökologische Krise. Jahrestagung der Gesellschaft für Humanökologie

▷ www.dg-humanoeologie.de

07.–09.05., Flintbek bei Kiel (D)

Einführung in die Bioakustik. Naturgeräusche oder Tierstimmen für die Bildungsarbeit nutzen

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

08.05., international (D, CH, F u. a.)

Tag des Fairen Handels mit Fairtrade Breakfast

▷ www.transfair.org/aktiv

▷ www.fairtrade-breakfast.ch

12.05., München (D)

Ökologischer Fußabdruck und vorsorgendes Wirtschaften. Umsetzungsmöglichkeiten in der BNE

▷ www.oeko-akademie.de

13.–16.05., Marburg (D)

Kindergipfel 2010. Kinder „fairändern“ die Welt

▷ www.kindergipfel.de

17.–18.05., Hamburg (D)

Der Schlüssel liegt im Wald. Fortbildung für ErzieherInnen

▷ www.jordsand.de

17.–19.05., Paris (F)

8th International Conference, Sustainable Development. Culture. Education

▷ www.ise-lv.eu

19.05., München (D)

BNE im Kindergarten. Werkstatt-Treffen der ANU Bayern, anschließend Jahresmitgliederversammlung

▷ www.umweltbildung-bayern.de

19.05., Biel (CH)

Schulhausumbau. Lernräume für die Zukunft. Fachtagung

▷ www.wwf.ch/de

19.–22.05., Vancouver (CDN)

Eecom 2010. Exploring cultural and practical diversity for environmental learning. Konferenz

▷ www.educ.sfu.ca/eecom2010/

20.–23.05., Rott/Westerwald (D)

Kooperative Abenteuerspiele

▷ www.crenatur.de

28.05., Dresden (D)

Geocaching für Pädagogen

▷ www.rucksackschule-dresden.de

29.05., Orth an der Donau (A)

Tag der Artenvielfalt im Nationalpark Donau-Auen

▷ www.donauauen.at

29.–30.05., Frankfurt/M. (D)

Entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland. Fachtagung

▷ www.globaleslernen.de

31.05.–01.06., Schneverdingen bei Soltau (D)

Erfahrungsaustausch zu Naturerlebnisprojekten

▷ www.nna.de

04.06., Eberswalde bei Berlin (D)

2. Eberswalder Symposium für Umweltbildung

▷ www.fh-eberswalde.de/umweltbildung

03.–06.06., Bonn (D)

Naturwissen kompakt: Kultur. Seminar

▷ www.crenatur.de

07.–08.06., Bispingen/Lüneburger Heide (D)

Naturkundliche Nachtwanderungen gestalten

▷ www.nna.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de